

Preußische Allgemeine



Nr. 7 · 18. Februar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Ein Kabinett bläht sich auf

Die beispiellose Vermehrung der Staatssekretäre durch die Ampel-Koalition **Seiten 2–3 und 8**



Geschichte Die besondere Freundschaft zwischen Kaiser und Sultan **Seite 10**



Memel Der Wiederaufbau der St. Johanniskirche geht voran **Seite 23**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M); GEMÄLDE FAUSTO ZONARO; HANS-JÜRGEN MÜLLER

SICHERHEITSPOLITIK

Die Gefahr eines Krieges im Osten scheint vorerst abgewendet

Letzte Meldungen verkünden einen Abzug der russischen Truppen aus der Krisenregion. Der Fortgang des Konflikts ist nicht vorherzusagen. Vorsicht ist vor allem im Hinblick auf die Propaganda aller Seiten geboten

VON RENÉ NEHRING

N och ist nicht sicher, wie die bedrohliche Zuspitzung an der russisch-ukrainischen Grenze am Ende ausgehen wird. Nachdem es in den vergangenen Tagen wiederholt Berichte über einen unmittelbar bevorstehenden Angriff Russlands auf die Ukraine gab und die Regierungen der USA und Deutschlands ihre Staatsbürger in der Krisenregion sogar aufforderten, diese zu verlassen, gab es am Dienstag dieser Woche plötzlich die Meldung über einen Abzug russischer Truppen von der gemeinsamen Grenze. Offenbar hat die Pendeldiplomatie verschiedener Regierungen in den vergangenen Tagen Wirkung gezeigt. So telefonierten am Anfang der Woche US-Präsident Joe Biden und Russlands Präsident Wladimir Putin miteinander. Bundeskanzler Olaf Scholz reiste zunächst am Montag nach Kiew, am Dienstag dann nach Moskau. Bei aller gebotenen Vorsicht sieht es also so aus, als könnte ein Krieg im Osten Europas vermieden werden.

Das erste Opfer ist die Wahrheit

Wie der seit 2014 schwelende Konflikt langfristig ausgehen wird, weiß indes niemand. Gleichwohl – oder gerade deshalb – ist es immer wieder geboten, die Entwicklungen kritisch zu analysieren und dabei die Aussagen der Kriegsparteien

ebenso zu hinterfragen wie deren Interpretation in den Medien. In jedem kalten oder heißen Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer. Zur Mahnung sei daran erinnert, wie US-Dienste 2001 ihren eigenen, über alle Lager hinweg angesehenen Ex-General und Außenminister Colin Powell ins offene Messer laufen ließen, als sie ihn vor der UNO falsche Beweise über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen präsentieren ließen. Und in Russland rief Präsident Putin nach der Geiselnahme von Beslan im September 2004 ein Programm „zur Verbesserung des russischen Ansehens im Ausland“ ins Leben.

Auch im aktuellen Konflikt wird die Öffentlichkeit von allen Seiten mit Informationen und Desinformationen übersät, die schwer zu bewerten sind. So warnten Vertreter der US-Regierung und der CIA vor wenigen Tagen die Verbündeten vor einem Angriff Moskaus auf die Ukraine noch in dieser Woche. Dabei sagten sie unter anderem, dass ihnen Erkenntnisse über konkrete Routen und Aufgaben russischer Einheiten für die Invasion vorlägen, und nannten als Datum für den Beginn der Invasion den 16. Februar. Dass dies höchst unplausibel ist, ergibt sich nicht nur daraus, dass die US-Amerikaner keinerlei Beweise vorlegten, sondern auch aus dem Umstand, dass im fernen Peking gerade die olympischen Winterspiele stattfinden – und ein kriegerischer Akt Russlands während der Spiele eine bei-

spiellose Brüksierung seines strategischen Partners China wäre.

Auch sonst gibt es in diesem Konflikt Punkte, die zu hinterfragen wären. So wird in den Medien seit Wochen darüber berichtet, wieviel russische Soldaten in der Krisenregion aufmarschiert sind. Die Rede ist von 100.000 Mann im eigenen Grenzgebiet sowie seit Beginn eines Manövers mit Weißrussland weitere 30.000 Soldaten in dem nördlichen Nachbarland der Ukraine. Über die Kontingente anderer Armeen hören wir wenig. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* erfuhr aus Sicherheitskreisen, dass die Ukraine rund 125.000 Mann im Donbass stationiert haben soll.

Interessenlagen

Zu den Auffälligkeiten, über die kaum jemand spricht, gehören auch die Forderungen aus dem In- und Ausland, endlich die Ostseepipeline Nord Stream 2 einzustellen. Denn wenn das Projekt tatsächlich eingestellt würde, müssten Deutschland und andere europäische Länder mangels Alternativen ihr Öl und Gas weiterhin in Russland einkaufen – nur dass die Rohstoffe dann nicht mehr durch die Ostsee flößen, sondern durch die Ukraine und Polen. Woran sich jedoch keiner der Nord Stream-Kritiker stört.

Mindestens ebenso bedenkenswert ist der Umstand, dass die US-Amerikaner parallel zu ihrer jahrelangen Kritik an der europäischen Abhängigkeit von russi-

schen Rohstoffen keine Probleme damit hatten, die eigenen Importe aus dem „Reich des Bösen“ zu steigern. So ist Russland inzwischen zweitgrößter Erdöllieferant der energiehungrigen USA.

Auf jeden Fall war die Bundesregierung bislang gut beraten, in dem Konflikt zurückhaltend zu bleiben. Albern hingegen war die Lieferung von 5000 Helmen an die Ukraine – über die sich allenfalls die militärischen Führer vor Ort totlachen – und ein lächerliches Pullover-Bild, das der Kanzler im Flieger nach Washington von sich schießen ließ.

Wie es in dem Konflikt mittel- und langfristig weitergeht, weiß freilich niemand. Am Sonntag, den 20. Februar, enden nicht nur die Spiele von Peking, sondern auch das russische Manöver in Weißrussland. Dann wird sich zeigen, ob Moskau seine Truppen abzieht – oder tatsächlich den Konflikt forciert. Das jüngste Gerücht über die Entwicklung der nächsten Tage lieferten britische Sicherheitskreise, die berichteten, dass ihnen ein Plan zugespielt worden sei, nach dem russische Kräfte in die Ukraine eindringen sollen, um im in Kiew eine Moskaufreundliche Regierung zu installieren.

Ein kluger Ratgeber mit Blick auf all die Meldungen dieser Tage ist indes die 1784 von dem Königsberger Immanuel Kant zum Leitspruch der Aufklärung erhobene Forderung: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

IN DIESER AUSGABE

Politik

Der Europarat ist besorgt über die Diskriminierung der Deutschen durch Warschau **Seite 4**

Kultur

Hamburg stellt Benin-Bronzen aus und prescht in Sachen Restitution vor **Seite 9**

Schlesien

Oppeln feiert Bistumsjubiläum und verharmlost Vertreibung der Deutschen **Seite 18**

Lebensstil

Bröckelndes Fachwerkjuwel. Die 600 Jahre alte Kirche im märkischen Altwustrow **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Parteienstaat Die Berufung der „Greenpeace“-Lobbyistin Jennifer Morgan zur Staatssekretärin rückt die Rekordzahl an Spitzenämtern im Bundeskabinett in den Fokus – und wirft die Frage nach der Eignung der Ernannten auf

Eine historische Aufblähung des Regierungsapparats

Die Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister der Bundesregierung im Überblick

Noch nie hat eine Bundesregierung so viele Staatssekretäre, beziehungsweise Staatsminister berufen wie die gegenwärtige: 38 waren es bereits vor der Berufung von Jennifer Morgan. Der Blick auf manchen Lebensweg des politischen Spitzenpersonals legt den Verdacht nahe, dass es bei den Berufungen nicht immer um fachliche Qualifikationen ging, sondern um die Versorgung verdienter Parteileute – oder um gezielte Lobbyarbeit.

Beim Bundeskanzler

Sarah Ryglewski (39, SPD), Diplom-Politologin. Staatssekretärin und Staatsministerin für Bund-Länder-Beziehungen beim Bundeskanzler. Davor seit August 2019 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen.

Reem Alabali-Radovan (31, SPD), Politikwissenschaftlerin (B.A.). Staatssekretärin und Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration. Davor seit Januar 2020 Integrationsbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Carsten Schneider (46, SPD), Politikwissenschaftler (Abschluss in „Public Policy“). Staatssekretär und Staatsminister beim Bundeskanzler sowie Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland. Davor seit Oktober 2017 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

Claudia Roth (66, Bündnis 90/Die Grünen), Dramaturgin (ohne einschlägige Berufsausbildung). Staatssekretärin und Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Davor seit Oktober 2013 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Dr. Franziska Brantner (42, Bündnis 90/Die Grünen), Politikwissenschaftlerin. Staatssekretärin und Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Umsetzung der Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor (EITI). Davor seit Oktober 2017 Europapolitische Sprecherin und Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sven Giegold (52, Bündnis 90/Die Grünen), Master in Wirtschaftsentwicklung und -politik. Mitbegründer der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation Attac Deutschland. Staatssekretär. Davor seit Juni 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Michael Kellner (44, Bündnis 90/Die Grünen), Diplom-Politologe. Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand. Davor seit Oktober 2013 Politischer Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen.

Oliver Krischer (52, Bündnis 90/Die Grünen), ohne erlernten Beruf und ohne Studienabschluss. Staatssekretär. Davor seit Dezember 2013 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Politischer Koordinator von deren Arbeitskreis Umwelt, Klima, Energie, Agrar, Verkehr und Bau.

Bundesministerium der Finanzen

Katja Hessel (49, FDP), Rechtsanwältin. Staatssekretärin. Davor seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Februar 2020 Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.

Dr. Florian Toncar (42) (FDP), Rechtsanwalt. Staatssekretär. Davor seit Oktober 2017 Parlamentarischer Ge-



Von Parteisolddaten zu hohen Regierungsämtern: Die beiden Staatssekretäre Sven Giegold und Michael Kellner (rechts) mit ihrem Minister Robert Habeck (Mitte). Die enorme Zunahme der Staatssekretärsstellen geht vor allem auf die Grünen zurück Foto: pa

schäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.

Bundesministerium des Innern und für Heimat

Mahmut Özdemir (34, SPD), Studium der Rechtswissenschaften bis zum Ersten Staatsexamen. Staatssekretär. Davor seit Ende 2017 Mitglied im Innen- und Sportausschuss sowie seit März 2018 auch stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zum Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz.

Johann Saathoff (54, SPD), Diplom-Verwaltungswirt (FH). Staatssekretär. Davor seit Ende 2017 Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie sowie seit Januar 2021 auch des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Rita Schwarzelühr-Sutter (59, SPD), Diplom-Betriebswirtin. Staatssekretärin. Davor seit Dezember 2013 Parlamentarische Staatssekretärin bei den Bundesministerinnen für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Barbara Hendricks und Svenja Schulze (beide SPD).

Auswärtiges Amt

Katja Keul (52) (Bündnis 90/Die Grünen), Rechtsanwältin (2. Juristische Staatsprüfung). Staatssekretärin und Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik. Davor seit Ende 2017 Mitglied des Verteidigungsausschusses und des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages.

Dr. Tobias Lindner (40, Bündnis 90/Die Grünen), Volkswirt. Staatssekretär und Staatsminister. Davor seit Ende 2017 Sprecher für Sicherheitspolitik und Obmann der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verteidigungsausschuss sowie Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Dr. Anna Lührmann (38, Bündnis 90/Die Grünen), Politikwissenschaftlerin. Staatssekretärin und Staatsministerin für Europa sowie Beauftragte der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit und Sonderbeauftragte

der Bundesregierung für den Vorsitz Deutschlands im Ministerkomitee des Europarats. Davor seit 2018 Assistant Professor an der Universität Göteborg.

Jennifer Morgan (56), Lobbyistin. Zunächst ab 1. März 2022 Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt. Soll nach noch zu erfolgender Einbürgerung Staatssekretärin werden. Zuvor seit 2016 Co-Executive Director (Geschäftsführerin) von „Greenpeace International“. Studium der Politikwissenschaft und Germanistik an der Indiana University Bloomington sowie der Internationalen Beziehungen an der School of International Service (SIS) der American University in Washington, D.C. Seitdem überwiegend für Nichtregierungsorganisationen aktiv.

Bundesministerium der Justiz

Benjamin Strasser (35, FDP), Rechtsanwalt. Staatssekretär. Davor seit 2017 Mitglied des Innenausschusses und seit März 2018 auch des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zum Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Kerstin Griese (55, SPD), Politikwissenschaftlerin (M.A.). Bereits seit März 2018 Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales. Davor seit 2014 Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales beim SPD-Fraktionsvorstand.

Anette Kramme (54, SPD), Rechtsanwältin. Seit Dezember 2014 Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales. Davor seit 2009 Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion.

Bundesministerium der Verteidigung

Thomas Hitschler (39, SPD), Politikwissenschaftler (M.A.). Staatssekretär. Davor seit Ende 2017 Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums sowie des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages.

Sientje Möller (38, SPD), Lehrerin. Staatssekretärin. Davor seit Ende 2017 Mitglied des Verteidigungs- und Sportausschusses des Deutschen Bundestages sowie ab Januar 2021 auch verteidigungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Ophelia Nick (49, Bündnis 90/Die Grünen), Tierärztin. Staatssekretärin. Davor unter anderem sechs Jahre lang Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung der Grünen.

Dr. Manuela Rottmann (49, Bündnis 90/Die Grünen), Juristin. Staatssekretärin. Davor seit Ende 2017 Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie im Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ekin Deligöz (50, Bündnis 90/Die Grünen), Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin. Staatssekretärin. Davor seit Oktober 2013 Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und Obfrau der Grünen im Rechnungsprüfungsausschuss.

Sven Lehmann (42, Bündnis 90/Die Grünen), Politikwissenschaftler (M.A.). Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Davor seit Ende 2017 Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages.

Bundesministerium für Gesundheit

Sabine Dittmar (57, SPD), Praktische Ärztin. Staatssekretärin. Davor seit Ende 2017 Obfrau des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages.

Dr. Edgar Franke (62, SPD), Jurist. Staatssekretär. Davor seit Ende 2017 stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2018 zudem noch Beauftragter der Bundesregierung für die Anliegen der

Opfer und Hinterbliebenen terroristischer Straftaten im Inland.

Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Daniela Kluckert (41, FDP), Diplom-Volkswirtin. Staatssekretärin und Beauftragte der Bundesregierung für Ladesäuleninfrastruktur. Davor seit Ende 2017 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages.

Oliver Luksic (42, FDP), Politikwissenschaftler und Volkswirtschaftler (Master). Staatssekretär und Koordinator der Bundesregierung für Güterverkehr und Logistik. Davor seit Ende 2017 Mitglied des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages.

Michael Theurer (55, FDP), Diplom-Volkswirt. Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr. Davor seit Oktober 2017 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Dr. Bettina Hoffmann (62, Bündnis 90/Die Grünen), Biologin. Staatssekretärin. Davor seit Ende 2017 Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestages.

Christian Kühn (42, Bündnis 90/Die Grünen), Politikwissenschaftler (M.A.). Staatssekretär. Davor seit Ende 2013 Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen des Deutschen Bundestages.

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Dr. Jens Brandenburg (35, FDP), Ökonom. Staatssekretär. Davor seit Ende 2017 Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages.

Dr. h.c. Thomas Sattelberger (72, FDP), Diplom-Betriebswirt. Staatssekretär. Davor seit Ende 2017 Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Niels Annen (48, SPD), Politikwissenschaftler (Master). Staatssekretär. Davor seit März 2018 Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen.

Dr. Bärbel Kofler (54, SPD), Sprachwissenschaftlerin. Staatssekretärin. Davor seit März 2016 Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Sören Bartol (47, SPD), Diplom-Politologe. Staatssekretär. Davor seit Dezember 2013 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeit für die Bereiche Wirtschaft, Verkehr und digitale Infrastruktur, digitale Agenda, Bau, Wohnen und Stadtentwicklung.

Cansel Kiziltepe (46, SPD), Diplom-Volkswirtin. Staatssekretärin. Davor seit Ende 2017 Mitglied im Finanz-, Sport- und Wirecard-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Zusammenstellung: Wolfgang Kaufmann

Vasallen des modernen Politikbetriebs

Noch im 19. Jahrhundert war der Begriff „Staatssekretär“ vielfach austauschbar mit dem des „Ministers“. Doch im Parteienstaat der Gegenwart sind Staatssekretäre vor allem eines – Verfügungsmasse der jeweils regierenden Koalitionen

VON WERNER J. PATZELT

Im Feudalismus sicherten und erweiterten Könige ihre Macht dadurch, dass sie Grundbesitz mit den darauf siedelnden Arbeitskräften an Vasallen „verliehen“ und dafür Gegenleistungen erwarteten. Das waren Ratschläge und militärische Hilfe – teils als politisches Druckmittel, teils wirklich in der Schlacht. Der belehnte Vasall gelobte Treue, der Lehnsherr gewährte ihm Huld. Und was hat das mit der Bundesaußenministerin und ihrer neuen Staatssekretärin Jennifer Morgan zu tun, politisch vernetzt und einflussreich als Chefin von „Greenpeace International“ seit 2016? Alles, wenn man auf den Kern der Sache blickt!

Verleihung von Ämtern und Behörden anstelle von Ländereien

Natürlich kann ein Kanzler oder Minister kein Land mit dessen Bewohnern vergeben. Doch sehr wohl verleiht man Behörden samt ihren Mitarbeitern zu treuen Händen. Minister ernennt der Bundespräsident auf Vorschlag des Kanzlers, und der belohnt mit Ministerposten seine Weggefährten oder Wahlkampfshelfer. Das persönliche Verhältnis zu ihnen beruht oft nicht auf Freundschaft, sondern auf Sachzwängen oder strategischem Kalkül. Stets erwartet der Kanzler, dass ihn seine „Ministerialen“ beim politischen Ringen unterstützen, also: die verliehenen Ministerien ganz in den Dienst des Kanzlers stellen. Nämlich als Vorwarnsysteme, als Quellen von Informationen oder Rat, und als Kampfgruppen, wenn politische Gegner zu besiegen sind.

Nicht anders verhält es sich eine Machtstufe tiefer, also zwischen Ministern und deren Spitzenbeamten. An der Spitze eines Ministeriums steht traditionell ein beamteter Staatssekretär. Der ist „Amtsleiter“, also oberster Beamter. Ihn muss ein besonderes Vertrauens- und Treueverhältnis mit seinem Minister verbinden. Dem allein verdankt er sein Amt, da dieser ihn – falls er schon dessen Vorgänger als Staatssekretär diente – im Amt belassen oder neu ins Amt berufen hat. Auch kann ein beamteter Staatssekretär – wie ebenfalls die Beamten der nächsten ministeriellen Führungsebene, nämlich die Abteilungsleiter – jederzeit abgesetzt, das heißt in den einseitigen Ruhestand geschickt werden.

Vom beamteten Staatssekretär erwartet man, dass er die von seinem Ministerium zu behandelnden Dinge nicht nur sachlich bestens kennt, nämlich aufgrund langjähriger Aufstiegs im Ministerium, sondern dass er auch gelernt hat, wie man mit zu erarbeitenden oder zu prüfenden Vorlagen politisch zu verfahren hat. Nämlich so, dass es dem Minister gelingt, seine Politik durchzuziehen. Idealerweise formt der beamtete Staatssekretär ein Ministerium so, dass es den eigenen Minister hochmotiviert unterstützt. Wer das alles leistet, ist der wichtigste Untervasall eines Ministers.

Sekretäre ohne Aufgabe und Befugnis

Beamtete Staatssekretäre gibt es, unter wechselnden Bezeichnungen, seit dem Aufkommen des Fürsten- und Verwaltungsstaats im 16. Jahrhundert. Noch im 19. Jahrhundert war der Begriff „Staatssekretär“ oft austauschbar mit dem des „Ministers“. Doch etwas ganz anderes sind die in Deutschland 1967 eingeführten „Parlamentarischen Staatssekretäre“. Die müssen – anders als die Minister – Abgeordnete sein. Allein schon durch ihre Existenz verdeutlichen sie den Kern eines parlamentarischen Regierungssystems: Parlamentarier regieren. Freilich reichten dafür auch Minister, die Abgeordnete sind und bleiben.

Tatsächlich sind Parlamentarische Staatssekretäre unnötig. Ohnehin haben sie im jeweiligen Ministerium keine Weisungsbefug-



Vasallenverhältnis von besonderer Art: Die bisherige „Greenpeace“-Chefin Jennifer Morgan (links) und die zur Staatssekretärin berufende Außenministerin Annalena Baerbock bei der Verkündung der Personalie
Foto: imago/photothek

nis gegenüber den Beamten, auch wenn alle Vorgänge über ihren Schreibtisch laufen. Sie vertreten einfach „ihren“ Minister bei allen Dingen, die er nicht selbst machen muss oder will: nachrangige internationale Kontakte pflegen, Reden vor weniger wichtigen Gremien halten, Grußworte sprechen, normale parlamentarische Fragestunden bewältigen.

Verfügungsmasse der Koalitionen

Naive halten dieses Amt für eine „Lehrzeit“ künftiger Minister. Kenntnisreichere wissen, dass es da um die Belohnung treuer Dienste solcher Parlamentarier geht, die es – warum auch immer – nicht zum Minister schafften. Noch wichtiger ist die so geleistete „politische Austarierung“ einer Koalitionsregierung: „Wenn Ihr das wichtige X-Ministerium bekommt, dann erhalten wir bitte einen zusätzlichen Parlamentarischen Staatssekretär!“ Und nicht selten setzt ein Kanzler dem Minister einer anderen Partei einen Parlamentarischen Staatssekretär aus den eigenen Reihen ins Haus, gleichsam als Aufpasser.

Während bei den beamteten Staatssekretären beamtenrechtliche Regeln durchaus eine wichtige Rolle spielen, deren Befolgung allerdings von den Personalvertretungen der Ministerien immer wieder erstritten werden muss, können die Posten der Parlamentarischen Staatssekretäre im Rahmen des Koalitionsprozesses ganz freihändig vergeben werden. So jedenfalls verschafft man sich als Minister seine eigenen Vasallen. Bei denen freilich, anders als beim Minister, überwiegt das Symbolische – Titel, Mitarbeiterstab, Dienstwagen – weit die tatsächliche politische Schlagkraft. Daran ändert auch nichts, dass manche Parlamentarischen Staatssekretäre in Kanzleramt und Außenministerium den Titel „Staatsminister“ führen dürfen, nämlich aus rein protokollarischen Gründen.

Und da gibt es inzwischen noch eine weitere Art von Staatssekretären. Sie sind weder

Beamte, deren Bewährung in der Ministerialbürokratie sie vom Referenten über die Posten des Referatsleiters und Abteilungsleiters auf den Stuhl des Staatssekretärs geführt hat, noch Parlamentarier, die man mit schönen Titeln wie „Staatssekretär“ oder gar „Staatsminister“ beschenkt. Vielmehr handelt es sich um von außen geholte Fachleute, denen ein Minister die Bearbeitung ausgewählter Aufgaben im Zuständigkeitsbereich seines Ministeriums in besonderer Weise zutraut, weshalb er ihnen diese gemeinsam mit der Dienststellung eines beamteten Staatssekretärs überträgt. Sie sind Vasallen von ganz besonderer Art.

Erstens sind sie – mittelalterlich, doch weiterhin zutreffend formuliert – ganz von der Treue und Huld ihrer Minister abhängig. Gemeinsam mit diesen steigen oder fallen sie. Im Ministerium haben sie zwar formale Autorität. Doch informell werden sie oft wie Störenfriede wahrgenommen, wenn nicht – bei allem gebotenen Respekt – auch so behandelt. Die Unternehmensberaterin Katrin Suder, 2014 bis 2018 beamtete Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, kann davon gar manches Lied singen.

Vernetzung statt Regierungserfahrung

Zweitens besitzen sie weder die verlässlichen Ressourcen eines Staatssekretärs als Amtsleiter, nämlich umfängliche Personal- und Sachkenntnis im Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums, noch haben sie die halbwegs verlässliche Ressource eines Parlamentarischen Staatssekretärs, nämlich eine loyale politische Seilschaft. Die einzigen Ressourcen, aus denen ihre persönliche, nicht vom Minister abgeleitete Macht quillt, sind – wie bei Suder – berufliche Erfahrungen, die womöglich wertvoll sind, oder – wie bei Jennifer Morgan – langjährige Vernetzungen samt medialem Prestige, das die berufende Ministerin für sich zu nutzen hofft.

Naive halten dieses Amt für eine „Lehrzeit“ künftiger Minister. Kenntnisreichere wissen, dass es da um die Belohnung treuer Dienste solcher Parlamentarier geht, die es – warum auch immer – nicht zum Minister schafften. Noch wichtiger ist die „politische Austarierung“ einer Koalitionsregierung

Einmal ins Amt gelangt, mag sich dann herausstellen, dass anderswo hilfreiche Berufserfahrungen nicht zu dem passen, was einem als staatspolitischer Spitzenkraft abverlangt wird. Auch kann sich zeigen, dass der politische Gebrauchs- oder Tauschwert der mitgebrachten Ressourcen geringer ist, als vorab veranschlagt, oder dass beides aufgrund sich ändernder Politikumstände sinkt. Solche Vasallen gleichen jenen Finanzmaklern, mit denen sich im Lauf von Europas Geschichte nicht wenige Könige oder Minister verkalkuliert haben.

Folgen für den Politikbetrieb

Was ist von alledem zu halten? Wenn unsere Ministerien immer häufiger externe Kompetenzen brauchen, die sich nicht durch Gutachten und Projektaufträge verschaffen lassen, dann ist vielleicht etwas falsch mit der Personalauswahl, der Weiterbildung oder der Beförderungspraxis in unserer Ministerialverwaltung. Dann sollten wir an der Verbesserung all dessen arbeiten. Wenn unsere Ministerien durch Organisationserlasse des Kanzlers immer mehr Zuständigkeitsbereiche erhalten und man diese dann auch immer mehr beamteten Staatssekretären zuweist, so ist zu fragen, wer denn die Koordination von deren Tätigkeiten übernehmen soll. Der zeitlich überforderte Minister? Der ohne Weisungsbefugnisse arbeitende Parlamentarische Staatssekretär?

Vielleicht liegt ja das Übel darin, dass man die Leitungspositionen inflationiert – gleichsam nach dem Motto: „Je mehr Vasallen ich habe, desto bedeutender bin ich als Minister!“ Und wenn wir immer mehr Parlamentarische Staatssekretäre zu benötigen glauben, dann stimmt vielleicht etwas nicht mit politischen Karrierevorstellungen folgender Art: Vom Kreißaal über den Hörsaal in den Plenarsaal gelangt, sollte auch noch der nächste Karrieresprung gelingen: Mindestens „Parlamentarischer“ muss man werden, wenn es „mit dem Minister nicht klappt“. Auch sollte man bedenken, wie gut es einer Republik wohl ansteht, wenn die Flotte der Staatssekretärswagen und die Kompanien persönlichen Referenten und sonstiger Zuarbeiter immer zahlreicher werden – gerade so, als müsse sich wie im historischen Feudalismus der Glanz des Oberherrn auch in der Ausstattung seiner Vasallen niederschlagen.

Staatsamt und Lobbyismus

Doch damit ist das Kernproblem der Ernennung von Frau Morgan zur beamteten Staatssekretärin noch gar nicht angesprochen. Das ist der Kurzschluss von Staatsamt und Lobbyismus. Der aber wird nicht dadurch besser, dass ihn nun eine Grüne um der internationalen Klimapolitik willen vollzieht, und nicht – wie früher so oft – ein Sozial- oder Christdemokrat zum Wohlgefallen von Gewerkschaften und Industrie.

Und obendrein: Während es sich zu vor-demokratischen Zeiten die Anfänger der Ständeparlamente meist erfolgreich verbat, dass der Fürst einen Landfremden zum Spitzenbeamten machte, gilt dieser Einwand angesichts der jetzigen Ernennung einer Amerikanerin zur Staatssekretärin als höchst unschicklich. Es fühlt sich sogar fast peinlich an, dass die erst einmal – igit! – „Deutsche werden muss“, um dem Regierungsapparat der länger schon im Land lebenden Leute angehören zu dürfen. Da war es im wirklichen Feudalismus besser: Belehnen durfte der Fürst auch die Untertanen eines anderen Königs! Doch wollen wir diese Verhältnisse wieder zurück?

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Zuletzt erschien „Parlamentarismusforschung. Eine Einführung“ (Nomos Verlag 2020).
wjpatzelt.de

● MELDUNGEN

Claudia Roth will prüfen

Potsdam – Der Bund will seine Finanzzusagen für den Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam auf den Prüfstand stellen. Vorausgegangen war ein am 3. Februar öffentlich gewordener Bericht des Bundesrechnungshofes, in dem die Rechnungsprüfer monieren, der Bund habe bei der Bewilligung der Mittel nicht beurteilen können, ob insgesamt ausreichend Mittel für den geplanten Wiederaufbau bereitstehen. Die Prüfer fordern den Bund auf, „Fördermittel erst dann zu bewilligen, wenn die Gesamtfinanzierung der Baumaßnahme hinreichend gesichert ist“. Laut dem Bericht reichen die vorhandenen Mittel weder für eine Rekonstruktion der gesamten Kirche noch für den Wiederaufbau des Kirchturms. Die Fördermittel waren noch unter der früheren Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) bewilligt worden. Ihre Nachfolgerin im Amt, Claudia Roth (Grüne), will nun „auf Basis der eingereichten Antrags- und Bauunterlagen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine weitere Bewilligung“ von Fördermitteln prüfen. N.H.

Der Staat verdient mit

Berlin – Der Bund der Steuerzahler (BdSt) hat die Bundesregierung aufgefordert, für eine Entlastung bei den Strompreisen zu sorgen. Die geplante Abschaffung der EEG-Umlage sei bei Weitem nicht ausreichend, so Reiner Holznapel. Der BdSt-Präsident erinnerte an das Versprechen der Ampel-Koalition, die Mehreinnahmen durch die CO₂-Bepreisung an die Bürger zurückzugeben. Nach Angaben des BdSt hat der Staat allein schon durch die hohen CO₂-Preise im Jahr 2021 rund 12,5 Milliarden Euro eingenommen. Mit den Preissteigerungen bei Benzin, Gas, Öl und Strom steigen zudem die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Zur Entlastung der Verbraucher fordert der Steuerzahlerbund neben der Abschaffung der EEG-Umlage auch eine weitgehende Abschaffung der Stromsteuer. N.H.

Mehr Müll durch Corona

Genf – Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verursachten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie bislang ein erhöhtes Aufkommen an Plastikabfall in einer Größenordnung von 233.000 Tonnen. Allein schon durch die zusätzlichen Impfungen sollen 144.000 Tonnen Müll angefallen sein. Hingegen nicht mitgerechnet hat die WHO die Mund-Nase-Masken. Deshalb erscheint eine Schätzung chinesischer Forscher, die von rund 8,4 Millionen Tonnen zusätzlichem Plastikmüll in 193 Ländern ausgeht, realistischer. Davon seien etwa 25.000 Tonnen in den Weltmeeren gelandet. Ob das deutsche Müllaufkommen infolge der Pandemie zugenommen hat, ist unklar, weil ein Anstieg in manchen Bereichen durch Rückgänge an anderer Stelle kompensiert wurde. Jedenfalls entsorgte die Bundesrepublik vergangenes Jahr 697.000 Tonnen Müll im Ausland. Plastikmüll ging vor allem in die Türkei und nach Malaysia. W.K.



Will eine neue Bildungspolitik einführen: Przemyslaw Czarnek, Polens Minister für Bildung und Wissenschaft

DEUTSCHUNTERRICHT

Kein Deutsch mehr als Minderheitensprache

Der Europarat zeigt sich besorgt, da der polnische Bildungsminister Przemyslaw Czarnek die Deutsche Minderheit diskriminiert

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Im vergangenen Schuljahr 2020/21 lernten allein in der Woiwodschaft Ermland-Masuren 2182 Schüler Deutsch als Muttersprache. Das sind nach Angaben des „Mitteilungsblattes“, dessen Herausgeber der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren ist, acht Schüler mehr als im vorherigen Schuljahr. 43 Schulen unterrichten im südlichen Ostpreußen Deutsch als Sprache der nationalen Minderheit.

Als beunruhigend schilderte das Blatt in seiner Januarausgabe den Rückgang des Deutschunterrichts in Kindergärten.

Heute beunruhigt etwas ganz anderes die Gemüter der Mitglieder der Deutschen Minderheit in der Republik Polen, denn die finanzielle Unterstützung für

den Deutschunterricht als Minderheitensprache soll ab sofort zunächst um zwei Drittel und dann vollständig gestrichen werden.

Bislang waren Schulleiter verpflichtet, Deutschunterricht als Minderheitensprache anzubieten, wenn sieben Eltern ein Schreiben einreichen, in dem sie erklären, dass ihre Kinder Deutsch als Minderheitensprache erlernen sollen. Dafür erhält die Einrichtung über die Kommune Subventionen nach einem bestimmten Schlüssel. Die Kommunen erhalten die Mittel dazu vom Bildungsministerium. Diese belaufen sich pro Schüler und Jahr auf 5400 bis 7000 polnische Zloty (etwa 1200 bis 1550 Euro).

Die Begründung für diese Kürzung um umgerechnet etwa zehn Millionen Euro sei die Nicht-Förderung der Polnischen

Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland, die es allerdings gar nicht gibt, wie Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, ausreichend belegt.

Nach der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ist die Bundesrepublik nach Teil II, Artikel 7 und Teil III, Artikel 8 der Charta verpflichtet, Dänisch, Niederdeutsch, Niedersorbisch, Nordfriesisch, Romanes, Saterfriesisch und Obersorbisch zu pflegen. Der Vertragsstaat Polen hat gleich 14 Minderheiten- oder Regionalsprachen zu pflegen, darunter auch Deutsch.

Der Medienbeauftragte des Europarats, Panos Kakaviatos, schreibt: „Der Sachverständigenausschuss, der die Einhaltung der Europäischen Charta der Re-

Auszug aus der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Teil II, Artikel 7, f-g:

f die Bereitstellung geeigneter Formen und Mittel für das Lehren und Lernen von Regional- oder Minderheitensprachen auf allen geeigneten Stufen;

g die Bereitstellung von Einrichtungen, die es Personen, die eine Regional- oder Minderheitensprache nicht sprechen, aber in dem Gebiet leben, in dem sie gebraucht wird, ermöglichen, sie zu erlernen, wenn sie dies wünschen.“

gional- oder Minderheitensprachen überwacht, ist besorgt über die jüngste Kürzung der Zuschüsse für den Unterricht in Regional- oder Minderheitensprachen in Polen und die darauf folgende Kürzung des Unterrichts in der Minderheitensprache Deutsch, der auf eine Stunde pro Woche beschränkt wurde.

Der Sachverständigenausschuss hatte in seiner letzten Empfehlung festgestellt, dass diese Verpflichtung nicht erfüllt werde, aber diese neuen Entwicklungen schwächen Deutsch als Minderheitensprache im Unterricht noch mehr ...

Polen hat sich zudem verpflichtet, den Unterricht in deutscher Sprache, das heißt, mit Deutsch als Unterrichtssprache, anzubieten. Diese Verpflichtung bleibt unerfüllt und ist Gegenstand einer erneuten Empfehlung des Sachverständigenausschusses in seinem jüngsten Prüfbericht. Vor diesem Hintergrund stellen die jüngsten Entwicklungen eine weitere Schwächung des Deutschen als Minderheitensprache im Bildungswesen dar. Sie sind ein Rückschritt gegenüber der Lage zum Zeitpunkt des Ortsbesuchs des Sachverständigenausschusses im Juni 2021 und widersprechen den Zielen und Grundsätzen der Charta.“

In dem Prüfbericht wird unter anderem moniert, dass die Umsetzung eines fachspezifischen Unterrichts in einer Minderheitensprache zu wenig erfolge, dass die Bereitstellung von Lehrbüchern und die Lehrerbildung problematisch sei.

Die Verordnung MEiN vom 4. Februar 2022 verstoße noch gröber gegen die Europäische Charta, denn sie unterscheidet zwischen Unterricht für die Deutsche Minderheit und alle anderen Minderheiten, so ist es auf der Internetseite der Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen zu lesen.

(Lesen Sie dazu auch Meinungen aus Allenstein und Osterode auf Seite 17.)

AFD

Konkurrenz durch neue „Querdenker“-Parteien

In Sachsen formieren sich die „Freien Sachsen“, im Saarland die Basisdemokratische Partei Deutschland

Die schwankende Haltung der AfD gegenüber Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen hat Auswirkungen in mehreren Bundesländern und sorgt für das Aufkommen politischer Konkurrenz. In der vergangenen Woche musste sich der Bundesvorstand mit dem Verhältnis zu den „Freien Sachsen“ beschäftigen. Diese Regionalpartei ist in den vergangenen Monaten vor allem als Organisator der Demonstrationen im Freistaat in Erscheinung getreten.

Angeführt wird die rund 1000 Personen zählende Partei von dem Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann, der für „Pro Chemnitz“ im dortigen Stadtrat sitzt und vom langjährigen NPD-Funktionär Stefan Hartung aus dem Erzgebirge. Auch aufgrund der Nähe der „Freien Sachsen“ zu den Nationaldemokraten beschloss die Parteispitze, die lokale Organisation auf

die Unvereinbarkeitsliste zu setzen. Mitglieder der „Freien Sachsen“ können auch nach einem Austritt nicht mehr Mitglied der AfD werden. Zudem sind jegliche Kooperationen untersagt.

Die Argumente gegen die „Freien Sachsen“ und ihre Demonstrationen sind die gleichen, die vor Jahren beim Aufkommen der Pegida-Bewegung vorgebracht wurden: ein unklares Verhältnis zum militanten Rechtsextremismus und daraus resultierende Probleme mit dem Verfassungsschutz. Letzterer wirft den „Freien Sachsen“ vor, die demokratischen Strukturen delegitimieren zu wollen.

In der Partei ist das Vorgehen nicht unumstritten. Die Thüringer AfD mit ihrem Chef Björn Höcke forderte, die Unvereinbarkeitsliste von einer Arbeitsgruppe überprüfen zu lassen. „Die Liste ist in ihrem Fokus zu sehr verengt“, zudem könne

man sich nicht von jeder konkurrierenden Partei abgrenzen. Dies tue man von den Grünen ja auch nicht. Dass der Abgrenzungskurs der Parteispitze gegenüber den „Spaziergängern“ nicht von allen geteilt wird, liegt auch in der Furcht begründet, Kohlmann, dem selbst Kritiker bescheinigen, ein exzellenter Organisator zu sein, könne eine konkurrierende Liste für die nächste Landtagswahl aufstellen.

Während der Chemnitzer Jurist diese Frage „zu gegebener Zeit“ beantworten will, ist die Konkurrenz für den AfD-Landesverband im Saarland bereits real. Dort kommt sie nicht von rechts, sondern eher aus der Mitte der Gesellschaft.

Die bemerkenswerte Professionalität, mit der die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) alle Voraussetzungen zur Teilnahme an der Landtagswahl geschafft hat, hat Beobachter des

Politbetriebs durchaus erstaunt. Im Gegensatz zur AfD, die sich bei den Anti-Corona-Demonstrationen merklich zurückhielt, mischte die Basis bei den Protesten munter mit. Bis zu 6500 Menschen gingen in der Landeshauptstadt Saarbrücken in den vergangenen Wochen auf die Straße – unter ihnen auch Funktionäre der sogenannten Querdenker-Partei.

Im Gegensatz zur AfD, die nach internen Querelen ohne Landesliste antreten muss, was aufgrund des Wahlrechts an der Saar aber keine Auswirkungen auf die Mandatsverteilung hat, ist die Basis überall präsent. Das Minimalziel der Kandidaten um Listenführer Heinz Theo Both ist das Erreichen der Ein-Prozent-Marke. Dies würde der Basis finanziell gut- und der AfD, die in den letzten Umfragen zwischen sechs und sieben Prozent lag, möglicherweise sehr wehtun. Peter Entinger

STRASSEN-BLOCKADEN

In der Geiselhaft der Öko-Radikalen

Aktivisten der „Letzten Generation“ schikanieren Autofahrer – Sympathie von Grünen und Linkspartei

VON HERMANN MÜLLER

Für hauptstädtische Verhältnisse ungewöhnlich schnell haben Feuerwehrleute am 11. Februar eine jener Blockaden von radikalen Klimaaktivisten beendet, die Berlins Stadtautobahn seit Wochen immer wieder lahmlegen. Nach erprobtem Muster hatten Anhänger der Gruppe „Letzte Generation“ versucht, mit einer Sitzblockade eine Autobahnausfahrt im Bereich des Siemensdamms zu versperren.

Während solche Aktionen sonst von den Autofahrern sehr viel Geduld erfordern, war diese Blockade zügig wieder beendet. Innerhalb von zehn Minuten waren mehrere Beamte einer nahe gelegenen Feuerwache zur Stelle. Selbst einen Blockierer, der sich gerade mit einer Hand an der Fahrbahn festgeklebt hatte, trugen die Feuerwehrleute binnen weniger Minuten von der Straße: „Der Kleber war noch nicht ausgehärtet, da habe ich zugegriffen“, so einer der Feuerwehrleute. Rückt Berlins Polizei an, dauert die Räumung einer Autobahnzufahrt regelmäßig sehr viel länger.

„Nötigung ist strafbar“

Mit Spitzenwerten von bis zu 230.000 Autos pro Tag im Bereich des Autobahndreiecks Funkturm gehört der Berliner Stadtring A100 normalerweise zu den am stärksten befahrenen Autobahnen Deutschlands. Bereits seit Wochen wird Berlins Lebensader aber von Anhängern der sektenartigen Initiative „Letzte Generation“ immer wieder durch Sitzblockaden lahmgelegt.

Die Aktivisten fordern ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung und eine sofortige Agrarwende, um den Ausstoß von „Klimagasen“ in der Landwirtschaft zu mindern. Im September vergangenen Jahres waren Aktivisten dieser Initiative in einen Hungerstreik getreten, um ein öffentliches Gespräch mit den damaligen Kanzlerkandidaten sowie die Einberufung eines „Bürger:innenrats“ zu erzwingen.

Mit Blick auf die nun laufenden Autobahnblockaden erklärte Polizeisprecher Michael Gassen, dass sich die Teilnehmer in der Regel strafbar machten: „Nötigung im Straßenverkehr und der gefährliche Eingriff in den Straßenverkehr sind Straftaten.“ Bis die Vorwürfe vor Gericht ver-



Blockierer an Berliner Autobahn-Ausfahrt: Empörter Autofahrer macht seinem Ärger Luft

Foto: pa

handelt werden, können allerdings Monate vergehen. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft eignen sich die Straßenblockaden nicht für sogenannte beschleunigte Verfahren. „Diese sind für einfache Strafverfahren mit geständigen Tätern gedacht. Hier haben wir es mit durchaus komplexen Verfahren zu tun“, so der Pressesprecher der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Martin Steltner.

Polizei und Justiz nehmen bislang auch nur sehr zaghaft Straßenblockierer in Gewahrsam, um weitere Straftaten zu verhindern. Mit richterlicher Zustimmung ist ein kurzzeitiges Einsperren bis zum Folgetag möglich. Bislang kommen allerdings nur Demonstranten in Gewahrsam, wenn diese sich bei den Blockaden auf der Fahrbahn festgeklebt hatten. Dieses Vorgehen wird von der Polizei als Tatbestand des Widerstands gewertet, weil damit die Polizeiarbeit gezielt behindert wird.

Auf Antrag der AfD-Fraktion waren die Straßenblockaden am 10. Februar nun auch Thema im Berliner Abgeordnetenhaus. Marc Vallendar, der rechtspolitische Sprecher der Berliner AfD, forderte von den Strafverfolgungsbehörden ein entschlossenes Durchgreifen. „Berlin wird von einer kleinen Gruppe von Extremtätern mit den Protestaktionen in eine Geiselhaft genommen“, so Vallendar. Auch Frank Balzer von der CDU-Fraktion sprach von „Geiselhaft“. Die Debatte im Abgeordnetenhaus förderte insgesamt eine ungewöhnliche Frontstellung zutage.

Riss in der Rathaus-Koalition

Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) verurteilte die Blockaden ganz deutlich als „völlig inakzeptabel“. Diese Einschätzung erhielt von den drei Oppositionsparteien AfD, FDP und CDU Beifall, allerdings nicht von den Koalitionspartnern der Berliner Sozialdemokraten,

den Grünen und der Linkspartei. Deren Abgeordnete verfolgten die Rede der Innensenatorin überwiegend mit teilnahmslosen Gesichtern, teils auch mit offensichtlicher Ablehnung.

Ferat Kocak, in der Berliner Fraktion der Linkspartei „Sprecher für Antifaschistische Politik/Strategien gegen rechts, Klimapolitik“, erklärte sogar, Protest müsse manchmal „provokant sein“ und „den sogenannten Normalbetrieb stören, denn sonst bleibt er letztlich unbeachtet und wirkungslos“. „Angesichts einer Situation, in der weltweit verantwortliche Politiker zuschauen, wie der Planet in den Abgrund gefahren wird, erscheint die Blockade von Autobahnauffahrten als mildes Protestmittel“, so der Politiker der Linkspartei. Auch der Grünen-Politiker Vasili Franco vermied eine klare Distanzierung: „Ich persönlich halte zivilen Ungehorsam zunächst für ein legitimes Mittel“, so Franco im Abgeordnetenhaus.

CORONA-MASSNAHMEN

Stolpernd in den Ausstieg

„Spaziergänge“ dürfen doch verboten werden – Ex-Innenminister Schröter (SPD) demonstriert selbst mit

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, und der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (beide SPD) haben sich dieser Tage gemeinsam auf ein Ende der 2G-Regel im Einzelhandel in beiden Bundesländern verständigt. Der Hauptgrund dürften die von Tag zu Tag zunehmenden „Spaziergänge“ von Maßnahmegegnern sein. Trotz teilweise erheblicher Polizeigewalt werden die staatlichen Stellen des bürgerlichen Ungehorsams nicht mehr Herr.

In Brandenburg hatte zudem das Verwaltungsgericht Cottbus die Verbotsvorgabe des brandenburgischen Innenministers Michael Stübgen (CDU) gegen Spaziergänger für rechtswidrig erklärt. In der Urteilsbegründung heißt es, die Polizeidirektion Süd habe nicht ausreichend begründet, warum von den un-

angemeldeten Versammlungen eine besonders schwerwiegende Infektionsgefahr oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehe. Es reiche nicht, auf Verstöße gegen die Maskenpflicht und Abstandsregeln ohne konkrete Erklärungen zu verweisen. Für jedes Verbot sei wegen des hohen Gutes der Versammlungsfreiheit eine konkrete Prognose zur Infektionsgefahr mit der jeweils aktuellen Corona-Lage nötig.

„Aus der bürgerlichen Mitte“

Stübgen sucht nun sein Heil in der zweiten Instanz: „Wir haben dagegen Beschwerde beim OVG eingereicht und aufschiebende Wirkung beantragt. Über beide Anträge ist noch nicht entschieden.“ Mit Erfolg: Das Oberverwaltungsgericht in Cottbus hat entgegen der ersten Ins-

tanz entschieden, dass die Demonstrationen doch verboten werden dürfen.

Das wird die Proteste kaum beenden. Selbst Stübgens Vorgänger im Amt, Karl-Heinz Schröter (SPD), hat bereits zusammen mit den Bürgern in Hohen Neuendorf nördlich von Berlin gegen die verordneten Corona-Maßnahmen demonstriert. Er tue das, weil er überzeugt sei, dass die 2G-Regelungen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar seien, erklärte Schröter: „Ich weiß, dass man bürgerliche Freiheitsrechte einschränken kann, wenn von Menschen Gefahren ausgehen und sie andere Menschen in Gefahr bringen.“ Von negativ getesteten Menschen geht seiner Ansicht nach aber keine Gefahr aus.

Er habe an der Demonstration teilgenommen, weil er wissen wollte, wer da unterwegs ist. Die Demonstration in Ho-

hen Neuendorf sei von Menschen „aus der bürgerlichen Mitte“ besucht worden. Er habe „keinen gesehen, der dort extremistisch aufgetreten ist“. Damit erschütterte Schröter die Glaubwürdigkeit anderslautender Medienberichte.

Grüne Minister in Berlin und Brandenburg, nämlich Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Brandenburg) und Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Berlin), hatten nur Tage vor der Abschaffung von 2G im Einzelhandel auf der Fortsetzung der Maßnahme beharrt, zumal ein Berliner Verwaltungsgericht die Regel für rechtmäßig erklärt hatte. Nachdem aber viele Gerichte in anderen Bundesländern entgegengesetzt geurteilt hatten, erscheint der plötzliche Abschied von 2G auch in Berlin und Brandenburg wie ein Rückzugsgefecht. Frank Bücker

KOLUMNE

Keine Wahl

VON VERA LENGSELD

Als ich noch Bundestagsabgeordnete war, waren die Bundespräsidentenwahlen so etwas wie ein politischer Höhepunkt. Ich habe tatsächlich erlebt, dass die Delegierten etwas zu entscheiden hatten, auch wenn das heute nur noch schwer vorstellbar ist. Ich erinnere mich an Johannes Raus enttäuschtes Gesicht auf der Tribüne des Reichstags, als er Roman Herzog bei der Abstimmung unterlag.

Damals war die SPD in der Opposition und stellte selbstverständlich einen eigenen Kandidaten auf. In den Medien und in der Union hatte es im Vorfeld heftige Debatten gegeben, als deren Ergebnis der Favorit von Bundeskanzler Helmut Kohl, der sächsische Innenminister Steffen Heitmann, zurückgezogen und durch Herzog ersetzt wurde. Rau schaffte es beim zweiten Anlauf, als Herzog nicht mehr antrat.

Spannung kam auch auf, als Joachim Gauck von SPD und Grünen gegen den Kandidaten von Union und FDP aufgestellt wurde. Ich gehörte damals zu den Mitbegründerinnen von „Christdemokraten für Gauck“, weil ich die Hoffnung hatte, dass er ein Präsident der Bürger werden würde. „Gebt die Wahl frei“ – dieser Slogan der Gauck-Anhänger überzeugte mich. Dafür wurde ich von Teilen der Partei als Verräterin angesehen. Gauck unterlag dem glücklosen Christian Wulff, der vorzeitig aus dem Amt scheiden musste.

Das hinderte die Union nicht, ihn bei der nächsten Wahl als ihren Kandidaten aufzustellen. Gauck wurde nicht der Präsident der Bürger, sondern des politischen Establishments. Eine Tradition, die der alte und neue Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fortsetzt. Beide Amtsinhaber fielen durch spalterische Attacken gegen die unbotmäßige Bevölkerung auf. Gauck denunzierte die neuen Bundesländer als „Dunkeldeutschland“, Steinmeier bewarb linksradikale Musikgruppen und behauptete, Spaziergänge hätten ihre Unschuld verloren, weil Regierungskritiker, denen neuerdings ihr verfassungsmäßiges Recht auf Demonstrationen versagt wird, stattdessen still spazieren gehen. Wer gegen die Demokratie sei, habe ihn zum Gegner, formulierte Steinmeier. Wobei er mit Demokratie Gehorsam gegenüber der Regierung meint.

MELDUNG

36,6 Prozent

Berlin – Laut Statistikamt Berlin-Brandenburg lag der Anteil der Einwohner Berlins mit ausländischen Wurzeln Ende 2021 bei 36,6 Prozent. 2009 hatte der Wert nur bei rund 25 Prozent gelegen. Im Schnitt wächst dieser Anteil an der Gesamtbevölkerung Berlins damit jedes Jahr um etwa einen Prozentpunkt. Von den 3,7 Millionen Einwohnern, die vergangenes Jahr in Berlin offiziell registriert waren, waren rund 110.000 ausländische Staatsangehörige und etwa 570.000 deutsche Staatsangehörige mit ausländischen Wurzeln. Berlin-Mitte ist der Hauptstadtbezirk, der mit 55 Prozent den höchsten Anteil von Immigranten und Einwohnern mit ausländischen Wurzeln hat, Neukölln mit 47 Prozent den zweithöchsten. Den niedrigsten Wert (17 Prozent) weist die Statistik für den Bezirk Treptow-Köpenick aus. N.H.

● MELDUNGEN

Europol will nicht löschen

Den Haag – Die europäische Polizeibehörde Europol speichert seit Jahren Daten in der Größenordnung von mehreren Petabyte, die keinerlei Bezug zu konkreten Straftaten aufweisen und daher gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung überhaupt nicht gesammelt werden dürfen. Darüber hinaus durchforstet Europol die riesigen Datensätze auch noch auf intransparente Weise mit einer Analyse-Software, was ebenfalls gegen EU-Recht verstößt. Deshalb erließ der Datenschutzbeauftragte der Europäischen Union, der polnische Jurist Wojciech Wiewiórowski, Anfang Januar eine Anordnung zur Löschung der Daten binnen sechs Monaten. Der will Europol aber anscheinend nicht nachkommen. Denn die Behörde versucht nun im Zusammenspiel mit der französischen EU-Ratspräsidentschaft, die Weisung durch Ausnahmeregelungen auszuhebeln. Das beweist ein von der britischen Bürgerrechtsorganisation Statewatch veröffentlichtes Dokument vom 24. Januar. **W.K.**

„Fairness im Frauensport“

Pierre – Im US-Bundesstaat South Dakota hat die Gouverneurin Kristi Noem (Republikaner) ein Gesetz unterschrieben, das die Teilnahme von transgeschlechtlichen Personen am Schulsport regelt. Das Gesetz mit dem Titel „Fairness im Frauensport“ sieht vor, dass am Frauensport von Schulen und Colleges nur Frauen und Mädchen teilnehmen dürfen, deren biologisches Geschlecht bereits zur Geburt weiblich war. Mit dem neuen Gesetz erhalten zudem Sportlerinnen, Schulen und Schuldistrikte ein Klagerecht gegen solche Institutionen, die ein Brechen der Fairness-Regelung zu verantworten haben. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Staaten Arkansas, Alabama, Texas, Idaho, Mississippi, Montana, West Virginia, und Tennessee ähnliche Regelungen verabschiedet. In mehr als einem Dutzend US-Staaten laufen gegenwärtig ähnliche Gesetzgebungsverfahren zum Schutz des Frauensportes. **N.H.**

Rekordhoch bei Schulden

Washington – Wie aus aktuellen Daten des US-Finanzministeriums hervorgeht, ist die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten auf 30,012 Billionen US-Dollar (etwa 26,6 Billionen Euro) angewachsen. Diesem Rekord vorausgegangen ist die Verabschiedung eines Gesetzes Ende vergangenen Jahres zur Anhebung des nationalen Schuldenlimits. Das beträgt nun 31,4 Billionen Dollar (fast 28 Billionen Euro). Als Grund für den Anstieg werden die Ausgaben für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie genannt. Fakt ist, dass die US-Staatsverschuldung Ende 2019 noch um sieben Billionen Dollar (zirka 6,2 Billionen Euro) niedriger lag. Im Fiskaljahr 2020 war das Haushaltsdefizit mit 3,13 Billionen Dollar (rund 2,74 Billionen Euro) mehr als doppelt so hoch wie 2009, dem Jahr nach der Finanzkrise von 2008. Und 2021 sank das Defizit auf 2,77 Billionen Dollar (um die 2,42 Billionen Euro). **W.K.**

EUROPA

Erdogan-Propaganda mit EU-Mitteln

Nach Seehofer kritisiert der „European Islamophobia Report“ nun auch Macron für dessen Islampolitik

VON BODO BOST

Im Jahre 2015, als die Massenmigration aus dem Nahen Osten nach Deutschland begann und die islamischen Attentate in Frankreich einen neuen Höchststand erreichten, gründete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan eine pseudo-wissenschaftliche Monitoreinrichtung, den „European Islamophobia Report“. Weil damals die EU und vor allem Angela Merkel wegen des Asyldeals meinte, in Erdogans Schuld zu stehen, schaffte es der Präsident sogar, dass die EU sein Lieblingsprojekt größtenteils finanzierte. Ende Dezember 2021 erschien Nr. 5, des „European Islamophobia Report“ für 2020.

Der Monitor zur Lage und Entwicklung von Islamfeindlichkeit in Europa enthält 31 Berichte über Länder, in denen Muslime wegen ihrer Religion angeblich

benachteiligt werden. Der 886-seitige Report wird von Enes Bayraktı, Professor für internationale Beziehungen an der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul, und Farid Hafez von der Abteilung Politikwissenschaft der Universität Salzburg herausgegeben. Letzterer ist neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auch Autor der türkischen Tageszeitung „Daily Sabah“, die Erdogans AKP eng verbunden ist. Die EU-Staatsanwaltschaft wirft Hafez Terrorfinanzierung, Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und Geldwäsche vor.

Zugeständnis wegen des Asyldeals

2018 zierte ein Portraitfoto des damaligen Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) das Cover des Muslimverfolgungsindex in Europa und bei der letzten Ausgabe das Konterfei Emmanuel Macrons. Die Wahl fiel nicht etwa des-

halb auf den französischen Staatspräsidenten, weil sein Land 2020 wieder einmal den Spitzenplatz in Europa beim radikalislamischen Terror anführte, sondern weil Frankreich es wagte, diesen Terror mit politisch-juristischen Maßnahmen zu bekämpfen mit den einzigen Mitteln, den dieser Terror versteht.

In Frankreich wurde 2020 ein Pakt gegen den radikalen Islam geschlossen. Im Rahmen dieses Paktes wurde damals die französische Zweigstelle des Monitors, das „Collectif contre l'islamophobie en France“ (CCIF, Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich) geschlossen, weil sie zu einem Zentrum des radikalen Islam geworden war.

Die Herausgeber des „European Islamophobia Report“ für das Jahr 2020 interpretieren dies jedoch als Angriff auf alle Muslime, das heißt, sie setzen alle Muslime mit Dschihadisten gleich, was ja

sonst immer unisono abgelehnt wird. Das CCIF soll beim Mord an Samuel Paty im Vorfeld an Schikanen und Drohungen gegen den Lehrer beteiligt gewesen sein. Seit Jahren verbreitet das CCIF das umstrittene Narrativ „Islamophobie“ mit großem Erfolg. Das Narrativ wurde von Ayatollah Khomeini als Kampfbegriff zur Diffamierung seiner Gegner ins Leben gerufen. Das Narrativ stellt Diskriminierungen von Muslimen gezielt übertrieben dar, um einen Keil in die westlichen Gesellschaften zu treiben.

Etwa 140.000 Euro Fördermittel

Der Monitor beschäftigt sich auch mit Deutschland. Einen kleinen Lichtblick sehen seine Macher darin, dass die neue Integrationsstaatssekretärin von NRW, Gonca Türkeli-Dehnert, als Reaktion auf die Friedhof-Schändungen in Iserlohn eine Meldestelle für islamfeindliche Straftaten einrichten möchte. Den vereitelten Anschlag eines jungen per Familienzusammenführung nach Deutschland gekommenen muslimischen Syrers auf die Synagoge in Hagen erwähnte der Report nicht. Dagegen werden in dem Monitor die Dokumentationsstelle „Politischer Islam“ in Wien und andere renommierte Islam-Experten als islamophob denunziert. Mit der Diffamierung als „Islamophobie“ soll jedwede Kritik am politischen Islam verhindert werden. Zu den Opfern zählen beispielsweise die Islamforscherin Susanne Schröter, der Psychologe Ahmad Mansour und der islamische Theologe Mouhanad Khorchide. Unter dem Vorwand, vorgebliche Muslimfeindlichkeit anzuprangern, werden Wissenschaftler, Publizisten und liberale Muslime denunziert, weil sie radikal-islamische Strukturen aufgedeckt haben.

Die EU förderte aus ihrem Programm „Zivilgesellschaftlicher Dialog zwischen der EU und der Türkei“ den Report mit etwa 140.000 Euro. In Auftrag gegeben wird der Report von der türkischen Stiftung SETA, einer Denkfabrik Erdogans. Gründer und langjähriger Direktor der Denkfabrik ist Ibrahim Kalin, der heutige Sprecher und Berater des türkischen Präsidenten.



Zeichen gegen radikalislamische Kriminalität: Ein Platz in Paris wurde nach dem ermordeten Lehrer Samuel Paty benannt

AFRIKA

Russische Orthodoxie auf dem Vormarsch

Moskau streckt seinen religiösen Arm nach dem Schwarzen Kontinent aus

Ende Dezember hat die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) in Afrika auf Kosten des Patriarchats von Alexandrien ein patriarchales Exarchat, eine Diözese in der Diaspora, gegründet. Damit wird die Rivalität zwischen Moskau und Konstantinopel in der Orthodoxie nun auch auf den Schwarzen Kontinent übertragen.

Der Schritt Moskaus war eine Reaktion auf die Anerkennung einer autokephalen orthodoxen Kirche in der Ukraine Ende 2019 durch den Patriarchen von Konstantinopel. Mit dem Griff nach Afrika dringt die Russisch-Orthodoxe Kirche in den Jurisdiktionsbereich einer anderen autokephalen Kirche ein und verfolgt damit nun dieselbe Strategie, die Moskau dem Ökumenischen Patriarchat in der Ukraine vorwirft.

Begründet hat Moskau diesen Schritt mit dem Wunsch von 102 Priestern aus acht afrikanischen Ländern des Patriarchats von Alexandrien, zum russischen Patriarchat zu wechseln. Mit dem Übertritt der Priester droht jetzt ein Kampf um

Gläubige und Sakralbauten. Moskau geht in Afrika auf offenen Konfrontationskurs zum Patriarchat von Alexandrien, dessen Jurisdiktionsbereich sich auf ganz Afrika erstreckt. Das Patriarchat von Alexandrien steht aufgrund seines apostolischen Ursprungs – der Evangelist Markus gilt als erster Bischof von Alexandrien – an zweiter Stelle der innerorthodoxen Patriarchats-Rangfolge.

Zum Metropoliten des neuen Russisch-Orthodoxen Exarchats Afrika wurde der Russe Leonid Klin ernannt. Metropolitan Klin kündigte unterdessen in einem Interview auf der Webseite des Moskauer Patriarchats an, die zwei Diözesen Nordafrika und Südafrika mit Zentren in Kairo und Johannesburg zu errichten.

Die aktive Phase orthodoxer Missionsarbeit in Afrika begann eigentlich in einem britischen Gefangenlager auf den Seychellen, in dem sich zwei Unabhängigkeitskämpfer gegen die britische Kolonialherrschaft aus Kenia und Zypern zufällig trafen und anfreundeten. Es waren der

Vater des unabhängigen Zypers, Patriarch Makarios III. (1913–1977), und der Vater des modernen Kenia, Jomo Kenyatta (1893–1978). Als Staatsoberhaupt Zypers besuchte Erzbischof Makarios in den 1960er Jahren mehrmals Kenia als Gast seines Freundes Kenyatta, des ersten Präsidenten der Republik Kenia. Im März 1971 führte Makarios Massentaufen in Nairobi und Nyeri durch und legte den Grundstein für das orthodoxe Patriarchalpriesterseminar in Riruta, einem Vorort von Nairobi.

Patriarch Nikolaus VI. knüpfte zwischen 1968 und 1986 an das Wirken von Makarios III. in Kenia an. Er gründete in vielen Ländern schwarzafrikanische orthodoxe Gemeinden, aber auch Schulen und Gesundheitsposten mit einem Schwerpunkt in Ostafrika. Die schwarzafrikanischen orthodoxen Pfarreien werden aus Griechenland, Zypern und den USA finanziell und personell unterstützt. Das Patriarchat von Alexandrien hat heute in Afrika 37 Erzdiozesen und Diözesen. Zur Zahl der Gläubigen gibt es keine ge-

nauen Angaben. Schätzungen belaufen sich auf einige Millionen. Der höhere Klerus besteht in Afrika noch weitgehend aus Griechen oder Zypriern, lediglich fünf Bischöfe sind bereits Einheimische. Die Gemeindepriester sind jedoch fast ausschließlich Afrikaner, darunter auch die 102, die jetzt zum russischen Patriarchat gewechselt sind.

Auch der Moskauer Patriarch Kyrill I. hat in den letzten Jahren sehr häufig Afrika besucht. Er äußerte mehrmals seine Überzeugung, dass Afrika immer mehr zum Epizentrum der Unterdrückung der Christen werde. Das hänge auch damit zusammen, dass Afrika mittlerweile jener Teil der Welt sei, in dem das Christentum am stärksten wachse, noch weitaus stärker als der Islam, der immer mehr auf Zwangskonversionen setzt. In Nigeria, das mit Abstand bevölkerungsreichste Land Afrikas, in dem Christentum und Islam etwa gleichstark sind, wird sich die Zukunft des Christentums auf dem Schwarzen Kontinent entscheiden. **Bob**

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Sie besitzen Immobilien in Londoner Nobelvierteln, kaufen in den teuersten Läden ein, fahren Autos für 240.000 Euro. Superreiche Russen leisten sich Spezialläden, russischsprachige Zeitungen und ein Hochglanzmagazin, das für Luxusartikel wirbt.

Premierminister Boris Johnson ist wegen seiner engen Verbindungen zu dem russischen Geschäftsmann Alexander Temerko unter Druck geraten. Laut „Open Democracy“ sollen russische Spender die Konservative Partei (Tories) seit 2010 mit umgerechnet mehr als vier Millionen Euro unterstützt haben. Schon lange gibt es Kritik an Londons lockerem Umgang mit russischen Investoren.

Johnson wegen Spenden unter Druck

Das soll sich ändern. Die britische Außenministerin Liz Truss gibt sich kampfbereit, indem sie erklärte, Großbritannien werde Gesetze erlassen, die dazu führen, dass russisches Schwarzgeld nirgends versteckt werden könne. Kürzlich gab sie sich in Moskau bei einem Treffen mit ihrem Amtskollegen Sergej Lawrow als Eiserner Lady und kündigte im Falle eines militärischen Vorgehens Russlands gegen die Ukraine härtere Sanktionen an.

Das geschieht nicht zuletzt auf Druck der Biden-Regierung. Diese hatte wiederholt die britische Tatenlosigkeit gegenüber russischen Oligarchen gerügt. Truss kündigte als mögliche Schritte das Einfrieren von Vermögen russischer Energieunternehmen sowie die Beschlagnahme des Vermögens russischer Oligarchen an. Waren bisher nur Personen oder Unternehmen von Sanktionen betroffen, die in direktem Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine standen, sollen nun alle Unternehmen, die für den Kreml, sprich Putin, von Interesse sind, ins Visier geraten.

Seit 2017 gibt es nach dem Gesetz „Criminal Finances Act“ zwar schon diese Möglichkeit, doch wurde es bislang nur selten angewandt. Schätzungsweise 500 russische Multimillionäre leben in Großbritannien. Ihr Geld hat die Londoner Immobilienpreise in die Höhe getrieben und dazu beigetragen, die Gewinne teurer Privatschulen und exklusiver Geschäfte zu steigern. Jedes Jahr schicken zirka 2000 Russen ihre Kinder auf Eliteschulen und Universitäten in Großbritannien. Das bringt diesen umgerechnet 72 Millionen Euro ein.

Mit russischem Geld erwirtschaften britische Banker, Fondsmanager, Anwälte und PR-Manager einen Großteil ihres Einkommens. Laut einem parlamentarischen Untersuchungsbericht von 2020 wurde der Finanzplatz London nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Wachsa-



Tritt als Eiserner Lady auf: Liz Truss trifft in Moskau ihren Amtskollegen Sergej Lawrow

Bild: pa

VEREINIGTES KÖNIGREICH

London sagt russischen Oligarchen den Kampf an

Die britische Außenministerin Liz Truss zeigte in Moskau Härte – Einfrieren des Vermögens reicher Russen birgt jedoch Gefahren für den Finanzplatz London

lon für russisches Schwarzgeld genutzt. Eine liberale Visavergabe für Investoren, Firmenregistrierungen in Anlegerparadiesen in Übersee sowie engste Verbindungen zum britischen Establishment ermöglichten dies. Der britischen Hauptstadt brachte das den Spitznamen „Londongrad“ ein. Die Netzwerke russischer Oligarchen greifen weit in das soziale, politische und wirtschaftliche Leben des Landes ein. Diese seien so gut etabliert, heißt es, dass sie nicht mehr entwirrt werden könnten. Laut der Nichtregierungsorganisation Transparency International wurden mehr als zwei Milliarden US-Dollar in Londoner Immobilien mit Mitteln aus verdächtigen russischen Quellen erworben.

Zu den Russen mit großem Einfluss gehören Alexander Mamut, der als Ex-

Bankier des Kreml gilt und Eigentümer der Buchladenkette Waterstones ist. Er trägt zu Londons kulturellem Leben bei. Alexander Lebedjew ist in der Medienbranche aktiv. Der Banker Michail Fridman ist mit seiner Alfa Group im Energiesektor tätig. Während Roman Abramowitsch als Eigentümer des Fußballclubs Chelsea Schlagzeilen macht, gibt es weniger bekannte Personen, die mit dem Kreml in Verbindung stehen wie Wladimir Jakunin, Ex-Eisenbahnchef unter Putin.

800 Milliarden US-Dollar im Visier

Der Finanzexperte Bill Browder sagte vor einem Ausschuss des britischen Parlaments, dass etwa 800 Milliarden US-Dollar an russischen Staatsgeldern, hauptsächlich Immobilien, außerhalb Russ-

lands liegen und ins Visier genommen werden könnten.

Wenn die Regierung Johnson ernsthaft gegen russische Oligarchen vorgehen sollte, dürfte der Finanzplatz London Schaden mit weitreichenden Folgen für die Weltwirtschaft nehmen. Die Londoner Börse ist nicht nur ein global bedeutender, sondern auch ein führender Marktplatz für russische Firmen, an dem 60 Unternehmen mit einem Gesamtwert von umgerechnet 84 Milliarden Euro gelistet sind. Eine Konfiskation von Vermögenswerten durch den britischen Staat könnte anderen Investoren, wie amerikanischen Bankern, arabischen Scheichs oder Hongkong-Chinesen, den Finanzplatz London als zu unsicher erscheinen lassen. Der Abzug des Kapitals wäre die Folge.

MACHPOLITIK

Sanktionen – aber nur zum Schaden der Partner

Während Nord Stream 2 dämonisiert wird, importieren die USA russisches Erdöl in Massen

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat bei ihrem zweiten Kiew-Besuch die Bereitschaft erklärt, dass die Bundesrepublik im Falle neuer Sanktionen gegen Russland die Konsequenzen tragen werde. Deutschland, so die Grünen-Politikerin, sei das mit Russland wirtschaftlich am engsten verbundene Land des Westens. Anlässlich eines Treffens mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba sagte Baerbock in der ersten Februarwoche in Kiew: „Wir sind auch selbst bereit, einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen.“

Auch beim Antrittsbesuch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Washington waren neue Russland-Sanktionen ein Hauptthema. Beobachtern fiel dabei allerdings auf, dass Scholz es sorgsam vermied, die Erdgasleitung Nord Stream 2 beim Namen zu nennen.

Im Kontrast dazu kündigte Gastgeber Joe Biden bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundeskanzler an, im Falle einer russischen Invasion in der Ukraine „wird es kein Nord Stream 2 mehr geben“. Unbeantwortet ließ der US-Präsident allerdings die Frage eines Journalisten, ob die USA im Konfliktfall planen, die Einfuhr russischen Öls in die USA zu stoppen.

Dabei geht es keineswegs um eine rhetorische Frage. Ungeachtet der Kritik, die aus den Vereinigten Staaten an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 in den vergangenen Jahren kam, ist die Bedeutung Russlands als Energielieferant der USA gewachsen. Ungeachtet der Krim- und Ukraine-Krise konnte Russland seinen Marktanteil bei den Ölimporten der USA seit 2014 fast verdoppeln. Im Jahr 2020 hat Russland fast 27 Millionen Tonnen

Rohöl und Ölprodukte in die USA exportiert. Als Lieferant der USA konnte Russland damit Saudi-Arabien abhängen und vergangenes Jahr zum zweitgrößten Öllieferanten der USA nach Kanada aufsteigen. Gefragt sind insbesondere halbraffinierte Öle wie das russische Masut-100, das amerikanische Raffinerien als Ersatz für schlammiges Rohöl aus Venezuela dient. Aufgrund von Sanktionen sind die Öllieferungen aus Venezuela in die USA seit einigen Jahren versiegt.

In den USA hat der Verband „National Foreign Trade Council“ Biden bereits gemahnt, es mit den Sanktionen gegen Russland nicht zu überziehen. Aus Sicht von Jake Colvin, dem Präsidenten des Verbandes, sollte es im Fall von Sanktionen nicht nur Ausnahmeregelungen, etwa für Medikamente, geben. Der Verband, der Interessen von Unternehmen wie Ge-

neral Electric und Chevron vertritt, die im Russland-Geschäft aktiv sind, will auch Übergangsfristen, die es gestatten, bestehende Verträge und Verpflichtungen zu erfüllen. Die Biden-Regierung und der Kongress müssten „die Details richtig ausarbeiten, falls sie die angedrohten Sanktionen durchsetzen müssen“, so Colvin. Aus Furcht vor der Beschlagnahme von Vermögenswerten bei der Nichterfüllung von Verträgen haben sich schon Energieunternehmen direkt an US-Abgeordnete gewandt. Auch dabei ging es um eine „Abkühlungs-“ oder „Abwicklungsphase“ für den Fall neuer Russland-Sanktionen. Ein Sprecher des American Petroleum Institutes forderte, „die Sanktionen sollten so gezielt wie möglich sein, um den potentiellen Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit der US-Unternehmen zu begrenzen“.

Norman Hanert

● MELDUNGEN

Streit um LNG-Exporte

Washington – In den Vereinigten Staaten hat eine Gruppe von Senatoren die Regierung aufgefordert, angesichts steigender inländischer Energiepreise die Ausfuhr von verflüssigtem Erdgas (LNG) aus den USA zu beschränken. In einem Brief an Energieministerin Jennifer Granholm fordern die Senatsmitglieder, eine Übersicht über die LNG-Exporte zu erarbeiten. Zudem wollen die Unterzeichner ein Konzept, damit Gas für ihre Landsleute bezahlbar bleibt. Die US-Regierung hatte unlängst eine Schätzung öffentlich gemacht, der zufolge die Energiekosten für Haushalte, die mit Erdgas heizen, in diesem Winter im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent steigen. Zu den Unterzeichnern des Briefs an das Energieministerium zählen auch zehn Senatoren der Demokratischen Partei. Unter Verweis auf Liefervereinbarungen mit Verbündeten in Europa und Asien warnte Mike Sommers vom American Petroleum Institute vor einer Beschränkung der Gasexporte. N.H.

Prognose korrigiert

München – Das Ifo-Institut hat seine Prognose für die Inflationsrate 2022 in Deutschland auf vier Prozent hochgestuft. Als maßgeblichen Inflationstreiber haben die Münchner Forscher in diesem Jahr die Nahrungsmittelpreise ausgemacht. Das Ifo-Institut rechnet damit, dass sich die Lebensmittelpreise um sieben Prozent gegenüber 2021 verteuern werden. Wie eine Umfrage des Ifo-Instituts ergeben hat, planen mehr als zwei Drittel der Nahrungsmittelhersteller in den kommenden Monaten Preisanhebungen. Nach Berechnungen des Deutschen Bauernverbands (DBV) werden allein schon die Preissprünge bei Düngemitteln und Treibstoffen dazu führen, dass die Produktionskosten im Ackerbau in einer Größenordnung von 20 bis 30 Prozent steigen. Das Statistische Bundesamt hat für den Januar 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Anstieg bei den Nahrungsmittelpreisen von fünf Prozent festgestellt. Vom Dezember 2020 bis zum Dezember 2021 zogen die Preise für Nahrungsmittel um sechs Prozent an. N.H.

Strom aus Kohle statt Gas

London – Nach aktuellen Berechnungen des Londoner Schiffsmaklerunternehmens Braemar ACM hat Europa im Januar über 55 Prozent mehr Kohle importiert als im Vorjahresmonat. Als Hauptgrund wird der Ersatz von Gas durch Kohle bei der Stromerzeugung genannt. Neben den hohen Gaspreisen verweist Braemar als weiteren Grund für die wachsende Nachfrage nach Kohle auf die Sorge vor einem kompletten Lieferstopp aus Russland. Laut einer Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) spielen fossile Energieträger noch immer die Hauptrolle bei der Energieversorgung. Nach Berechnungen der BGR haben Erdöl, Kohle und Erdgas einen Anteil von 83 Prozent am globalen Primärenergieverbrauch. N.H.

KOMMENTARE

Frieden durch Handel

HANS HECKEL

Dass Kriege aus wirtschaftlichen Interessen geführt werden, ist so alt wie die Kriegsgeschichte selbst: Ob als archaischer Beutefeldzug, als Ringen um Märkte und Ressourcen oder schlicht, um einen starken Konkurrenten vom Weltmarkt zu bomben, der mit friedlichen Mitteln nicht unterzukriegen war. Doch wirtschaftliche Interessen können auch Frieden stiften, nämlich wenn ein Krieg beiden Seiten materiell mehr schaden als nützen würde und deshalb trotz aller Spannungen vermieden wird.

Genau hierauf ruhen bis zuletzt die Hoffnungen, dass aus dem Kräftereszen zwischen Russland und der NATO kein großer, militärischer Waffengang entsteht. Nicht nur die europäischen NATO-Staaten sind aufs engste ökonomisch mit Russland verflochten. Dies trifft auch auf die USA zu, trotz aller bisherigen Sanktionen.

Dass Russland der größte Erdöl-Lieferant der Vereinigten Staaten ist (siehe Seite 7), gibt nicht bloß dem Washingtoner Dauerfeuer gegen Nord Stream 2 ei-

ne besondere Note. Es bedeutet auch, dass die US-Regierung bei einem Ausbleiben dieser Lieferungen in eine heikle Lage geraten könnte. Der Unmut über steil gestiegene Energiepreise treibt schließlich auch die US-Bürger um. Wenn die Preise infolge eines russischen Öllieferstopps noch viel weiter und schockartig nach oben schnellen sollten, muss die Biden-Regierung mit Unruhen beträchtlichen Ausmaßes rechnen.

Russland wiederum benötigt dringend die Einnahmen aus seinen Öl- und anderen Rohstoff-Exporten. Auch dort kann die Unterstützung für die Regierung kollabieren, wenn dem Land infolge wegbrechender Importeinnahmen das Geld ausgeht.

An solchen Abhängigkeiten mag es liegen, dass die seit Jahren schwelenden Streitigkeiten zwischen China und den USA bislang nicht weiter eskaliert sind. Ohne chinesische Halbleiter beispielsweise ist „Big Tech USA“ akut gefährdet. China seinerseits steht vor argen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, für deren Bewältigung es die US-Dollar gut gebrauchen kann.

NGO's an der Macht

RENÉ NEHRING

Für die Ministerin war es ein Coup. Als Annalena Baerbock vor wenigen Tagen die bisherige „Greenpeace“-Co-Chefin Jennifer Morgan als künftige Staatssekretärin und Klima-Sonderbeauftragte der deutschen Außenpolitik vorstellte, jubelte nicht nur sie über die Personalie, sondern auch zahlreiche den Grünen nahestehende Kommentatoren. Eine Aktivistin für das vermeintlich Gute in der Bundesregierung? Was gibt es dagegen schon zu sagen?

Für die selbsternannte Anti-Korruptionsorganisation „Transparency International“ zumindest ist die Personalie in Ordnung. Während die Opposition scharfe Kritik an der beschlossenen Vergabe eines hohen Staatsamtes an eine Lobbyistin übte, erklärte der Vorsitzende von Transparency International in Deutschland, Hartmut Bäumer: „Das Ziel ist, im Außenministerium den Klimaschutz voranzubringen, dazu braucht

man Fachleute. Es geht nicht um finanzielle Vorteile für Greenpeace, sondern um ideelle Anliegen. Das ist der Unterschied zu anderen Verbänden.“

Freilich ist „Transparency“ wie „Greenpeace“ eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO) und deshalb keine neutrale Stimme in dieser Angelegenheit. Vielmehr sind es die NGO's seit Jahren gewöhnt, den Regierungen rund um den Globus zu erklären, was gut ist und was schlecht.

Festzuhalten ist noch, dass Jennifer Morgan nicht die einzige NGO-Aktivistin im Ampel-Bundeskabinett ist. Auch der Mitbegründer von „Attack“, Sven Giegold, und der bisherige Direktor der „Denkfabrik“ Agora Energiewende, Patrick Graichen, sind nun Staatssekretäre. Allesamt ernannt wurden sie von grünen Ministern. „Welt“-Herausgeber Stefan Aust sagte angesichts dieser Entwicklung denn auch: „Die Grünen sind eine NGO an der Macht – und im Machttausch.“ Recht hat er.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Sind sich in der Verleugnung linker Gewalt einig: Die Parteifreunde Ralf Stegner und Martin Schulz (von links)

KOLUMNE

Auf dem linken Auge blind

FLORIAN STUMFALL

Nancy Faeser (SPD), heute als Bundesinnenministerin dafür verantwortlich, die Freiheit Deutschlands vor politischem Extremismus zu bewahren, hat vergangenen Sommer als SPD-Vorsitzende in Hessen für die Zeitschrift „Antifa“ einen Beitrag geschrieben. „Antifa“ ist das Organ der VVN-BdA, der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kennzeichnet die VVN-BdA ganz unmissverständlich. Die Gruppierung sei eine „linksextremistisch beeinflusste Organisation“. Dies sei daran zu erkennen, dass „ihr politisches Orientierungsmuster nach wie vor die klassische orthodox-kommunistische Antifaschismus-Doktrin ist und sie sich mit gewaltbereiten Autonomen solidarisiert“.

Kein Problem mit Extremisten

Da soll niemand sagen, Faeser sei ja noch nicht Bundesinnenministerin gewesen, als sie ihren Beitrag verfasst habe. Sich mit solchen Leuten gemein zu machen, sollte für jeden Demokraten ein Ding der Unmöglichkeit sein, auch für die Angehörige und gar Landesvorsitzende einer Partei wie der SPD, die vorgibt, entschieden gegen politischen Extremismus vorzugehen.

Doch was dem ideologisch nicht verbauten Normalbürger als ein Widerspruch erscheint, stellt sich dem gefestigten Linken völlig anders dar. Denn eine Abgrenzung gegenüber dem Extremismus gibt es bei SPD wie den Grünen – von der Partei Die Linke, der Erbin der DDR-Staatspartei SED, ganz zu schweigen – nur in Richtung rechts. So ist es für die SPD auch kein Problem, mit der Linken Koalitionen einzugehen, und viele ihrer Mitglieder und Funktionäre beteiligen sich an Demonstrationen und Aufrufen, bei denen auch die VVN-BdA und andere Radikal-Sozialisten mitmischen.

Dafür hat die neue Innenministerin Faeser in ihrer ersten Bundestagsrede einen Aktionsplan gegen den Rechtsextremismus vorgelegt. Vorbei die Zeiten, in denen ein respektables Spektrum gemäßigter Parteien glaubhaft gegen den Extremismus auf allen Seiten des politischen

Kaleidoskops Stellung bezogen hat. Heute steht der Feind ausschließlich rechts. Das allein bedeutet bereits eine bedenkliche Schiefelage, die aber bereits von der letzten Regierung Merkel vorbereitet worden ist. Sie hatte bereits ein Programm im Umfang von 1,1 Milliarden Euro beschlossen zur Prävention gegen rechten Terrorismus. Von links war schon damals nicht die Rede. Es kommt aber noch schlimmer. Die Linke maß sich nämlich Zuständig-

Bei linker Gewalt wird einfach bestritten, dass sie links ist

keit und Recht an, zu bestimmen, was „rechts“ denn sei.

Und hier kommt neben der Neuerscheinung Faeser ein alter Karren Gaul im sozialistischen Aufgebot ins Spiel, SPD-Ex-Vize Ralf Stegner. Seine Auffassung vom politischen Spektrum ist bemerkenswert. Er hat den früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen zum bevorzugten Feind erkoren und wirft der CDU eine mangelnde Abgrenzung nach rechts vor. Anlass ist Maaßens Kandidatur zum Bundestag gewesen. Folgt man also der Stegnerschen Auffassung von „rechts“, so muss man vermuten, dass sein Misstrauen bereits vom gleichweise bürgerlichen Seeheimer Kreis der SPD geweckt wird. Dahinter steckt, bewusst oder unbewusst, die marxistische Geschichtstheorie, gemäß welcher der Sozialismus, und nur er, dazu berufen sei, die Welt zu verändern. Daneben haben dann keine anderen politischen Kräfte Platz. Dass dieser Gedanke aber nicht reine Theorie geblieben ist, davon zeugen 70 Jahre des real existierenden Sozialismus in Europa.

9600 gewaltbereite Linke

Der ist zwar gescheitert, nicht aber seine Triebkraft. Das ist auch an der Entwicklung der gewaltbereiten Linksextremisten zu erkennen. Das „linksextremistische Personenpotential“, so der Verfassungs-

schutzbericht, umfasste im Jahr 2020 34.300 Personen und war somit gegenüber dem Vorjahr um zweieinhalb Prozent gestiegen. Die Zahl der gewaltbereiten Linken stieg um über vier Prozent auf 9600 Personen.

Waren G7-Krawalle unpolitisch?

Ins Rampenlicht geriet diese Szene bei den Krawallen im Hamburg anlässlich des G7-Treffens anno 2017. Die Ausschreitungen waren so massiv, dass das Ereignis im allgemeinen Gedächtnis hängen blieb. Das freilich zwang Vertreter von linken Parteien zu einer Stellungnahme. Diese fiel äußerst überraschend aus. Der damalige unglückliche SPD-Vorsitzende Martin Schulz erklärte im Fernsehen: „Linke und Gewaltanwendung schließen einander aus.“ Selbstverständlich durfte auch hier Genosse Stegner nicht fehlen: „Kriminelle Gewalttäter, wie immer sie sich nennen, sind nicht links.“ Die Grünen-Vorsitzende Simone Peter meinte, man müsse feststellen, ob es sich bei dem rasenden Mob tatsächlich um Linksextremisten gehandelt habe. Und Sahra Wagenknecht war es nicht zu dumm zu sagen, die Gewaltausbrüche hätten mit „links und dem Eintreten für eine gerechte Weltordnung gar nichts zu tun“.

Das ist dreist. Die Verwandtschaft mit derart kalter Stirn zu verleugnen, ist ein Kabinettstück taktischer Camouflage. Damit wird auch noch Altvater Lenin vor den Kopf gestoßen, der doch von den „Kapitalisten“ gesagt hatte, ihr Widerstand müsse „mit Gewalt gebrochen“ werden. Man muss sich vor Augen führen, was in dieser Republik los wäre, wenn beliebige Vertreter der CDU nach den Mordanschlägen in Hanau oder anderen Gewaltverbrechen rechtsextremer Täter darüber philosophiert hätte, ob diese überhaupt rechts seien oder doch etwas anderes.

Der Unterschied ist natürlich der, dass man sich mangels geistiger Übereinstimmung in bürgerlichen Kreisen nicht betroffen fühlt, wenn Rechtsextreme Verbrechen begehen. Dass aber die Linke aufschreit, wenn man den Extremismus auf ihrer Seite nennt, das sollte zu denken geben.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Zurück zu den Bilderstürmern

Hamburg stellt seine Benin-Bronzen aus und prescht mit der Restitution dieser „kolonialen Raubkunst“ vor

VON HARALD TEWS

Ein Hamburger Museum wird bald um 179 Ausstellungstücke ärmer sein. Das Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt (MARKK), das vormalige Völkerkundemuseum, trennt sich in einer Art vauseilendem Gehorsam von seinen Benin-Bronzen. Seit Jahren stehen Restitutionsforderungen im Raum, weil es sich dabei um „koloniale Raubkunst“ handele.

In Hamburg macht man jetzt Nägel mit Köpfen. Die rot-grün regierte Stadt will beispielhaft vorgehen und als erste alle Bronzen bis Ende des Jahres an Nigeria zurückgeben. Bis zu dem Rückgabetermin, der allerdings noch nicht festgesetzt ist, sind die Gegenstände in einem kleinen Nebenraum des MARKK ausgestellt. Der Raum ist so abgelegen, dass es scheint, als schäme man sich, diese Kunst zu zeigen.

Dabei können sich die Hamburger nicht vorwerfen lassen, die Bronzen unrechtmäßig erworben zu haben. Niederlassungen hanseatischer Handelshäuser in Benin City kauften Ende des 19. Jahrhunderts diese Kunst möglicherweise über einheimische Zwischenhändler auf. Dass es sich um Raubkunst handele, kam damals wohl den wenigsten in den Sinn.

Denn die Werke stammten aus dem Königreich Benin, das trotz aller Kolonisationsbemühungen lange Zeit unabhängig blieb, bis es die Briten 1897 eroberten und das Königreich, dessen Gebiet im heutigen Nigeria liegt, auflösten. Die Kunstschätze aus dem Palast des Oba, dem Oberhaupt des Sklavenstaats, der seinerseits Bronze aus Europa wenig zimperlich mit dem Verkauf von Sklaven finanzierte, veräußerten die Briten, um damit ihre Eroberungszüge zu finanzieren.

„Was Benin angeht, ist die Sache glasklar: Es ist koloniale Raubkunst“, ist sich MARKK-Direktorin Barbara Plankensteiner sicher. Nachdem sie bereits vor



Letzte Besuchs-Chance: Bis zur Rückgabe an Nigeria sind die Hamburger Benin-Bronzen im Museum am Rothenbaum ausgestellt

15 Jahren in Wien eine Ausstellung mit diesen Bronzen organisiert hatte, hat sie den „Benin-Dialog“ ins Leben gerufen, über den Museen aus aller Welt, die Benin-Bronzen besitzen, über eine Restitution verhandeln. Die Anzahl der Benin-Werke schätzt man weltweit auf bis zu 5000 Exemplare, davon etwa 1200 in deutschen Museen. Und hiervon befinden sich die meisten in Berlin, die Felix von Luschan, der von 1904 bis 1910 als Direktor der Afrika- und Ozeanien-Abteilungen im Völkerkundemuseum war, auf Auktionen in London erwarb.

Dass Hamburg und nicht Berlin nun den Vorreiter spielt, ist bemerkenswert. Schließlich ist der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Par-

zinger, neben Plankensteiner mit im deutschen Restitutions-Team. Aber das Humboldt-Forum, wohin die Ausstellung gepasst hätte, scheute nach Protesten wegen der kolonialen Herkunft davor zurück.

Den materiellen Verlust der 179 Hamburger Werke aus Bronze, Elfenbein und Holz, die unter dem Begriff Benin-Bronzen firmieren, den man nach der Rückgabe erleidet, schätzt man auf 60 Millionen Euro. Der immaterielle Verlust wird sich in Grenzen halten, zeigt die Ausstellung doch eher primitive Kunstformen aus dem 16. bis 18. Jahrhundert. Entsprechend unmotiviert klangen die Rückgabeanträge eines nigerianischen Museumsvertreters im MARKK. In Benin City sollen die Bronzen in einem Museum ausgestellt

werden, das erst noch gebaut werden soll – wenn es denn jemals realisiert wird. Denn in Nigeria gewinnt die Islamisten-Gruppe Boko Haram immer mehr an Einfluss. Und was von radikal-islamischen Bilderstürmern zu erwarten ist, hat man bei den Zerstörungen der Buddha-Statuen in Afghanistan durch die Taliban oder der Kulturstätten in Syrien durch den Islamischen Staat erlebt.

In Deutschland aber steckt man den Kopf lieber in den Sand und unterwirft sich einem politischen Zeitgeist, den jetzt die grüne Kulturstaatsministerin Claudia Roth zusätzlich mit forcierten Rückgaben kolonialer Kulturgüter befiessen anheizt.

• **Besucherinfos** www.markk-hamburg.de

TV-KRITIK

Krumme Geschäfte im „Ostzoo“

Betrug und Untreue kurz nach 1989 – Die ARD-Krimiserie „ZERV“ über Vereinigungskriminalität

Sperriger geht es kaum, aber so hieß sie tatsächlich, die größte Sonderkommission der deutschen Kriminalpolizei nach der deutschen Vereinigung: „Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität“, kurz „ZERV“, eingesetzt noch von Helmut Kohl.

Von 1991 bis zu ihrer Auflösung im Jahre 2000 arbeiteten West- und Ost-Ermittler gemeinsam, um krumme Geschäfte wie Waffenhandel und Korruption im Zuge der deutschen Vereinigung aufzuarbeiten. In sechs Doppelfolgen („ZERV – Zeit der Abrechnung“, 22., 23., und 24. Februar) leuchtet Das Erste jetzt hinter die Kulissen der Behörde.

Wie unter dem Brennglas werden dabei auch die Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West freigelegt: „Kaputte Telefone, kaputte Toiletten, kein Material“, beschwert sich West-Kommissar Peter Simon (Fabian Hinrichs) bei Dienstantritt. Seine Ost-Kollegin Karo Schubert (Nadja Uhl) hält dagegen: „So latscht ihr fröhlich pfeifend durch den Ostzoo und guckt, wie ihr uns verwursten könnt.“

Wie die berlinernde Uhl mit zerzauster Minipli und wuchtiger Lederjacke den

schlaumeiernden West-Ermittler auflaufen lässt, ist eine Freude zu sehen. „Der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm, beim Wessi ist es andersrum“, grinst sie – vertrauensvolle Zusammenarbeit geht anders. Aber wie zu erwarten, kommen sich „Besserwessi“ und „Jammerossi“ Fall für Fall näher. Was sie herausfinden, lässt keines der beiden Deutschland gut daste-

hen. Westdeutschland war an Waffenverkäufen im großen Stil beteiligt, in Mitteldeutschland decken die Ermittler die Verbrechen in den Jugendwerkhöfen auf, in denen vermeintlich schwer erziehbare Jugendliche misshandelt wurden. Außerdem setzen sie sich auf die Spur eines im Babyalter von der Stasi entführten Kindes, dessen Vater nicht linientreu war.



Eine Prise Ostalgie: Jugendliche rollen gegen das Unrecht in den Jugendwerkhöfen an

KINO

Spiel, Satz, Sieg, „King Richard“

Hinter fast jedem Tenniswunderkind stecken ehrgeizige Eltern. Siehe unsere Steffi Graf, die von ihrem Vater zur Nummer Eins getriezt wurde. Im Fall der Williams-Schwwestern, die nacheinander die Tennisspitze erklommen haben, war die Sache noch kurioser: Ihr Vater Richard Williams plante schon vor der Geburt seiner Töchter beider Karriere und trainierte sie hinterher als Jugendliche, obwohl er selbst nie Tennisspieler gewesen war.

Als „King Richard“ kommt diese schräge Geschichte am 24. Februar in unsere Kinos. Was nach einem intrigenvollen Shakespeare-Stück klingt, ist indes ein charakterliches Bravourstück von Hollywoodstar Will Smith. Sonst gerne auf Superheldenrollen abonniert, zeigt er hier seine einfühlsame Seite als Tennisvater, der seine Töchter Venus und Serena vor dem von Gewalt beherrschten Schwarzen-Viertel Compton in Los Angeles bewahren will. Und was passt da besser als der „weiße Sport“?

Wie er sich mit abgetragenen Tennisklamotten von Gangmitgliedern verprügeln lässt, damit seine Töchter nach oben kommen, wirkt wie ein spannendes Tennismatch mit Entscheidung im Tie-Break. Weniger die Karriere der Töchter steht im Vordergrund als King Richard selbst als mitfühlender Vater, dessen sportlicher Ehrgeiz nie nur Eigennutz ist. *H. Tews*



Vater Williams instruiert seine Töchter

• MELDUNG

Sehnsucht nach Venedig

Wien – Mit „Viva Venezia! Die Erfindung Venedigs im 19. Jahrhundert“ widmet sich vom 17. Februar bis 4. September eine Ausstellung im Unteren Belvedere in Wien dem Mythos der Lagunenstadt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1866 waren Venedig und Venetien Teil der Habsburgermonarchie. Lange Zeit blickten die Österreicher sehnsüchtig Richtung Süden auf die Lagunenstadt. In der vom Meer geprägten Landschaft glaubte man Unbeschwertheit und einfaches Leben zu finden, die Loslösung von der bürgerlichen Enge im eigenen Land. In drei Kapiteln begibt sich die Schau auf die Spuren dieser Inszenierung eines Traums. Der erste Teil beleuchtet die Historienmalerei des 19. Jahrhunderts, darunter ist das über zehn Meter lange Gemälde von Hans Makart „Huldigung der Caterina Cornaro“. Der zweite Teil wendet sich der engen historischen Verbindung der Stadt mit Österreich zu. Im dritten Abschnitt wird Venedig als Sehnsuchtsort beleuchtet. Weitere Infos: www.belvedere.at *H.Sch.*

Fast 700 Ermittler waren im Auftrag der ZERV unterwegs, am Ende ihres Einsatzes hatten sie über 20.000 Fälle bearbeitet und einige Milliarden D-Mark an veruntreuten Geldern zurückgewonnen. Die sehenswerte Serie wird nach Ausstrahlung der ersten beiden Folgen am 22. Februar durch eine Dokumentation ergänzt. *Anne Martin*

„Ein Freundespaar“

Was den Sultan des Osmanischen Reiches von 1876 bis 1909, Abdül Hamid II., und den deutschen Kaiser von 1888 bis 1918, Wilhelm II., Verbündete werden ließ

VON THOMAS WEIBERG

Die französische Wochenzeitung „L'illustration“ versah im Jahre 1898 eine Darstellung des osmanischen Sultans Abdül Hamid II. und des deutschen Kaisers Wilhelm II. mit der Unterschrift „une paire d'amis“ (ein Freundespaar). Man muss nicht unbedingt von Freundschaft sprechen, doch nahmen die deutsch-osmanischen Beziehungen in den elf Jahren von 1888 bis 1909, in denen Abdül Hamid II. und Wilhelm II. an der Spitze ihrer jeweiligen Staaten standen, eine bemerkenswerte Entwicklung. Was waren die Gründe?

Nicht zuletzt um aus dem (außen-)politischen Schatten des mächtigen Reichskanzlers Otto von Bismarck herauszutreten, bahnte Kaiser Wilhelm II. schon bald nach seinem Regierungsantritt 1888 eine aktive Orientpolitik an – und traf damit in Konstantinopel auf offene Türen. Der damalige Sultan des Osmanischen Reiches, der schillernde Abdül Hamid II., lavierte sein instabiles Staatsschiff geschickt durch das Meer der großen Politik und suchte einen starken Bündnispartner unter den europäischen Großmächten, während das Kaiserreich neben seinem militärischen Engagement bei der Modernisierung der osmanischen Streitkräfte zunehmend auch an wirtschaftlichen Kontakten interessiert war, um Absatzmärkte für deutsche Produkte zu erschließen.

„Blutiger Sultan“

„Aber wer im Okzident kennt unsere Geschichte? Wer unterzieht sich der Mühe, sie kennenzulernen?“ So fragte vor weit mehr als einhundert Jahren Abdül Hamid II. und zielte damit vor allem auf die Bereitschaft der Europäer zu einer tieferen Auseinandersetzung mit Osmanen



Das deutsche Kaiserpaar 1898 vor der Residenz des Sultans, dem Dolmabahçe-Palast in Istanbul: Ölbild Fausto Zonaros von 1899

oder Türken. Zumindest in Bezug auf die breite Öffentlichkeit scheinen beide Fragen des Sultans noch immer aktuell. Trotz intensiver deutsch-türkischer Begegnungen auf vielen Ebenen ist die Türkei ein Land, dessen Geschichte in Deutschland oft unbekannt ist. Das gilt auch für die Jahre zwischen 1888 und 1918, die eine Phase sich dynamisch ent-

wickelnder Beziehungen zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich waren und schließlich in die schwierige sogenannte Waffenbrüderschaft während des Ersten Weltkrieges mündeten.

Beide Monarchen und deren Politik wurden schon damals ausgesprochen kontrovers bewertet. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Der autokratisch herrschende Abdül Hamid II. galt wegen der mit äußerster Brutalität niedergeschlagenen Aufstände der armenischen Bevölkerung bereits in den 1890er Jahren als „sultan sanglant“ (blutiger/verdamnter Sultan) und als ein von Verfolgungswahn geplagter Despot.

Schon die Zeitgenossen Wilhelms II. verspotteten den Kaiser als „Wilhelm den Plötzlichen“. Er galt als sprunghaft und wenig ausdauernd im politischen Tagesgeschäft. Er gefiel sich in glanzvollen Inszenierungen, ließ es oftmals an politischem Feingefühl fehlen. Erst in jüngerer Zeit hat sich der einseitige Blick auf beide Herrscher und ihre Politik geändert, kamen neue Facetten hinzu.

Zu einer Zeit, da die Politik der Fürsten bereits weitgehend durch die Politik der Kabinette abgelöst war, wollte Wilhelm II. die Politik intensiv bestimmen, griff häufig in das politische Tagesgeschehen ein und sprach lieber persönlich mit dem russischen Zaren oder dem osmanischen Sultan, als dies den Diplomaten zu überlassen. Bis heute wird er dafür scharf kritisiert, doch agierte er in osmanischen Angelegenheiten zumeist mit für ihn erstaunlicher Sensibilität. War genau dieses direkte Vorgehen Wilhelms II. nicht sehr modern? Heutzutage ist es selbstverständlich, dass die Großen dieser Welt politische Themen kurzfristig in direkten Gesprächen auf Augenhöhe erörtern, Wirtschaftskontakte anbahnen und „Freundschaften“ pflegen. Über die mediale Präsenz der Staats- und Regierungschefs mokiert sich heute niemand mehr. Wurden die glanzvoll inszenierten Konstantinopel-Besuche Wilhelms II. 1889 und 1898 in zahlreichen Fotografien der Nachwelt überliefert, so war es bei

seinem dritten Staatsbesuch 1917 schon ein Wochenschau-Film, der den Deutschen zeigte, wie ihr Kaiser in einem Boot über den Bosphorus fuhr und vom Sultan empfangen wurde. Frühzeitig erkannte Wilhelm II. die Bedeutung der Massenmedien, wurde jedoch zumeist dafür belacht, dass er alles im Bild und bald auch im Film festhalten ließ.

„Wilhelm der Plötzliche“

Bei Wilhelm II. prägte sich früh eine Vorliebe für die Außenpolitik aus. Der konkrete Gegenstand seines Interesses allerdings überraschte – es war das Osmanische Reich, auf das die europäischen Großmächte in kolonialer Attitüde begehrlische Blicke gerichtet hatten. Das Interesse für den Orient und das Osmanische Reich sollte fortan den deutschen Kaiser begleiten. Zumindest bis 1909, dem Jahr, in dem Abdül Hamid II. abgesetzt wurde, waren die osmanischen Angelegenheiten für Wilhelm II. gewissermaßen Chefsache, und auch danach ließ er sich wenigstens ausführlich unterrichten.

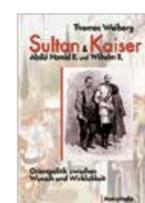
Und Abdül Hamid II.? Der Sultan beherrschte die politische Klaviatur bravurös und war sehr daran interessiert, seine Beziehungen zur deutschen Führungsebene – dem Kaiser sowie den Bundesfürsten – zu verfestigen und weit in die Zukunft auszurichten. So empfing der Sultan die älteren Söhne des Kaiserpaars ebenso wie einige Bundesfürsten und deren designierte Nachfolger. Um den Erhalt seines schwachen Reiches zu sichern, strebte Abdül Hamid II. eine enge Verbindung mit dem Deutschen Reich, der damals stärksten Macht des europäischen Kontinents, an und spekulierte zeitweilig sogar darauf, als vierter Partner in das Bündnis zwischen Italien, Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich aufgenommen zu werden. Dazu kam es dann zwar nicht, aber – abgesehen von einigen teils auch schweren Verstimmungen – entwickelten sich die Beziehungen zwischen 1888 und 1909 zur gegenseitigen Zufriedenheit.

Als Wilhelm II. 1927 im Doorner Exil Erinnerungen an seine Regierungszeit niederschrieb, widmete er seinen beiden glanzvoll inszenierten Konstantinopel-Besuchen 1889 und 1898 breiten Raum. Der dritte Staatsbesuch im Oktober 1917 war ihm hingegen keine Erwähnung mehr wert.

Der 1965 in Seesen geborene Historiker **Thomas Weiberg** studierte Geschichte, Germanistik und Pädagogik in Berlin. Dabei entstanden frühzeitig die Interessenschwerpunkte deutsch-europäische Geschichte zwischen 1860 und 1920 sowie Kulturgeschichte des wilhelminischen Deutschland. Er hat sich in mehreren Büchern mit den deutsch-osmanischen Beziehungen in der Kaiserzeit befasst. So hat er unter anderem die Tagebücher der Großherzogin Elisabeth von Oldenburg, die sie 1902 während ihres Besuches bei Sultan Abdül Hamid II. verfasste, mit ausführlichen Kommentaren versehen herausgegeben und verschiedene Aufsätze zu Kaiser Wilhelm II. und seinem Orientinteresse sowie zu Bismarcks Orientpolitik publiziert. Weiberg lebt in Berlin und arbeitet seit 2005 für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Sein jüngstes Werk, das 439-seitige Buch

„**Sultan und Kaiser. Abdül Hamid II. und Wilhelm II. Orientpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit**“, ist vergangenes Jahr im Göttinger Verlag MatrixMedia erschienen. Neben einer Auseinandersetzung mit der damals wie heute kontrovers bewerteten Persönlichkeit Abdül Hamids II. stehen die Orientpolitik Wilhelms II. und die glanzvoll inszenierten Staatsbesuche des deutschen Kaiserpaars 1889 sowie 1898 im Mittelpunkt des Buches. Dazu kommen Berichte und Einschätzungen zahlreicher deutscher Politiker und Diplomaten, die ihrem Kaiser teils mit großem Engagement, teils nur widerwillig auf dem „Weg in den Orient“ folgten. Persönliche Erinnerungen Wilhelms II., das Reisetagebuch der Großherzogin Elisabeth von Oldenburg und Memoiren osmanischer Prinzessinnen gewähren zudem interessante Einblicke in Politik und Hofleben der Zeit vor 1914. Das Buch zeichnet das spannungsreiche Zusammentreffen von Orient und Okzident am Bosphorus um 1900 und die damit verbundenen Interessenskonflikte nach. Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass das Thema auch nach mehr als einhundert Jahren von brennender Aktualität ist. Ergänzt wird das Buch durch die über einen QR-Code im Internet abrufbaren politischen Aufzeichnungen Sultan Abdül Hamids II., die 1914 in der Schweiz erschienen und nun erstmals vollständig in deutscher Übersetzung vorliegen.

Buch-Tipp



Thomas Weiberg:
„**Sultan und Kaiser. Abdül Hamid II. und Wilhelm II. Orientpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit**“, gebundene Ausgabe, MatrixMedia Verlag, Göttingen 2021, 439 Seiten, ISBN: 978-3-946891-20-8, 34,90 Euro.



Deckblatte von „L'illustration“ vom 22. Oktober 1898: Darstellung von Abdül Hamid II. und Wilhelm II. mit der Unterschrift „une paire d'amis“ (ein Freundespaar)



1942 im Santa Anita Assembly Center vor dem Weitertransport durch die Army zu den War Relocation Centers: Japanisch-amerikanische Familien identifizieren ihr Handgepäck

FOTO: UNITED STATES LIBRARY OF CONGRESS

ZWEITER WELTKRIEG

Als die USA Japanischstämmige in Konzentrationslager steckten

Mit dem Erlass der Civilian Exclusion Order No. 1 des Western Defense Command begann vor 80 Jahren die zweitgrößte Massenvertreibung in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zwischen 1869 und 1924 wanderten knapp 400.000 Japaner aus ihrem Heimatland aus, um sich in den USA niederzulassen. Diese Immigranten der ersten Generation (Issei) hatten unabhängig davon, wie lange sie in Amerika lebten und wie gut sie sich integriert hatten, keinen Anspruch auf Einbürgerung. Dahingegen erhielten die in den Vereinigten Staaten geborenen Kinder (Nisei) und Enkel (Sansai) der Einwanderer der ersten Generation automatisch die US-Staatsbürgerschaft.

Die meisten der japanischen Einwanderer und ihrer Nachkommen siedelten in den Bundesstaaten entlang der US-Westküste oder auf Hawaii und betrieben vor allem Landwirtschaft. Damit standen sie in Konkurrenz zu den weißen Farmern, welche die „Gelben“ gerne vertrieben hätten.

Auch behördlicherseits wurden die Immigranten argwöhnisch beobachtet, so beispielsweise durch die Bundespolizei FBI und die beiden Militärgeheimdienste Military Intelligence Division (MID) und Office of Naval Intelligence (ONI). Ab August 1936 begann das ONI auf Geheiß von Präsident Franklin D. Roosevelt, Listen von angeblich gefährlichen Japanischstämmigen zu erstellen, die im Falle eines Konflikts mit dem Inselreich in „Konzentrationslager“ (concentration camps) zu verbringen seien.

Dabei gab es keinerlei Grund, an der Staatstreue der Immigranten der ersten, zweiten und dritten Generation zu zweifeln. Das geht unter anderem aus einem von Roosevelt persönlich in Auftrag gegebenen Bericht von Curtis Munson hervor, der dem Kabinett in Washington genau einen Monat vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor vorlag. Darin schrieb der Sonderbeauftragte des Außenministeriums über die japanischen Einwanderer in

den USA, es herrsche „ein bemerkenswertes, sogar außergewöhnliches Maß an Loyalität unter dieser allgemein suspekten ethnischen Gruppe“. Munsons Einschätzung bestätigten wenig später auch das FBI und das ONI.

„Ein Jap ist ein Jap“

Allerdings wuchs nach der japanischen Attacke auf die US-Pazifikflotte die Angst vor einer Invasion an der Westküste der Vereinigten Staaten. Deshalb wurden die Rufe nach Maßnahmen gegen die „Japs“ im eigenen Land immer lauter. So schrieb die „Los Angeles Times“: „Eine Viper ist trotzdem eine Viper, wo immer sie aus dem Ei geschlüpft ist.“ Also sollte man die japanischen Einwanderer und deren Nachkommen „allesamt als potentielle Feinde behandeln ... so lange wir uns im Krieg mit ihrer Rasse befinden.“ Genau so sah dies auch Lieutenant-General John Lesesne DeWitt, der Chef des Western Defense Command (WDC), dem die Verteidigung der US-Pazifikküste oblag: „Ein Jap ist ein Jap ... Ich möchte keinen von ihnen hier haben. Sie sind gefährliche Elemente.“

Daraus resultierten Forderungen nach der Internierung aller Personen, die auch nur „einen Tropfen japanischen Blutes in sich haben“. Diesen schloss sich am 13. Februar 1942 der Unterausschuss des Kongresses für Ausländer und Sabotage an. Daraufhin autorisierte der US-Kriegsminister Henry Stimson vier Tage später DeWitt, „Evakuierungen in dem Umfang durchzuführen, den er für notwendig hält“, um wichtige Einrichtungen im Bereich des WDC zu schützen.

Dem folgte am 19. Februar die von Präsident Roosevelt erlassene Executive Order 9066, mit der er Stimson und die diesem unterstellten militärischen Befehlshaber ermächtigte, zum „Schutz vor Spionage und Sabotage ... militärische Gebiete ... festzulegen, ... aus denen ein oder alle

„Es waren Konzentrationslager. Sie nannten es Umsiedlung, aber sie steckten sie in Konzentrationslager, und ich war dagegen“

Harry S. Truman
33. US-Präsident 1945–1953

Personen ausgewiesen werden können“. Daraufhin richtete DeWitt am 4. März zwei Sperrzonen ein: Das Militärische Gebiet Nr. 1, das aus der südlichen Hälfte von Arizona und der westlichen Hälfte von Kalifornien, Oregon und Washington sowie ganz Kalifornien südlich von Los Angeles bestand. Und das Militärische Gebiet Nr. 2, das den Rest des Territoriums der genannten Staaten umfasste.

Rund 112.000 Gefangene

Anschließend unterzeichnete Roosevelt am 21. März 1942 das Public Law 77-503, mit dem jedweder Verstoß von Zivilisten gegen militärische Anordnungen zur Straftat erklärt wurde. Architekt dieses Gesetzes war Colonel Karl Bendetsen, der seit dem 11. März an der Spitze der Wartime Civil Control Administration (WCCA) des WDC stand. Diese Behörde sollte die Zwangsumsiedlung und Internierung der Japaner in Lagern organisieren.

Die größte Massenvertreibung in der Geschichte der USA nach der Deportation der Indianer in Reservate begann am 24. März 1942 mit dem Erlass der Civilian Exclusion Order No. 1 des WDC bezüglich

der „Evakuierung“ von 227 japanischstämmigen Amerikanern von Bainbridge Island (Washington). Die Transporte dauerten bis zum August des Jahres. Dann befanden sich rund 112.000 Personen, darunter 30.000 Kinder, in den zehn War Relocation Centers der WCCA, die im März 1943 von der zivilen War Relocation Authority (WRA) abgelöst wurde. Von den Festgehaltenen besaßen etwa 80.000 die US-Staatsbürgerschaft, der Rest lebte zumeist seit zwei bis vier Jahrzehnten im Lande.

Auf Flüchtige wurde geschossen

Die Bedingungen in den Lagern waren schlecht. Außerdem wurde bei Fluchtversuchen geschossen. Daher kam es zu zahlreichen Todesfällen. Angesichts dessen ist es durchaus angebracht, von Konzentrationslagern zu sprechen, so wie dies auch der ehemalige US-Präsident Harry S. Truman 1961 in einem Interview tat.

Am 18. Dezember 1944 entschied der oberste Gerichtshof der USA, dass die Ausweisungen aus den militärischen Sperrgebieten rechtens seien, nicht aber die Inhaftierung von zwangsumgesiedelten US-Staatsbürgern gleich welcher Herkunft. Daraufhin setzte Roosevelt die Executive Order 9066 außer Kraft. Anschließend kamen die Lagerinsassen wieder frei. Wegen der erlittenen Schäden an Eigentum und/oder Gesundheit waren viele von ihnen aber nicht mehr in der Lage, ihr gewohntes altes Leben fortzusetzen.

Im Dezember 1982 gelangte eine von Präsident James E. Carter eingesetzte Untersuchungskommission zu dem Schluss, dass das Vorgehen gegen die japanischstämmigen Amerikaner die Folge von „Rassenvorurteilen, Kriegshysterie und einem Versagen der politischen Führung“ gewesen sei. Deshalb wurden bis Ende 1992 Entschädigungen in Höhe von insgesamt 1,6 Milliarden US-Dollar an die noch lebenden Betroffenen gezahlt.

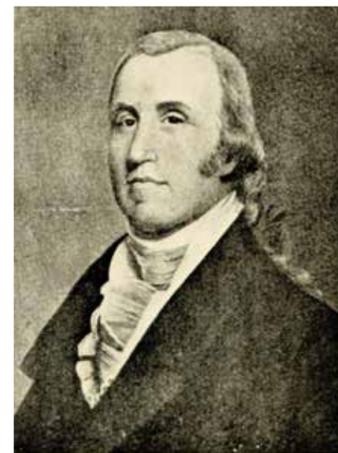
WILLIAM CLARK

US-Held des Betrugs überführt

William Clark wird zu den Helden der Frühgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika gezählt. Er war einer der beiden Leiter der legendären Lewis-und-Clark-Expedition, die zwischen Mai 1804 und September 1806 von St. Louis bis zur Pazifikküste vordrang. Im Britisch-Amerikanischen Krieg von 1812 bis 1815 kämpfte der Entdecker im Range eines Generals der Miliz. Ab 1813 stand er als Gouverneur an der Spitze des neu geschaffenen Missouri-Territoriums. Neueste Recherchen zeigen indes, dass Clark in dieser Eigenschaft den nordamerikanischen Ureinwohnern ein Gebiet von der Größe der Schweiz abschwindelte.

Nachdem er zuvor vergebens versucht hatte, den Stämmen der Sauk, Meskwaki und Iowa fünf Millionen Hektar Land nördlich des Missouri-River abzukaufen, stellte Clark sich ab 1816 auf den Standpunkt, dass die Vereinigten Staaten das fragliche Territorium bereits im Vertrag von Fort Clark/Osage vom 10. November 1808 von den Osage-Indianern erworben hätten.

Daraufhin strömten Tausende Siedler in den Norden des heutigen US-Bundesstaates Missouri, wo der Staat Grund und Boden für zehn bis 25 US-Dollar pro Hektar feilbot. Die von ihrem Besitz vertriebenen Sauk, Meskwaki und Iowa wurden hingegen ab 1824 nach langem Hin und Her mit einem knappen Cent pro Hektar abgefunden.



William Clark Foto: Wikimedia

Als scheinbaren Beweis für seine ab 1816 vertretene Behauptung führte Clark eine Karte an, die vorgeblich die 1808 ausgehandelte Grenzlinie zeigte. Auf diese von Clark verwendete Karte scheint der britische Historiker Robert Lee von der Universität Cambridge nun bei Recherchen im US-Nationalarchiv von Washington gestoßen zu sein. Er fand dort eine unsignierte und undatierte Karte, in die mit Bleistift eine gestrichelte Linie eingezeichnet ist, die offenbar eine Territoriumsgrenze markieren sollte. Bislang galt die Karte als Werk des Kommandeurs der Militärgarnison des Forts Clark/Osage zum Zeitpunkt des Abschlusses des gleichnamigen Vertrages von 1808, Captain Eli Clemson. Lee konnte jedoch nachweisen, dass sowohl Zeichenstil und Handschrift als auch die verwendeten Symbole eindeutig auf eine Urheberschaft Clarks hindeuten, genauso wie der dazugehörige Begleitbrief aus dem Jahre 1816, der an anderer Stelle zum Vorschein kam. W.K.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer frühmorgens in die aufgehende Sonne blinzelt, nimmt wahr, wie diese acht Minuten und 20 Sekunden vorher aussah. Denn unser Zentralgestirn ist fast 150 Millionen Kilometer von der Erde entfernt. Und das Licht kann sich nun einmal nicht schneller als mit 299.792,458 Kilometern pro Sekunde fortbewegen.

Jemand, der in der Nacht zum Polarstern hinaufschaut, sieht ein Dreifachsternsystem im Zustand von 1591, weil das Licht 431 Jahre benötigt, um die 4,1 Milliarden Kilometer zwischen dem hellsten Gestirn im Kleinen Wagen und unserem Heimatplaneten zurückzulegen.

Wenn es also gelänge, leuchtende Objekte in mehr als 13 Milliarden Lichtjahren Entfernung – das wären über 100 Trilliarden Kilometer – zu beobachten, dann würde sich zeigen, wie das Weltall in seiner Anfangsphase nach dem sogenannten Urknall aussah. Und genau so eine „Zeitmaschine“ namens James Webb Space Telescope (JWST) erreichte am 24. Januar dieses Jahres den sogenannten äußeren Lagrange-Punkt L2. Der liegt 1,5 Millionen Kilometer jenseits der Erdbahn und bietet den Vorteil weitgehender Dunkelheit, weil man von hier aus immer nur die Nachtseite der Erde sieht, welche ihrerseits permanent die Sonne verdeckt. Das ist der denkbar günstigste Standort für ein Weltraumteleskop, um möglichst ohne Blendung in die tiefsten Tiefen des Alls hinauszuschauen.

Viel größer als die Vorgänger

Das JWST wurde ab 1996 von der US-Weltraumbehörde NASA in Kooperation mit der europäischen Weltraumagentur ESA sowie der Canadian Space Agency (CSA) entwickelt. Dabei sollte es zunächst rund 500 Millionen US-Dollar kosten. Als das Teleskop dann am 25. Dezember 2021 mit einer europäischen Trägerrakete Ariane 5 vom Weltraumbahnhof CSG bei Kourou in Französisch-Guayana abhob, hatte das Projekt allerdings schon 9,7 Milliarden Dollar verschlungen. Damit handelt es sich beim JWST um das bislang teuerste Gerät in der unbemannten Raumfahrt. Dafür ist es aber auch deutlich größer und technologisch sehr viel ausgereifter als seine beiden Vorgänger, nämlich das Hubble Space Telescope (HST) und das Spitzer Space Telescope (SST).

So maß der Hauptspiegel des SST gerade einmal 85 Zentimeter im Durchmesser und der des HST 2,4 Meter. Dahingegen besitzt das JWST einen Primärspiegel von 6,5 Metern Durchmesser, welcher aus 18 sechseckigen Beryllium-Segmenten besteht, die sich erst im All entfalten. Gleichfalls auf recht komplizierte Weise zusammengesetzt wurde das 21 mal 14 Meter große Hitzeschild des JWST aus fünf



Auf der Suche nach der „Anfangssingularität“: Das James-Webb-Weltraumteleskop

Animation: shutterstock

FORSCHUNG

Vorstöß zum Ursprung der Zeit

Das James-Webb-Weltraumteleskop hat seine Position erreicht: In 1,5 Millionen Kilometern Entfernung von der Erde soll es bis zum Urknall blicken können – Es winken sensationelle Entdeckungen

Lagen Kapton-Folie, dessen Aufgabe darin besteht, jegliche Wärmestrahlung von dem Teleskop fernzuhalten und eine optimale Betriebstemperatur von unter minus 233 Grad Celsius zu garantieren. Aufgrund dessen gab es einige sehr spannungsreiche Tage für die Bodenstation in Baltimore, denn letztlich mussten bei der Entfaltung und Inbetriebnahme aller Komponenten des JWST mehr als 300 bewegliche Teile tadellos funktionieren – wobei 59 mechanische Vorgänge als besonders kritisch galten, weil die Mission bei deren Misslingen gescheitert wäre. Aber glücklicherweise ging alles glatt.

Dadurch geriet auch der absurde Streit etwas in Vergessenheit, der um die Namensgebung des Weltraumteleskops entbrannt war. Mit dieser sollte der langjährige Chef der NASA geehrt werden, unter dessen Ägide erstmals auch Menschen auf dem Mond landeten. Einige Astronomen behaupteten aber, dass Webb während seiner Amtszeit Schwule und Lesben in-

nerhalb der Weltraumbehörde benachteiligt habe, weshalb er als Namenspatron ungeeignet sei. Deshalb sah sich die NASA schließlich zu einer Untersuchung genötigt, welche im September 2021 mit der Verlautbarung endete, man habe nichts gefunden, was Webb belaste.

Was war vor 13,8 Milliarden Jahren?

Im Vergleich zu dem Namensstreit verlief die Vergabe der begehrten Beobachtungszeiten am JWST in Abhängigkeit vom Niveau der vorgeschlagenen Forschungsthemen deutlich weniger kontrovers. Hier kristallisierten sich nach der Sichtung von insgesamt 1172 Anträgen von Wissenschaftlern aus 44 Ländern 266 als besonders erfolgversprechend heraus, womit es zwei große Arbeitsschwerpunkte geben wird: den Blick zurück in die Frühzeit des Kosmos und die Suche nach erdähnlichen Exo-Planeten mit „Biosignaturen“, welche um andere Sterne kreisen.

In beiden Fällen handelt es sich um Grundlagenforschung par excellence. Schließlich wissen wir immer noch viel zu wenig über die Entstehung der ersten Sterne und Galaxien sowie der übrigen kosmischen Strukturen in der Zeit nach dem Urknall vor rund 13,8 Milliarden Jahren. Was geschah nach der gemeinsamen Entstehung von Materie, Raum und Zeit aus einer „Anfangssingularität“, in der keines der uns bekannten Naturgesetze gegolten haben kann und deren Beschaffenheit beziehungsweise Herkunft bislang nur in philosophischen oder religiösen Kategorien zu fassen ist? Wie muss man sich die „Kosmische Inflation“, also die Ausdehnung des Kosmos im Anschluss an den Urknall, und das „Dunkle Zeitalter“ zwischen der Entstehung stabiler Atome und dem Aufleuchten der ersten Sterne vorstellen?

Hier könnte der Blick auf die ursprünglichsten aller Galaxien helfen, deren Herausbildung vermutlich einige hun-

dert Millionen Jahre nach dem Urknall einsetzte, als die Gasmassen im All unter dem Einfluss der Gravitation „verklumpten“. Vielleicht offenbaren sich dabei sogar bislang unbekannte Naturgesetze, deren Anwendung der Menschheit erheblichen Nutzen bringen könnte.

Gleichermaßen metaphysischer wie praktischer Natur ist die Frage, ob es noch weiteres intelligentes Leben im All gibt oder die Menschheit das Ergebnis beziehungsweise die Krönung eines vollkommen einzigartigen Vorgangs im Kosmos darstellt. Letztlich sind zehn Milliarden Dollar wohl nicht zu viel, um auf den bislang bereits identifizierten 4700 Exo-Planeten nach anderen vernunftbegabten Wesen zu suchen. Denn was wäre, wenn wir vom plötzlichen Eintreffen außerirdischer Raumschiffe überrascht würden, die beispielsweise von einem der sieben Planeten kommen, welche um den nur 40 Lichtjahre entfernten „ultrakühlen“ roten Zwergstern Trappist-1 kreisen?

DEBATTENKULTUR

Wer Unwillkommenes sagt, der „schwurbelt“

Statt sich mit dem Gegenüber auseinanderzusetzen, unterstellt man ihm, Unsinn zu reden – neu ist das nicht

Das Wort „schwurbeln“ hat, insbesondere in der substantivierten Form „Schwurbler“, in den vergangenen anderthalb Jahren eine bemerkenswerte Karriere gemacht. Verwendet wird es zur pauschalen Diffamierung der Kritiker der Corona-Maßnahmen und der Impfskeptiker. Viele Medien fördern diesen Sprachgebrauch eifrig, mit Schlagzeilen wie „Sie waren gegen Schwurbler auf der Straße“ oder „Halle und Omas gegen Rechts und die Corona-Schwurbler“.

Moderator Frank Plasberg ließ sich im „Focus“ mit der Aussage zitieren, „Schlimmste Schwurbler gelten bei Impfung als Kapitulierer mit Gesichtsverlust“ und selbst die einst über Jahrzehnte als

differenziert geltende „Frankfurter Allgemeine“ betitelte einen Beitrag über eine Demonstration in der Schweiz als „Aufmarsch der Schwurbler“.

Die erste Duden-Ausgabe nach der deutschen Vereinigung aus dem Jahr 1991 verzeichnet unmittelbar hinter dem Stichwort „Schwur“ den Schweizer Kanton „Schwyz“. Den Begriff „schwurbeln“ oder verwandte Wörter sucht man vergebens. In der Neubearbeitung von 2006 ist zumindest „schwurbelig“ eingefügt worden, mit der Erklärung „umgangssprachlich für schwindelig, verwirrt“. Die aktuelle Online-Präsenz des Dudens kennt dann auch das Verb „schwurbeln“. Zwei Begriffsbedeutungen werden geboten: ent-

weder „schwirbeln“, was wiederum so viel heißt wie „im Kreis drehen, schwindeln“ oder eben „verschwurbelt reden, Unsinn erzählen“.

Schon vor 100 Jahren erfolglos

Unlängst fand das Wort „schwurbeln“ sogar Beachtung im „Philosophie-Magazin“. Die Autorin Theresa Schouwink unterstreicht zunächst die – in der gegenwärtigen Verwendung offenkundige – Absicht derer, die den Ausdruck verwenden. Dem Gegenüber unterstellten sie nicht, etwas Falsches zu behaupten, denn damit müssten sie sich argumentativ auseinandersetzen. Vielmehr werde mit dem „Schwurbler“-Etikett gesagt, die Ausführungen

seien gar keiner näheren Betrachtung wert, es handle sich um „heiße Luft“.

Schouwink betont aber auch, dass ein derartiges Vorgehen keineswegs neu sei und angesehene Denker nicht davor zurückschreckten. „Schwurbel-Verdacht“ habe „innerhalb der Philosophie Tradition“. Am „polemischsten“ habe sich hier der „Wiener Kreis“ in den 1920er und 1930er Jahren positioniert. Metaphysische, ethische und ästhetische Aussagen sollten als „Geschwurbel“ beiseitegeschoben werden.

Die Angehörigen des Kreises wollten die Philosophie „reinigen“, getreu dem Prinzip, ein Satz sei nur sinnvoll, wenn er sich empirisch oder analytisch belegen lasse. Für Rudolf Carnap, der maßgeblich im

„Wiener Kreis“ wirkte, seien Aussagen über Gott, die Seele oder das Sein „schlicht sinnlos“ gewesen. Durch die Arbeiten seiner philosophischen Kollegen Georg Friedrich Wilhelm Hegel oder Martin Heidegger erfahre man „nichts wirklich Gehaltvolles“, sie gäben höchstens „einem vagen Lebensgefühl Ausdruck“.

Indes: Die Bedeutung der auf diese Weise Angegriffenen wurde letztlich kaum geschmälert. Vielleicht lässt sich ja von Carnap und den anderen „Wienern“ lernen: Unwillkommenes und vielleicht sogar Zutreffendes einfach für „Unsinn“ zu erklären, führt in der Regel nicht dazu, dass sich der „Unsinn“ kleinlaut und dauerhaft zurückzieht. Erik Lommatzsch

ALLENSTEIN

Erfolgreiches Finale des 30. Großen Orchesters

Zum Jubiläum der Spendenaktion zugunsten des medizinischen Fortschritts – Gute Beteiligung trotz des schlechten Wetters

VON DAWID KAZANSKI

Das 30. Jubiläumfinale des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe, einer nichtstaatlichen Wohltätigkeitsorganisation, fand am 30. Januar statt. In diesem Jahr wurden Gelder gesammelt, um die modernsten Standards in der Diagnostik und Behandlung in der Kinder-Augenheilkunde zu gewährleisten. Jedes Jahr werden mehrere Tausend junge Patienten in pädiatrischen augenärztlichen Abteilungen stationär behandelt. Viele Erkrankungen wie Grüner Star, Grauer Star, verschiedene Verletzungen, Entwicklungsanomalien und Tumore erfordern eine Behandlung mit modernen Geräten, an denen es in polnischen Einrichtungen oft mangelt.

Jährliche Sammlungen seit 1992

Bei den Wohltätigkeitsveranstaltungen in Allenstein waren drei Stäbe Freiwilliger im Einsatz. Ersten Schätzungen zufolge beläuft sich der von den Einwohnern gespendete Betrag derzeit auf umgerechnet etwa 76.000 Euro. Diese Summe wird aber noch höher ausfallen, denn die genaue Gesamtsumme wird erst Ende März bekannt sein, da viele Internet-Auktionen noch stattfinden, noch nicht alle stationären Spendenbüchsen erfasst sind und die elektronischen Sammlungen noch laufen.

Die Veranstaltungen des Großen Orchesters erstreckten sich fast über das gesamte Stadtgebiet und die angrenzenden Gemeinden. Zahlreiche Aktionen fanden in der Allensteiner Altstadt statt. Unter anderem wurde ein Ball mit den Autogrammen der polnischen Volleyball-Nationalmannschaft versteigert, der vom Stadtpräsidenten Piotr Grzymowicz überreicht wurde. Der Gewinner zahlte über 280 Euro in die Spendenbüchse ein. „Das ist ein sehr gutes Ergebnis und ich freue mich, dass dieser einzigartige Ball jemandem Freude bereiten und auch Kindern



Bühne im Ermländischen Einkaufszentrum: Teilnehmer an den Aktionen des Finales

Foto: D.K.

mit Sehbehinderungen helfen wird“, sagte Grzymowicz. Zu den Teilnehmern der Veranstaltung gehörten auch die in einem Allensteiner Verein zusammengeschlossenen Winterschwimmer, die das Sonntagsschwimmen traditionell mit einer Spendensammlung für das Große Orchester der Weihnachtshilfe verbinden.

Das Wetter während der Wohltätigkeitsveranstaltungen in der Stadt war für Außenaktionen sehr ungünstig. Niedrige Temperaturen, starker Wind und Schneeregen verringerten die Zahl der Teilnehmer an den geplanten Aktionen in der Altstadt und an einem der Strände des Okullsees. In einem Zelt, das von ei-

nem der Gastronomen am Strand aufgestellt worden war, versteigerten die Winterbadenden jedoch verschiedene Gegenstände. Das Zelt bot auch gute Bedingungen, um die von Vereinsmitgliedern gebackenen Kuchen zu probieren, Kaffee oder Tee zu trinken und heiße Suppe zu essen.

Trotz des schlechten Wetters beschlossen mehrere Dutzend Menschen, im See zu baden. Wer die Kälte nicht mochte, konnte an den im Einkaufszentrum Ermländische Galerie organisierten Attraktionen teilnehmen. Es gab verschiedene Musikkonzerte und Auftritte von Tanz- und Künstlergruppen. Darüber hinaus konnten die Besucher des Einkaufszentrums ihre Erste-Hilfe-Kenntnisse in speziell angebotenen Werkstätten verbessern und sich am Stand der Ernährungsberater Tipps holen sowie ihren Körperfettanteil messen lassen. Für Kinder wurden Spiele und kreative Arbeitsgruppen vorbereitet. Das Einkaufszentrum beherbergte auch einen Informationsstand der DKMS-Stiftung, an dem sich Personen über 18 Jahren als potentielle Knochenmarkspender registrieren lassen konnten.

120.000 freiwillige Helfer

Das Finale des Großen Orchesters ist nicht auf einen einzigen Tag beschränkt. Es beginnt in der Regel viele Tage vor dem geplanten Termin und endet – dank der Online-Versteigerungen – lange nach der Hauptveranstaltung. In den laufenden Auktionen sind immer noch einzigartige Artikel zu finden. Während des 30. Finales des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe sammelten etwa 450 Freiwillige Spenden, während in der gesamten Republik Polen rund 120.000 Menschen ehrenamtlich aktiv waren.

Zahlreiche Wohltätigkeitsveranstaltungen fanden in 29 Ländern auf der ganzen Welt statt, und nach Angaben von Jerzy Owsiak, dem Vorsitzenden und Gründer der Stiftung des Großen Orchesters, wurden während des Jubiläumsumfinales mehr als 29 Millionen Euro gesammelt. Jedes Jahr unterstützt Owsiaks Stiftung die polnische Medizin und versorgt Krankenhäuser mit medizinischer Spezialausrüstung, um das zunehmend ineffiziente und unterfinanzierte polnische Gesundheitswesen zu retten.

KÖNIGSBERG

Die Beantragung von Auslandspässen wurde vereinfacht

Selbstbedienung im Amt: Sechs sogenannte Kryptokabinen wurden im nördlichen Ostpreußen aufgestellt

Für die meisten Einwohner des nördlichen Ostpreußen ist der Auslandsreisepass eines der wichtigsten Dokumente. Das ist angesichts der Exklavenlage der Region nicht verwunderlich. Die Nähe der Europäischen Union macht Reisen ins benachbarte Ausland besonders attraktiv. Die Corona-Pandemie hatte jedoch schwerwiegende Beschränkungen zur Folge. Schengen-Touristenvisa wurden nicht mehr ausgestellt, was bedeutet, dass Reisen ins Ausland für die Königsberger unmöglich geworden war. Der Grenzübergang ist im Wesentlichen auf Personen mit einer Aufenthaltsgenehmigung beschränkt. Die Nachfrage nach Pässen ging deutlich zurück.

Dennoch wurde die Beantragung eines Reisepasses in der Region vereinfacht durch die Einführung sogenannter Kryptokabinen, die in mehreren sogenannten Multifunktionszentren, eine Art Ortsamt, aufgestellt wurden. In den Kabinen sind hochmoderne Geräte für die Selbstdeklaration biometrischer und anderer perso-

nenbezogener Daten untergebracht. Sie gewährleisten gleichzeitig einen sicheren kryptografischen Schutz der Daten. In Königsberg wurden drei solcher Kabinen in den Zentren am Hansaplatz, in der Wal-

burgisstraße und in der Generala-Tschelnokowa-Straße eingerichtet. Andere ostpreußische Orte, in denen es nun Mikrokabinen gibt, sind Cranz, Neuhausen und Insterburg.

Die Geräte sind mit digitalen Kamerasystemen, Fingerabdruck- und Dokumentenscannern sowie einem Barcode-Lesegerät ausgestattet. Die Nutzung von Kryptokabinen vereinfacht und verkürzt den Prozess der Beantragung internationaler Reisepässe. Nach vorheriger Terminvereinbarung kann der Antragsteller seine biometrischen Daten selbstständig eingeben. Beim Betreten des Multifunktionszentrums erhält er einen Barcode. Danach begibt er sich in die Kabine, wo er seine Fingerabdrücke und Ausweispapiere einscannen sowie ein Foto aufnehmen kann. Alle Informationen werden automatisch an das Datenverarbeitungszentrum des Innenministeriums weitergeleitet, wo sie überprüft werden. Den Reisepass kann der Antragsteller etwa Monat später in seinem Multifunktionszentrum abholen.

Die Kryptokabinen hat die Firma Rostelekom aufgestellt. Die Kosten für die insgesamt sechs Automaten betragen umgerechnet etwa 105.000 Euro. Die Kabinen

befanden sich einige Monate lang im Testbetrieb und sollten Ende 2021 voll einsatzfähig sein. Dieser Plan wurde jedoch nur teilweise umgesetzt. Ab dem 1. Dezember 2021 haben die Kryptokabinen in der Walburgisstraße und Generala-Tschelnokowa-Straße in Königsberg sowie die in Neuhausen ihren Regelbetrieb aufgenommen. Die Kabinen in Cranz, Insterburg und die in dem Zentrum am Hansaplatz werden aus technischen Gründen voraussichtlich erst in diesem Frühjahr in Betrieb gehen.

Von Januar bis November 2021 wurden etwa 9000 Auslands-Reisepässe im Königsberger Gebiet ausgestellt. Die Hälfte davon ist biometrisch mit einer Gültigkeitsdauer von zehn Jahren. Die Bewohner des Königsberger Gebiets erhalten aufgrund ihrer Exklavenstellung kostenlose Reisepässe und sind von der staatlichen Gebühr in Höhe von umgerechnet knapp 60 Euro befreit.

Jurij Tschernyschew



Ein Amt im Amt: Kryptokabine in Königsberg

Foto: J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Kargoll, Irene, geb. **Plotzitzka**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 22. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Meier, Herta, geb. **Wunderlich**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Pohl, Erna, geb. **Bogdahn**, aus Wakern, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Voss, Herta, geb. **Steffan**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 23. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Breitsprecher, Elsa, geb. **Pohlantz**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Dumjahn, Marianne, aus Belgard, Kreis Pommern, am 20. Februar
Heinsohn, Hertha, geb. **Kösling**, aus Parnen, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Herrndörfer, Maria, geb. **Klimaschewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brzezinski, Horst, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. Februar

Falkenberg, Christel, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Februar
Lendzian, Helga, geb. **Gramatzki**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, am 24. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Schellong, Hildegard, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 24. Februar
Sommer, Hildegard, geb. **Lossau**, aus Lyck, am 20. Februar
Strelski, Oscar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dudek, Ilse, geb. **Nüske**, aus Lyck, Morgenstraße 14, am 18. Februar
Gritzan, Elfriede, geb. **Kensy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Idel, Renate, geb. **Deirowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 23. Februar
Kallien, Günter, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrunen, am 19. Februar
Katzinski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brockmann, Gertrud, geb. **Küchmeister**, aus Breitenfeld, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Ciesla, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. Februar
Dittko, Harry, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 23. Februar
Fierke, Erich, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 19. Februar
Lübbe, Helga, geb. **Baumeister**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 19. Februar
Schneider, Waltraud, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 23. Februar
Schott, Irene, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 18. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Großmann, Irmgard, geb. **Latza**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar
Heibutzki, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Jakobi, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Februar

Kannenberg, Burkhard, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Kreiner, Elfriede, geb. **Trosien**, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 21. Februar
Klimach, Anna, geb. **Rogowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 23. Februar

Knutzen, Elfriede, geb. **Urbschat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. Februar
Krzewitzki, Gilda, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. Februar
Madeyka, Lore-Brigitte, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 93, am 24. Februar

Putzar, Dorelise, geb. **Fugh**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 22. Februar
Redepening, Gerda, geb. **Horn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Rompel, Horst, aus Langheide, Kreis Lyck, am 24. Februar
Scheffler, Hildegard, geb. **Borawski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 19. Februar
Schütze, Edith, geb. **Köhler**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Schwarz, Frieda, geb. **Jankowski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Trzeciak, Alfred, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar
Bloch, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
Brigel, Eveline, geb. **Blattner**, aus Neidenburg, am 19. Februar
Derlath, Helmut, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Ehler, Günther, aus Wilkendorf, Kreis Rastenburg, am 21. Februar
Eichhorn, Siegfried, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 24. Februar
Genßler, Ursula, geb. **Buck**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Gerlitz, Bernhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 18. Februar
Jensen, Karl-Heinz, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Koch, Ewald, aus Gollen, Kreis Lyck, am 24. Februar

Lockowandt, Reinhold, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 23. Februar
Neumann, Kurt, aus Lyck, am 18. Februar
Noster, Traute, geb. **Luzius**, aus Dosnitten, Kreis Mohrunen, am 21. Februar
Rose, Kurt, aus Margen, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
Sellmann, Frida, geb. **Böttcher**, aus Gillgehnen, Kreis Mohrunen, am 24. Februar

Wosing, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Wehlau, am 20. Februar
Zink, Marlis, geb. **Meier**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Endert, Ingfriede, geb. **Philippzik**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 65, am 23. Februar
Fuchs, Herta, geb. **Kuhrau**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 21. Februar
Gayk, Werner, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Gerull, Edith, geb. **Szuggat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Hoffmann, Armin, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 23. Februar
Hoffmann, Hans, aus Wehlau, am 24. Februar
Klauke, Käthe, geb. **Raschpichler**, aus Lyck, am 20. Februar
Kolosko, Hildegard, geb. **Szepanek**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
Kurschat, Erna, geb. **Kantimm**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Lind, Lieselotte, geb. **Thomas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Schauließ, Alida, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Spinner, Hannelore, geb. **Fiedrich**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 20. Februar
Stallbaum, Gertrud, geb. **Anders**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 23. Februar
Steinbrücker, Ilse, geb. **Bähre**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Strojek, Heinz, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 18. Februar
Suri, Elisabeth, geb. **Siedler**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Tietz, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dylatus, Martha, geb. **Buttler**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Galla, Kurt, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Februar

Gilka, Hans-Georg, aus Lyck, am 18. Februar
Gudd, Brunhilde, geb. **Holstinski**, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 21. Februar
Klimach, Günter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. Februar
Krüger, Irene, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. Februar
Kühn, Ursula, geb. **Gallei**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 18. Februar
Schmidtke, Gerhard, aus Lyck, Yorkstraße 16, am 23. Februar
Schütz, Lydia, geb. **Sotopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 22. Februar
Warias, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behrens, Waltraud, geb. **Olschewski**, aus Kattern, Kreis Mohrunen, am 19. Februar
Berg, Helga, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 19. Februar
Blumenstein, Kurt, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Czybulka, Dieter, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 21. Februar
Evers, Ingrid, geb. **Stieglitz**, aus Wehlau, am 24. Februar
Gisiger, Horst, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 20. Februar
Gitt, Prof. Dr. Werner, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 22. Februar
Jakielski, Wolfgang, aus Treuburg, am 23. Februar
Karp, Gisela, geb. **Oberübler**, aus Treuburg, am 20. Februar
Kehlert, Herta, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Kompa, Hildegard, geb. **Hennig**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar
Koschinsky, Waltraud, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Krüger, Elsbeth, geb. **Adam**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Februar
Majora, Ursula, geb. **Farin**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 22. Februar
Minuth, Dietrich, aus Wehlau, am 22. Februar
Moog, Ingrid, aus Lötzen, am 24. Februar
Osmanski, Theodor, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 23. Februar
Payk, Werner, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Raven, Ingrid, geb. **Spieshöfer**, aus Borschimmen, Kreis Lyck und aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 24. Februar

Redeker, Irene, geb. **Babinnek**, aus Wilhelmshof-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Riechert, Siegfried, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Riemann, Anni, geb. **Pfausch**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 18. Februar
Ruger, Leonore, geb. **Achenbach**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 22. Februar
Sackel, Kurt, aus Lyck, und aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 23. Februar
Schuhmacher, Karola, geb. **Schaeffe**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 18. Februar
Taschke, Heinz, aus Neidenburg, am 24. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Chmielewski, Georg, aus Ortelsburg, am 19. Februar
Dierks, Renate, geb. **Albrozeit**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Dusny, Klaus, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 21. Februar
Grünten, Anne-Lore, geb. **Hartmann**, aus Treuburg, am 18. Februar
Kilimann, Hildegard, geb. **Burbulla**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar
Kirchhoff, Dora, geb. **Petermann**, aus Nöttnicken, Kreis Fischhausen, am 20. Februar
Krause, Bernd, aus Güldenboden, Kreis Mohrunen, am 20. Februar
Masuhr, Dietrich, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Mrotzek, Werner, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 20. Februar
Opitz, Michael, aus Lokhehen, Kreis Heiligenbeil, am 24. Februar
Peiler, Gisela, geb. **Grube**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Februar
Pilz, Roland, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 22. Februar
Radoch, Brigitte, geb. **Jeromin**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 21. Februar
Schoepner, Prof. Dr. Dieter, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 18. Februar
Villwock, Irmgard, geb. **Domrowski**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Wittke, Karl-Heinz, aus Gauthenen, Kreis Fischhausen, am 21. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Broek-Sopka, Bärbel van den, geb. **Sopka**, aus Groß Kosel, Kreis Neidenburg, am 18. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 9/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 9/2022 (Erstverkaufstag 4. März) **bis spätestens Dienstag, den 22. Februar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt
22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt
23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)
11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Heilsberg

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin
7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

LO Ost und Westpreußen

Nürnberg – Dienstag, 22. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber.

Wir stellen das Buch vor: Zeugnis vom Untergang Königsbergs von Michael Wieck. *Joachim Korth*



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

BREMER WEST- UND OSTPREUßENTAG

Bremen – Sonnabend, 5. März, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen: Bremer West- und Ostpreußentag.

Nach der Begrüßung besteht die Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen. Zur Unterhaltung haben wir wieder das „Akkordeon-Duo Cornelia & Klaus“ eingeladen. Die beiden Musiker werden mit uns ein Wunschkonzert mit Frühlingliedern gestalten. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit dem traditionellen „Pillkaller“. Anschließend gibt es „Königsberger Klops“ mit den üblichen Beilagen.

Für die Veranstaltung gelten folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Klops): 16 Euro; Eintritt und Essen (vegetarischer Gemüseteller): 15 Euro. Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in unserer Geschäftsstelle ab dem 17. Februar jeden Donnerstag

von 15 bis 17.30 Uhr, oder auf dem Anrufbeantworter, Telefon (0421) 3469718 oder bei unserer stellvertretenden Vorsitzenden Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Jahresprogramm:

Kassel – Donnerstag, 3. März, 15 Uhr, Landhaus Meister: „Was wollen die hier?“ Flüchtlinge und Einheimische in Deutschland 1945.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Vorsichtiger Start

Holzminden – Noch haben uns die Auswirkungen der Coronapandemie fest im Griff, und es fällt etwas schwer, perspektivisch eine Fortsetzung unserer Veranstaltungen zu planen. Aber wir wollen uns nicht untätig verlieren, sondern positiv in die Zukunft schauen.

Sonntag, 27. Februar zum beliebten Königsberger Klopessen im Restaurant „Felsenkeller“.

Am 25. März wird Frau Nütz Sprichwörter, Weisheiten und Redewendungen erklären, die ursprünglich aus der Bibel stammen.

Am 29. April ist Jahreshauptversammlung mit anschließender Fortsetzung des Films „Alltag in Ostpreußen in den 1920er und 1930er Jahren.“

Spannend wird es am 20. Mai bei einem Vortrag über „Alt-Holzminden“, der Ort, der nach dem Krieg für viele neue Zukunft und Zuhause wurde.

Am Sonnabend, 11. Juni plant die Gruppe eine Fahrt zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg. Hoffen wir doch, dass in diesem Jahr alle Termine wahrgenommen werden können. *Renate Bohn*



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Schleswig-Holstein

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Im Februar waren die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel zu Gast bei Anneliese Knopf in Tremsbüttel.

Thema des Nachmittags war der Kriminalroman von unserem Landesvorsitzenden Edmund Ferner „Deutsch-polnischer Treibsand – Das Mädchen Ingrid“, der in Lübeck und in der Lübecker Bucht angesiedelt ist.

Die letzten Monate des Zweiten Weltkrieges und die Nachkriegszeit sind die aufregenden, gefährlichen und zugleich spannenden Phasen, in die Edmund Ferner die Leser in seinem Roman führt. Der Roman beginnt in der alten Hansestadt Lübeck mit den

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

bombenzerstörten Häusern und Kirchen, knappem Wohnraum und knappen Wirtschaftsgütern. Und dann ist da noch das Lager, das Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, Bombengeschädigte aus den deutschen Großstädten und Gestrandete verschiedener Nationen beherbergt.

Dreht sich alles um Ingrid Kracht aus Tilsit und Peter Bergmann? Oder sind ganz andere Personen von entscheidender Bedeutung? Was entsteht aus der Wiederbegegnung Peter Bergmans mit Barbara Kosyra, die als Flüchtling aus Ostpreußen bei ihrem Onkel Willy, einem Kriminalbeamten, in Lübeck Unterkunft gefunden hat.

Was geht in Barbara vor, als Peter mit Ingrid vor ihr im Wohnzimmer steht – dieser Peter Bergmann, dem sie im Krieg in Warschau begegnet war und mit dem sie ihre Heimatadressen ausgetauscht hatten? Peter erkannte Barbara zunächst nicht und verließ mit Ingrid die Wohnung.

Barbara war noch am Sonntag mit ihren Gedanken bei dieser Begegnung als ihr Onkel Willy mit-

tags mitteilte, Fräulein Kracht wurde heute Nacht ermordet. Von den Kriminalbeamten wurde Peter Bergmann als Mörder verdächtigt und verhaftet. Barbara wehrt sich gegen diese Verdächtigung und sagt es auch.

Ingrid war die Geliebte von Peter, hatte den Tag zuvor aber einen anderen Mann geheiratet und war an ihrem Hochzeitstag erschossen worden. Die Ermittlungen erstrecken sich auch auf die Bewohner des Flüchtlingslagers in Lübeck.

Welche Lebenswege hatte hier das Schicksal zusammengeführt?

Kracht war Schönheit in Tilsit, Kind einer unglücklichen Familie, Stenotypistin bei der Gestapo, bei der sie auch selbst Vernehmungen durchführte.

Bergmann im Frontgeschehen, dreimal verwundet, Flucht aus der Kriegsgefangenschaft, Flüchtlingslager Pöppendorf, lebt naturverbunden in einem Gartenhaus an der Wakenitz.

In Lübeck trifft Ingrid den jungen Mann, den sie einmal verheiratet hatte, unter falschem Namen beim Schwarzhandel in Lübeck. Sie ver-

sorgt die Eltern mit Lebensmitteln vom Schwarzmarkt; der Vater verlangt in der Hauptsache Zigaretten. Nach einer Tanzveranstaltung folgt Ingrid Peter in sein Gartenhaus, beide werden ein Paar. Sie wirkt als „Herrin“ immer noch im Flüchtlingslager, trifft den jungen Mann, den sie einst verheiratet hatte, immer wieder, auch einen Letten.

Aus einer Männerrunde nimmt Ingrid einen Revolver mit und steckt ihn in ihre Manteltasche.

Inzwischen spielen sich in der Familie Kracht unerfreuliche Dinge ab. Die Mutter, die immer zur Tochter gehalten hatte, hält jetzt zum Vater. Zwischen Ingrid und Peter entsteht ein Bruch. Sie erklärt ihrer Mutter, dass sie den Letten heiraten will. Nun ist der Revolver in der Hand ihres Vaters gelandet. Vielleicht kann man ihn mal zu Geld machen!

Kosyra und ihre Freundin wollen immer noch der Kriminalpolizei beweisen, dass Peter als Mörder nicht infrage komme, auch der junge Mann mit dem falschen Namen ist es nicht. Der Vater auch nicht. Wer war es dann? *Gisela Brauer*

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schie-mann, GSt.: J. Schulz, Landkreis Rotenburg (Wümme)...

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde...

Heimatpolitische Tagung fällt erneut aus

Rotenburg (Wümme) - Bereits zum zweiten Mal muss die Heimatpolitische Tagung in Rotenburg (Wümme)...

Grund für die Absage ist die Corona-Pandemie, die auch in diesem Jahr die Durchführung der traditionellen Veranstaltungsreihe verhindert.

Die Veranstalter, der Landkreis Rotenburg (Wümme) und die Kreisgemeinschaft Angerburg, bitten um Verständnis!

Michael Meyer

Busreise nach Lötzen + Rhein

Vom 9. bis 16. Juni - Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Lötzen, Gruppe Dieter Milewski.

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshelm, Telefon (06203) 43229...

Treffen der Memelländer

Düsseldorf - Sonnabend, 19. März, ab 10.30 Uhr: Feier zum 70-jährigen Bestehen der Memellandgrup-

pe Düsseldorf verbunden mit einem Bezirkstreffen, Gerhart-Hauptmann-Haus, Eichendorff-Saal, Bismarckstraße 90, Düsseldorf.

Einlass 10.30 Uhr. Beginn der Feierstunde um 11 Uhr durch die Vorsitzende Karin Gogolka.

Danach folgt ein Vortrag des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties. Musikalische Begleitung durch Waldemar Dantschenko.

Wegen der Vorbestellung des Essens bitte ich um telefonische Anmeldung unter Telefon (02452) 62492.

Wegen der ständigen Änderungen in der Corona-Pandemie, die möglicher Weise auch zu einer Absage der Veranstaltung führen kann...

770-Jahrfeier

Mannheim - Anlässlich der 770-Jahrfeier der Stadt Memel haben wir unter Beteiligung der Chorgemeinschaft Frederic Zeiler...

im neuen Vier-Sterne-Hotel Victoria.

Am 31. Juli Stadtrundgang in Memel und Konzert der Chorgemeinschaft.

1. August zur freien Verfügung. 2. August Ausflug Kurische Nehrung.

3. August Ausflug in das Memelland incl. Schifffahrt.

4. August Memel-Kaunas (Stadtbesichtigung) und weiter für zwei Übernachtungen im Vier-Sterne-Hotel Novotel Centrum in Wilna.

5. August Stadtrundgang/Fahrt in Wilna.

6. August Fahrt von Wilna über Siauliai (Berg der Kreuze) nach Riga zur Übernachtung im Vier-Sterne-Hotel Radisson Latvija.

7. August nach dem Frühstück Stadtbesichtigung von Riga und Rückflug nach Frankfurt (Ankunft 18 Uhr).

Über den Reisepreis für Flug Frankfurt-Riga-Frankfurt, acht Übernachtungen mit Frühstück, fünf Mal Halbpension...

Wegen der fälligen Anzahlungen am 1. März wird um schnellste Anmeldung unter (06203) 43229 bei Uwe Jurgsties...

Treffen der Memelländer

Karkelbeck - Sonntag, 27. Februar, 16.30 Uhr, Besucherzentrum Nationalpark: Fasching.

Memel - Mittwoch, 2. März, 18.30 Uhr, Restaurant „Garaschas“ Fischessen am Aschermittwoch.

Karkelbeck - Dienstag, 8. März, 18.30 Uhr, Besucherzentrum Nationalpark: Monatstreffen

N.N. - Sonnabend, 26. März: Mitgliederhauptversammlung mit Einladung, Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

N.N. - Dienstag, 12. April: Monatstreffen. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

Karkelbeck - Donnerstag, 14. April, Besucherzentrum Nationalpark: Ostereier bemalen am Gründonnerstag.

Karkelbeck - Montag, 18. April, Besucherzentrum Nationalpark: Osterspaziergang mit Kaffeetrinken.

Memel - Sonnabend, 30. April: Tanz in den Mai. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

N.N. - Dienstag, 10. Mai: Monatstreffen. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

N.N. - 14. Mai: Spargelessen. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

N.N. - Donnerstag, 26. Mai: Wir feiern Christi Himmelfahrt / Männertag. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

N.N. - Dienstag, 14. Juni: Monatsversammlung. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

Nähere Informationen erhalten Sie beim ersten Vorsitzenden Heiko Kressin unter Telefon (0037) 06 7552084.

Opp Ostpreußisch

„Jeder, dem der Foader mi jäwe deit, der ward ook to mi koahme, un jeder, der to mi kemmt, dem scheck eck nich vorre Där.“

So übersetzt Werner Gitt den Vers aus dem Johannesevangelium, Kapitel sechs, Vers 37, der auch die Jahreslosung für dieses Jahr enthält: „Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen.“

Gitt widmet seine Übersetzung des gesamten Johannesevangeliums seinen Eltern und seiner Stiefmutter. Gitts Mutter Emma wurde nach dem Einmarsch der

Roten Armee in Süd-Ostpreußen im Februar 1945 in die Ukraine verschleppt und starb dort im April des selben Jahres. Sein Vater Herman kam 1947 aus französischer Kriegsgefangenschaft zurück und heiratete 1948 Adelheid, geb. Lipowski.

Christiane Rinser-Schrut

Werner Gitt: „Das Johannes-Evangelium und ausgewählte Psalmen opp Ostpreußisch“

Lichtzeichen Verlag GmbH, 2021, gebunden, 114 Seiten, 5,90 Euro

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 9x9 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile...

Diagonalrätsel

6x6 grid for a diagonal puzzle with numbers 1-6.

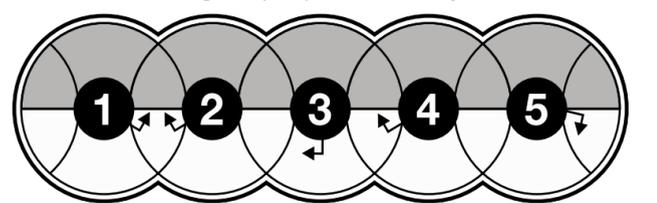
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben...

- 1 straff, gespannt
2 bunt
3 Titel
4 Rohstoff
5 Kürbisgewächs
6 Schiffsgeländer

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben...

- 1 aufgeschichteter Haufen, 2 Raumtonverfahren, 3 alkoholisches Getränk, 4 österreichischer Komponist (Nico), 5 Vulkanöffnung



Deutschunterricht

„Wir müssen laut sein!“

Warschau setzt Verordnungen um, die gegen den Deutschunterricht als Minderheitensprache zielen

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, fordert eine Korrektur der die Deutsche Minderheit diskriminierenden Verordnung. Hintergrund ist (Siehe S. 4) die Kürzung der Förderung des Deutschunterrichts als Minderheitensprache in der Republik Polen um zunächst zwei Drittel und dann vollständig: „Die Bundesregierung ist überrascht worden von dieser Entscheidung des polnischen Bildungsministeriums. Sie stellt nach meiner Überzeugung eine bedauerliche und offene Diskriminierung der deutschen Minderheit dar. Die zur Begründung dieser Diskriminierung von der polnischen Regierung angeführten Annahmen sind völlig unzutreffend und wären darüber hinaus auch nicht geeignet, derartige Restriktionen mit einer für kommende Generationen sehr nachteiligen Wirkung für eigene Staatsbürger zu beschließen. Der Vorwurf der polnischen Regierung einer vermeintlich fehlenden Unterstützung der Bundesrepublik für Polnischunterricht an deutschen Schulen ist völlig unzutreffend.“

Der Bundesbeauftragte informierte weiter: „Die Zahl der Polnisch-Lernenden an deutschen Schulen hat sich seit 1991 um das 13-fache erhöht und seit 2005 noch einmal fast verdreifacht. Alleine

14.246 Oberschüler, die Polnisch als Herkunftssprache lernen, profitierten 2020 von deutschen Bildungsausgaben in Höhe von 202,3 Millionen Euro, die in den Bildungssystemen der Länder vom deutschen Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden. Zudem stärkt das 2020 gegründete Kompetenz- und Koordinierungszentrum für Polnisch in St. Mariental den Polnisch-Unterricht in Deutschland. Auch das Deutsche Polen-Institut leistet wichtige Arbeit und wird von öffentlichen deutschen Stellen unterstützt. Es gibt herausragende Modellprojekte in den Grenzregionen und seit 2013 eine Strategie der Kultusministerkonferenz zur Förderung von Polnisch als Herkunftssprache. Die Geschäftsstelle der Polonia wurde zuletzt mit 85.000 Euro jährlich aus Mitteln des Bundesinnenministeriums unterstützt. „Es sei daher wichtig, dass diese Fakten Eingang in die weiteren Beratungen finden und Polen die Diskriminierung stoppe, so Fabritius. „Diese Fakten zeigen, wie breit die polnische Gemeinschaft in Deutschland finanziell und ideell unterstützt wird. ... Ich hoffe daher, dass durch ein Wiederaufgreifen bilateraler Gespräche die bestehenden Missverständnisse ausgeräumt und die diskriminierenden Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit zurückgenommen werden.“ Bereits am 22. Februar wird der Bundesbeauftragte zu weiteren

Gesprächen mit der polnischen Regierung nach Warschau reisen.

Was kann man tun? So fragte die PAZ den Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, Damian Wierzchowski, der selbst Deutschlehrer ist. „Wir müssen laut sein! Mit großem Druck kann sich noch etwas ändern“, war seine Antwort, die er weiter ergänzte: „Den Menschen in der Republik Polen muss klar sein, dass es hier eine Deutsche Minderheit gibt, in Deutschland gibt es aber keine polnische Minderheit. Den Menschen muss bewusst werden, dass die Minderheiten unter Schutz stehen, dass in der polnischen Verfassung ganz klar dieser Schutz enthalten ist, dass die Republik Polen als Vertragspartner der Europäischen Charta der Minderheiten- oder Regionalsprachen sich verpflichtet hat, Deutsch als Minderheitensprache zu fördern.“

Wierzchowski hat den Eindruck, dass ein rasches Agieren seitens des Bildungsministeriums geschehe, um Reaktionen keine Zeit zu lassen, um Transparenz zu verhindern. Er befürchtet, dass Schulen, die erst einmal geschlossen sind, weil sie sich nicht mehr finanzieren können, nicht wieder reaktiviert werden. Schülern werde nicht nur ein weiterer Schulweg zugemutet, viele Lehrer würden auch arbeitslos.

Tatsächlich geht das Handeln des Bildungsministers Przemysław

Czarneks noch viel weiter. Bereits im Oktober 2021 titelte die „Süd-deutsche Zeitung“ „Przemysław Czarnek will Frauen das Studium erschweren und hält LGBT für ähnlich gefährlich wie den Nationalsozialismus. Er soll den ‚Kampf um die polnische Seele‘ in die Universitäten tragen.“ Die „Deutsche Welle“ berichtete im Januar 2022 von der verstärkten ideologischen Überwachung der Schulen: „Das Parlament in Warschau verabschiedete am vergangenen Donnerstag (13.01.2022) eine Gesetzesnovelle, die die Kompetenzen der zentralen staatlichen Schulaufsichtsbehörde auf Kosten der lokalen Selbstverwaltung stärkt. Schulleitern, die Anweisungen aus der Zentrale nicht umsetzen, droht nach nur einer einzigen Abmahnung die sofortige Entlassung. Erweitert wurden auch die Kontrollmöglichkeiten des Bildungsministeriums über private Schulen und andere Bildungseinrichtungen.“

Die Deutsche Minderheit scheint nur ein Dorn von vielen im Auge des Bildungsministers zu sein, der herausgezogen und vernichtet wird. In Anbetracht der Lage hofft Henryk Hoch vom Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, wie er der PAZ gegenüber äußerte, auf eine neue Regierung. Die nächste Parlamentswahl wird aber erst nächstes Jahr stattfinden. GRS

Ostpreußisches Landesmuseum

Die Evangelische Kirche in Masuren nach 1945, Vortrag von Paweł Hause, Bischof der Diözese Masuren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, Mittwoch, 9. März, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro, Veranstalter: Verein „Freunde Masurens e.V.“ und das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum.

Die evangelische Kirche spielte in Ostpreußen über Jahrhunderte eine überaus große Rolle. Markgraf Albrecht von Brandenburg, letzter Hochmeister des Deutschen Ordens, löste 1525 den Deutschordensstaat auf und

führte die Reformation ein. Er gründete das Herzogtum Preußen, das erste protestantische Land der Welt. Der Zweite Weltkrieg hat auch das religiöse Leben völlig verändert. Im polnischen Teil, heute Ermland und Masuren, siedelten sich überwiegend Katholiken an. Verbliebene Protestanten wurden der polnischen Evangelisch-Augsburgischen Kirche unterstellt.

Für diese Veranstaltung gelten die 2G-Plus-Regel und die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske. Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-mail: info@ol-ig.de.

ANZEIGE



*Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande
als flöge sie nach Haus*

Joseph von Eichendorff

Wir sind traurig, Dich zu verlieren, erleichtert, Dich erlöst zu wissen und dankbar für die Zeit mit Dir.

Gertrud Schummek

geb. Nowitzki

*15. 7. 1927 † 24. 1. 2022

In unseren Herzen lebst Du weiter

*Marita und Jörg
und alle Angehörigen*

Traueranschrift:

Seyler Bestattungen, 31061 Alfeld, Winde 7

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen



der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,
Fahneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Dittchenbühne

Graue-Erbesen-Schmaus und Graue Erbsen zum Abholen

In diesem Jahr kann das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ endlich wieder zum Grauen Erbsen-Schmaus in den Festsaal des Mehrgenerationenhauses einladen: Am Faschingsdienstag, 1. März, 19 Uhr, ist es so weit: Zu der traditionellen Faschingsmahlzeit gibt es ein Unterhaltungsprogramm mit humorvollen Lesungen und Leierkastenmusik. Preis pro Person inklusive „Extras“: 14 Euro. Es gelten die aktuellen Coronaregelungen.

Schon am Vortag können sich die Fans der Grauen Erbsen an der Dittchenbühne mit ihrem Lieblingsgericht versorgen: Die Küche des Mehrgenerationenhauses bietet am Rosenmontag, 28. Februar, von 13 bis 15 Uhr diese regionale Spezialität zum Abholen, Mitnehmen und häuslichen Genießen an. Preis für die Grauen Erbsen „to go“: 12 Euro pro Portion.

Der Grauen-Erbesen-Schmaus im Festsaal am Dienstag und die Grauen Erbsen zum Mitnehmen am Montag müssen unbedingt bis **spätestens Mittwoch, 23. Februar**, unter Telefon (04121) 89710 bestellt werden.



*Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
der ist nicht tot, der ist nur fern.
Immanuel Kant*



Brigitte Profé

* 26. 8. 1931 † 1. 2. 2022
Königsberg/Ostpreußen Neumünster

Brigitte Profé hat fast drei Jahrzehnte hindurch ihre Ortsgruppe in Neumünster mit sehr viel Engagement und Herzblut geleitet. Sie verstand es nicht nur Mitglieder der LO, sondern auch viele andere Gäste für ihre verschiedenen kulturellen Veranstaltungen zu begeistern. Dabei stand aber auch stets die Vermittlung der ostpreußischen Geschichte im Vordergrund.

Wir werden ihr für immer ein ehrendes Andenken bewahren!

Vorstand

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Edmund Ferner Dieter Wenskat

Hans-Albert Eckloff Heiko Wermke Edwin Falk



*Der Herr ist mein Hirte,
mir wird nichts mangeln.
Psalm 23,1*

In Liebe und Dankbarkeit haben wir Abschied genommen von

Marianne Canditt

geb. Krumm

* 14. Juli 1934 † 8. Januar 2022

Du bleibst uns in liebevoller Erinnerung und wirst überall sein, wo wir sind.

**Bernd Canditt
Christine Zuberbühler
Johannes und Dorit Krumm
Manfred und Monika Krumm
sowie alle Nichten und Neffen**

Kondolenzanschrift:

Lina Törner Bestattungen, Königstraße 76, 32427 Minden, Trauerhaus Canditt

Die Urnenbeisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

TOLKEMIT

Auf Lommenplanken am Sechspfänder

„Seekrieg“ auf dem Frischen Haff 1806/07 – Ostpreußische Schiffer kaperten napoleonische Fahrzeuge

VON WALTHER GROSSE

Von beiden ostpreußischen Häfen ist das Frische Haff das bescheideneren. Als wirtschaftliche Wasserstraße spielte es aber eine wichtige Rolle, und der Gang der Geschichte Ostpreußens hat es von jeher stärker gestreift. An seinen Südufern zogen vor fast 800 Jahren, von der Weichsel kommend, die Ordensritter entlang, ihren Weg durch Burgen und Blockhäuser bezeichnend. Das Schicksal fügte es in unseren Tagen, dass an seinen Ufern der letzte Verteidigungskampf der tapferen Söhne des Landes endete.

Aber nicht davon wollen wir heute erzählen, sondern von einer Episode aus der Zeit vor gut zweihundert Jahren. Wenn man vor Jahrzehnten in Balga, Rosenberg, Leisunnen oder Alt-Passarge mit weißhaarigen Fischern zusammensaß und einige zweistöckige „Landwirtschaftliche“ die Stimmbänder gelockert hatten, dann kam noch so manches aus Großvaters Zeiten ans Tageslicht. Es waren ja harte Tage damals im Winter 1806/07, wiewohl sie auch nicht im Entferntesten mit dem Fürchterlichen vergleichbar sind, das wir selbst bei der Vertreibung aus unserer Heimat erleiden mussten.

Damals sah sich Napoleon zum ersten Mal auf seinen bisherigen Siegeszügen zu seinem Erstaunen durch die blutige Winterschlacht bei Pr. Eylau aufgehalten. Das kleine preußische Restheer, in der Hauptsache aus Ostpreußen bestehend, und seine russischen Verbündeten, lagen lange Monate an der Passarge, den Truppen Napoleons gegenüber. Nur um Danzig rollte ununterbrochen der Donner der Geschütze – sonst herrschte verhältnismäßige Ruhe.

In jenem Winter 1806/07 fror das Frische Haff nicht zu; auf den Flüssen erreichte das Eis nur geringe Stärke. Aber sie genügte, um die Schiffe am Auslaufen zu hindern, die die Franzosen in Frauenburg, Tolkemit und vor allem in Elbing ausrüste-



Halfen mit, Napoleon in Schranken zu halten: Tolkemiter Lommen am Frischen Haff

Foto: Archiv PAZ

ten, um sich die „Seeherrschaft“ auf dem Haff und über die Frische Nehrung zu sichern. Die Nehrung war besonders wichtig, weil von hier aus die Festung Danzig entsetzt werden konnte.

Strategische Bedeutung

Auf preußischer Seite hatte man rechtzeitig erkannt, welche strategische Bedeutung das Frische Haff mit einem Male erlangt hatte. Und so tat der damalige Gouverneur von Königsberg etwas für das damalige Preußen ganz Ungewöhnliches: Er ließ in Pillau aus artilleristisch bewaffneten Handelsschiffen eine kleine Kriegsflotte zusammenstellen. Ohne große Dienstvorschriften, geleitet von ihrem gesunden Menschenverstand und ihrer Vertrautheit mit Haff und See, verstanden

es die alten, ehrlichen Pillauer Schiffskapitäne, ihren Gegner Monate lang in Schranken zu halten. Die taktische Oberleitung hatte ein Obrist von der Infanterie, der mit dem Pillauer Oberfischmeister als marinetechnischem Beirat sein Hauptquartier auf dem schnellsten Lotsenkutter eingerichtet hatte.

Die Flotte selbst bestand aus kleinen, gut segelnden, seetüchtigen Schiffen, Briggs und zum Teil aus Tolkemiter Lommen. Das größte Schiff, die „Ceres“, war in aller Eile mit sechs Geschützen ausgestattet worden und hatte an soldatischer Besatzung drei Unteroffiziere, zwölf Infanteristen und 16 Artilleristen an Bord. Mit ihr segelten die „Favorite“, die „Reform“, die „Flora“, „Pomona“ und eine Reihe kleinerer Schiffe für den Nachrichtendienst. Die-

ses Dienstzweiges nahmen sich im Übrigen die Bewohner aller Fischerdörfer von Haffstrom bis Tolkemit mit Begeisterung an. Alte Leute in der Braunsberger Gegend wussten noch zu berichten von der Haupt-Nachrichtenstelle für die ganze Haffküste auf dem Ruhnenberg-Wachbudenberg in der Nähe der Passarge-Mündung und den damaligen preußischen Vorposten.

Seegefecht vor Frauenburg

Bald wuchs das kleine Geschwader auf 20 Schiffe an und machte von sich reden. Da gemeldet war, dass der Gegner in Elbing sehr eifrig an der Ausrüstung bewaffneter Schiffe arbeitete, so beschloss man, ihm die mittlerweile eisfrei gewordene Elbing-Ausfahrt im Haff zu sperren. Ein alter Boydak, der den schönen Namen

„Orest“ führte, wurde in Pillau schwer mit Steinen beladen und Anfang April von der „Ceres“ an die Elbing-Mündung geschleppt. Hier kam es zu einem regelrechten Gefecht, mit Toten und Verwundeten. Schließlich gelang es doch, den „Orest“ im Fahrwasser zu versenken. Die „Ceres“ blieb gleich an Ort und Stelle liegen, um auch den Verkehr auf kleinen Booten mit der Nehrung zu unterbinden; sie brachte noch manches Fahrzeug auf.

Zu einem weiteren Gefecht kam es Ende April vor Frauenburg. Von hier aus wollten die Franzosen mit zwölf Schiffen, deren jedes mit 20 bis 30 Soldaten besetzt war, die Verbindung mit ihrem Nehrungsposten Kahlberg aufnehmen. Es gab einen harten Kampf, in dem keine Munition gespart wurde, man suchte sich gegenseitig zu rammen und zu entern. Auch dieser Tag endete mit dem Sieg der Haff-Flottille; mehrere feindliche Schiffe wurden zerschossen und die Besatzungen als Gefangene herausgefischt.

Mitte Mai wurde endlich der Versuch gemacht, in letzter Stunde Danzig von der Nehrung aus zu entsetzen. Mühsam quälten sich ein paar Tausend Preußen durch den Sand der Nehrung, die Russen sollten von der See aus eingreifen. Die Haff-Flotte begleitete den Nehrungsmarsch; sie führte Lebensmittel sowie Munition mit und hielt nach Abbruch des Unternehmens mit ihren Haubitzen und Kanonen den Verfolger auf.

Als sich dann in den folgenden Wochen das Kriegsglück endgültig den Franzosen zuneigte, und allmählich alle Stützpunkte an den Küsten verloren gingen, drohte das Haff zu einem Kessel für die kleine Flotte zu werden. Am 18. Juni brachen sie trotz heftigen feindlichen Feuers durch das Pillauer Tief und nahmen ihren Kurs auf Memel, wo man sie freudig begrüßte. So endete diese Episode, die zwar keinen Krieg entschied, aber doch ein kleines Ruhmesblatt bildet in der Geschichte unseres Frischen Haffs.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eine „Umsiedlung“, die „unangenehm“ war

Oppeln feiert das Jubiläum seines Bistums und relativiert die Geschichte – Vertreibung der Deutschen wird verharmlost

Im Jahr 2022 feiern vier Bistümer in Ostdeutschland ihr 50. Gründungsjubiläum. Es sind dies die Diözesen Grünberg-Landsberg an der Warthe (diecezja zielonogórsko-gorzowska), Stettin-Cammin (diecezja szczecińsko-kamieńska), Köslin-Kolberg (diecezja koszalińsko-kołobrzeska) und Oppeln (diecezja opolska).

Bevor diese nur drei Monate nach Kriegsende vom polnischen Primas August Kardinal Hlond als Apostolische Administraturen geschaffen wurden, waren diese Teil des deutschen Erzbistums Breslau, der Diözesen Berlin, Ermland [Warmia], Danzig [Gdańsk] und der unabhängigen Prälatur Schneidemühl [pralatura pilska]; Teile ihrer Gebiete gehörten auch zu den Diözesen Prag (Praha), Olmütz [Olomouc] und Bautzen.

Das neue Oppelner Kirchengebiet umfasste den oberschlesischen Teil des Erzbistums Breslau und das Generalvikariat Branitz des Erzbistums Olmütz. Doch erst durch Papst Paul VI. und seine Apostolische Konstitution „Episcoporum Poloniae coetus“ wurde am 28. Juni 1972 aus der Apostolischen Administration Oppeln das Bistum Oppeln gegründet. Eine weitere Neuordnung der polni-

schen Kirchenstruktur ordnete Papst Johannes Paul II. am 25. März 1992 an. Damit musste das Oppelner Bistum Teile seines Territoriums an die neuen Diözesen Gleiwitz [Gliwice] und Kalisch [Kalisz] abtreten. Das Bistum Oppeln gehörte von nun an nicht mehr dem Erzbistum Breslau an, sondern Kattowitz [Katowice].

Vier Bistümer feiern ihr 50. Gründungsjubiläum

Am Gründonnerstag, dem 14. April, beginnen die Jubiläumsfeierlichkeiten in der Oppelner Heilig-Kreuz-Kathedrale. Die Männer-Wallfahrt zum Sankt Anna-berg am 21. Juni und ein Jubiläumsgottesdienst am 28. Juni in der Oppelner Kathedrale werden vom Bistum als wichtigste Festivitäten des Jubiläumjahres eingestuft. Am 11. Oktober wird in Oppeln die Polnische Konferenz des Episkopats an einer Messe in der Heilig-Kreuz-Kathedrale teilnehmen.

Seit dem 13. Februar wird den Gläubigen vor Beginn der Sonntagsgottesdienste in allen Orten der Diözese ein Geschichtsabriss vom Altar vorgetragen. Im ersten Teil der Reihe hieß es am 13., dass die Gründung des Bistums Oppeln infol-



Sitz des Bistums Oppeln: Heilig-Kreuz-Kathedrale

Foto: Wagner

ge des sogenannten „Wunders an der Weichsel“ – also der entscheidenden

Schlacht gegen die Bolschewisten vom 13. bis 15. August 1920 bei Warschau – so-

wie folgend des Zweiten Weltkrieges – erfolgte. Schon die Koppelung eines Gründungsaktes von 1945 an 1920 ist recht abenteuerlich. Doch auch die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg werden hier ordentlich gebogen oder anders gesagt: verharmlost. Diese „turbulenten“ Nachkriegsjahre hätten zu „unangenehmen“ Folgen wie Hunger, Kriegszerstörungen, Grenzverschiebungen und die Umsiedlung tausender Menschen“ geführt.

Hingegen wird die folgende Bedrängnis der Kirche seitens der Kommunisten als „Zeit des großen Hasses gegenüber der Kirche“ in dramatische Worte gehüllt. Hier wird nun die „Überwachung der Geistlichen“ beklagt, die Verdrängung von Priestern aus ihren Gemeinden als „Vertreibung“ charakterisiert und von „Internierungen der Ordensleute in Arbeitslagern in den Jahren 1945 bis 1956“ gesprochen.

Dabei sollte die Einführungsreihe in die Geschichte des Bistums, zum Entstehen einer offenen und dienlichen Glaubensgemeinschaft“ beitragen, wie das Bistum selbst bekundet. Die Präambel des historischen Gedenkens fällt damit wieder in alte Muster zurück.

Chris W. Wagner

HISTORIE

Der Alte Krug – Ursprung des Ostseebades Misdroy

Eine weitere Perle in der Kette der pommerschen Seebäder – wieder fast so beliebt wie einst

VON ERWIN ROSENTHAL

Misdroy wurde Mitte des 16. Jahrhunderts erstmals urkundlich erwähnt. In dem kleinen Wolliner Dorf lebten die Bauern Schmedt und Tepelke sowie der Krüger Bolz mit ihren Familien. Sie waren dem Pommernherzog Untertan. Unweit des Dorfes befand sich der „Alte Krug“, der sich im Besitz der Dompropstei Cammin befand. Dem Camminer Propst unterstanden: Der Dorfschulze Hans Rossow, Görges Schröder, Hanns Moller, Jacob Moller, Görg Schwetes und Peter Schwantes.



Das Gemälde des Inselmalers Martin Gscheidel aus dem Jahre 1886 zeigt den „Alten Krug“

Im Krug, auf halbem Wege zwischen den pommerschen Städten Wolgast und Cammin gelegen, konnten Reisende ihre Pferde ausspannen und übernachten. Der Strand diente als Straße, die Swine und die Peene überquerten sie mit der Fähre. Um den Krug rankten sich gruselige Geschichten von verschollenen begüterten Logiergästen und im Wald gefundenen gebleichten Gebeinen. Wilhelm Hauff hätte also das Wirtshaus seiner Novelle

nicht unbedingt im Spessart ansiedeln müssen. Ein Gemälde des Wolliner Inselmalers Martin Gscheidel aus dem Jahre 1886 zeigt den „Alten Krug“, der zweimal vom Dünenstrand begraben und zweimal weiter landeinwärts neu errichtet wurde. Ende des 19. Jahrhunderts hatte das Gebäude endgültig ausgedient.

In einem im Krug verfassten Reisebericht aus dem Jahre 1795 charakterisiert der bekannte Berliner Propst Johann Friedrich Zöllner Misdroy als ein sehr kleines Dörfchen dicht am Rande der Ostsee. Und er berichtet von Meer und Wald, von gefährlichen Dünen, einem großen Wildbestand, der unberechenbaren Ostsee mit gestrandeten Schiffen, von Bernsteinfunden und vom Fischräuchern.

Der nahe der „lieben Seele“ gelegene Krug – heute würde er sich im Ort Misdroy befinden – kann als Ursprung Misdroys angesehen werden. Die Ortsbezeichnung Liebeseele steht für die früher vom Wasser des Lipa-Sees überflutete Niederung zwischen Pritter und Misdroy.

Als in den 1820er Jahren die in Sichtweite liegenden Orte Swinemünde und Heringsdorf schon gut besuchte Ostseebäder waren, befand sich Misdroy noch im Dornröschenschlaf. Man hatte sich Zeit gelassen mit der Einführung des Badebetriebes.

Erste Gäste kamen von Usedom

Die ersten Gäste kamen recht unerwartet. Sie kamen von den Usedomer Bädern und wurden angelockt von den im Osten unmittelbar über dem Strand steil aufragenden weißen Höhen mit ihren „blauen Wäldern“. Eben dieses Kliff hatte Lyonel Feininger zu seinem Aquarell „Dampfer nach Misdroy“ inspiriert. Aber auch der schöne, recht breite und kilometerlange Sand-



Der Berliner Rentier Arnold Lejeune, ein geborener Belgier, hatte um 1857 auf seinem sehr großen Grundstück eine Villa im italienischen Stil errichtet: das sogenannte Lejeunsche Schloss. Hier verlebte im Jahre 1867 Preußens Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich III., einen mehrwöchigen Urlaub. 1887 erwarb die Gemeinde Misdroy das Gebäude und nutzte es forthin als Kurhaus. Die Abbildung von 1905 zeigt auch das 1903 aufgestellte, vom Bildhauer Georg Felix Pfeifer aus Leipzig geschaffene Kaiser-Friedrich-Denkmal. Heutzutage wird die Villa als Kulturhaus genutzt

strand, herrliche ausgedehnte Buchenwälder sowie der sagemuwobene Jordansee, den Theodor Fontane den vielleicht schönsten See dieser Art im nördlichen Deutschland nannte, machten den Reiz des Ortes aus.

Da es anfangs weder Pensionen noch Hotels gab, überließen die Bewohner, motiviert durch die Aussicht auf ein paar zusätzliche Silbergroschen, ihre Häuser in den Sommermonaten den Gästen und schlofen auf dem Heuboden. Das freie Baden kam selbstverständlich im gesitteten, ja pruden Preußen nicht in Betracht. Es wurde erst ein Jahrhundert später er-

laubt. Man errichtete also notgedrungen ein Damenbad und in der angemessenen Entfernung von 400 Metern ein Bad für die Herren.

Als die Zahl der Gäste zunahm, konnten die wenig komfortablen Häuser der Einwohner den Ansprüchen nicht mehr genügen. Im Jahre 1842 ließ daher der Bürgermeister Pust ein Gesellschaftshaus mit 16 Gästezimmern erbauen. Seinem Beispiel folgten weitere Investoren aus Stettin und Berlin und schließlich auch aus Misdroy selbst. Zu den ältesten der in den 1850er und 1860er Jahren am Strand erbauten Häuser gehörte die Kaiserhalle

mit dem Warmbad. Eigentümer war der erste Misdroyer Badearzt, Sanitätsrat Dr. Oswald aus Berlin. Unmittelbar westlich davon hatte Arnold Lejeune um 1857 seine Villa errichtet. Etwa zur gleichen Zeit entstanden das „Strandhotel“, das Haus „Seeblick“ sowie weitere am Fuße der Königshöhe (Bergstraße), in der Stettiner Straße und am Freundschaftsberg erbaute „Berliner Häuser“. Fast alle Gebäude boten einen Blick aufs Meer.

Seit 1835 Seebad

Die westliche Promenade dominierten die im Stile der Bäderarchitektur erbauten Häuser „Seeblick“ und „Seestern“, die Villen „Waterkant“ und „Rudnow“, das Haus der Familie Frank, das Haus „Meereswarte“, das Haus „Randow“ und die Villa „Sedina“ (auch „Undine“). Ihre Kirche errichteten die Misdroyer im Jahre 1862 auf der Königshöhe. König Friedrich Wilhelm IV., nach dessen Ideen die Baupläne des Gotteshauses entstanden waren, steuerte aus seiner Schatulle zwei Drittel der Baukosten und die Kosten für den Turmbau bei. Das Dorf Misdroy war bis zu diesem Zeitpunkt nach Lebbin und der „Alte Krug“ nach Pritter eingepfarrt gewesen.

Wenige Jahrzehnte später war Misdroy (seit 1835 Seebad) zu einem ernsthaften Konkurrenten der Usedomer Bäder geworden. Im Jahre 1874 hatte Misdroy gar Swinemünde und Heringsdorf – nimmt man die Gästezahl als Maßstab – hinter sich gelassen. Und das mondäne Ostseebad strahlte auch nach Schleswig-Holstein aus: Die heutige Patingemeinde von Misdroy [Międzyzdroje], Timmendorfer Strand, seit 1880 Ostseebad, hatte im Jahre 1930 die Badeordnung Misdroys übernommen.

ERINNERUNGEN

Damals, als die Winter noch weiß waren

Das Stettiner Umland war das wahre Winterparadies

Um die Natur und das Klima hat man sich damals keine Sorgen gemacht. Im Sommer gab es oft hitzefrei in der Schule, der Winter brachte immer genug Schnee zum Rodeln und Skiläufen, festgefrorene Seen zum Schlittschuhlaufen und wunderschöne Eiszapfen, die an den Türen und Fenstern hingen. So manches Kind brach sich einen Eiszapfen zum Lutschen ab. Am Morgen hatte der Frost Eisblumen auf die Fensterscheiben gezaubert. Das forderte geradezu auf, ein Loch zum Herausgucken in die Scheibe zu hauchen.

Es soll von Winterfreuden besonders aus dem Großraum Stettin, Wald-Dievenow an der Ostsee und um Karnkewitz in Hinterpommern berichtet werden. Für die Stettiner waren der Eckerberger Wald und ein Abhang mit Buckel am Glambecksee die Rodelparadiese. Dieser See fror meistens nur am Rand zu. Die Buchheide wurde von den Städtern häufig zum Skiwandern aufgesucht. Wenn es der Zufall wollte, ließen sich die Skiläufer gern von den vom Einkauf heimkehrenden Bauern im Pferdeschlitten von der Försterei Hökendorf bis zur Kreuzung Kolow-Binow-Podejuch mitnehmen oder hochziehen.

Auch für die Stettin-Hökendorfer war die Buchheide und besonders der Kuhberg, eine Koppel des Dohrnischen Gutes hinter der Mittelmühle das Ziel für Winterbegeisterte. Zum Schlittschuhlaufen lud die Wendtsche Kiesgrube Anfänger



Winter in Hinterpommern, Gemälde von Heinrich Eugen von Zitzewitz

auf ihrem See ein. Der Rötppfuhl dagegen zeigte schon Paarläufer und Pirouetten drehende Schlittschuhläufer. Mindestens einmal im Jahr zog eine Rodelschlittenskette durch diesen Ort an der Buchheide. Ein Pferdeschlitten des Gutes Dohrn oder eines Bauern beförderte die Rodler vom Denkmal bis zum Buchheiderand.

Hinterpommern hat Heinrich Eugen von Zitzewitz treffend gemalt. Auf seinem Bild fallen Schneeflocken auf einen Bauernhof, auf dem ein Pferdeschlitten vor dem Bauernhaus einfährt und ein Schneemann fröhlich seine Karottennase zeigt.

Der heimkehrende Bauer wird von seinem Hund laut bellend begrüßt. Dieses Bild hängt in unserem Wohnzimmer.

Im Winter fanden bis Mitte des Krieges auch Jagden in Hinterpommern statt. Dabei sollen die Schneeballschlachten nicht unerwähnt bleiben, die oft nach der Schule auf dem Heimweg stattfanden. Schnellballwerfen war auf dem Schulhof verboten.

Eine Woche vor Fastnacht rüsteten die Mädchen und Jungen etwa bis zwölf Jahren zur jährlichen Hamstertour. Die Mädchen wandten viel Zeit für ihre Ver-

kleidung auf, um ja nicht erkannt zu werden. Die Jungen dagegen zogen sorgloser mit einem Beutel für die Gaben durchs Dorf. Mit den allbekanntesten Versen erbaten sie sich eine süße oder schmackhafte Gabe.

Winterereignisse

Der Winter 1928/1929 war extrem kalt. Von diesem Winter wurde oft von der damaligen Elterngeneration den Kindern berichtet. Schon zu Beginn der zweiten Neujahrswoche 1929 zeigte das Thermometer elf Grad Kälte, am 3. Februar 21 Grad und am 10. Februar 25 Grad minus. Und diese Kälte hielt an. Die Ostsee hatte schon so manchen Kälteeinbruch erlebt, dieser aber schlug alle Rekorde.

Im September 1933 war der Stapellauf des Eisbrechers „Stettin“. Er wurde zum Flaggschiff der Stettiner Eisbrecher-Flotte, deren Aufgabe es war, die Fahrinne auf der Oder zwischen Stettin und der Ostsee vom Eis zu befreien, es aufzubrechen. Sie nahmen auch größere Schiffe in Schlepp. Im März 1945 brachte der Eisbrecher „Stettin“ 500 Flüchtlinge nach Kiel und hatte noch ein manövrierfähiges Schiff mit Flüchtlingen zu ziehen. Der Eisbrecher „Stettin“ hat heute seinen Liegeplatz im Museumshafen in Hamburg-Övelgönne und unternimmt im Sommer Fahrten (www.dampf-eisbrecher-stettin.de).

Im Winter 1939 fuhren wir mit dem Auto nach Wald-Dievenow an der Ostsee,

um die gefrorenen Eiswellen am Strand zu bewundern und zu beklettern. Der zweite Weltkrieg beengte mehr und mehr unser Leben, führte zur Verknappung von Lebensmitteln, Kleidung und auch Heizmaterial. Im Winter 1941 hatten wir wegen des Kohlemangels Kohleferien.

Zum Winter 1942 wurden die Skier für die Wehrmacht eingesammelt. Im Januar 1945 wurde die Bevölkerung von Hökendorf, es waren hauptsächlich Frauen, Mädchen und Jungen, die nicht als Luftwaffenhelfer im Einsatz waren, zum Panzergraben-Schuppen eingesetzt. Pioniere der Wehrmacht mussten den gefrorenen Boden aufsprengen.

Die Konfirmation in Hökendorf wurde auf den 18. Februar 1945 vorverlegt. Es war die letzte, große Feier in der Dorfkirche. Zu dieser Zeit zogen Trecks aus Hinterpommern und Ostpreußen durch den Ort. Die Autobahn bei Hökendorf war zur Rollbahn fürs Militär geworden.

Den letzten Winter 1945/46 in Pommern verlebte ein Teil meiner Familie in Greifswald. Meine Brüder entdeckten den Schalteraum der dortigen Hauptpost als wärmsten Raum und hielten sich dort am Nachmittags auf. Wir lernten die Härte des Winters kennen, denn das Heizmaterial war knapp und elektrischen Strom gab es nur stundenweise.

Alles ist Geschichte, doch was bleibt ist die Erinnerung an „richtige Winter“ in der Heimat. *Brigitte Kleszczewsky*

„Wo sind wir nur hingekommen?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich möchte noch kurz danke sagen für den wieder so brillant ausformulierten Wochenrückblick ‚Auflösungserscheinungen‘. Wie wahr!“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Wochenrückblick:
Auflösungserscheinungen (Nr. 4)



Ausgabe Nr. 5

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MARODES DEUTSCHLAND ZU: OMIKRON ZWINGT BEHÖRDEN IN DIE KNIE (NR. 4)

Ich bin jeden Freitag glücklich, ein wenig Wahrheit über unser marodes Deutschland zu lesen.

Ich wohne in einer kleinen Stadt mit knapp 16.000 Einwohnern. Jeden Montag treffen sich zirka 1000 bis 1200 Menschen auf dem Markt und gehen miteinander eine große Runde in der City spazieren, tauschen Gedanken aus und hoffen, dass sich bald mal etwas bewegt, damit auch wir wieder unbehelligt am Leben teilnehmen können. Kleine Geschäfte gibt es bald gar nicht mehr. Ein paar Polizisten stehen am Rande dieses friedlichen Geschehens. Es passiert aber nichts, um die sinnlosen Corona-Maßnahmen abzuschaffen, die ja bisher in keiner Weise etwas Positives gebracht haben – außer viele Geschäftsaufgaben.

Bald werden die Gesundheitseinrichtungen und Pflegeheime ihre treuen Mitarbeiter rauswerfen müssen. Für Menschen, die ihr leibliches Wohl unangetastet wissen wollen, wird eine Impfpflicht erfunden, die wohl das Geld eintreiben soll, das die unfähige Bundesregierung für Wiedergutmachung an anderer Stelle benötigt. Wo sind wir nur hingekommen?

Stefanie Riedl, Eilenburg

UNKLARE SELBSTBESTIMMUNG ZU: KRIEG IM OSTEN? (NR. 4)

1918 brachte der damalige US-Präsident Woodrow Wilson das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ als Friedensinstrument ins Spiel. Ist es heute denkbar, vorstellbar und auch praktikabel, gemäß diesem Selbstbestimmungsrecht die Völkerschaften der Ukraine über ihre staatliche Zugehörigkeit selber entscheiden zu lassen?

Der Osten des Landes (ab etwa Kursk) empfindet sicher anders als die Regionen um Lemberg und Kiew. Zugleich ist nicht von der Hand zu weisen, dass Russland seit dem Jahr 988 (Christianisierung der

Kiewer Lawra) zur Ukraine „als Bruderland“ eine andere Beziehung hat als der hochtechnologisierte und ökonomisierte Westen. Russen erlebten die Mongolen, die Polen, die Schweden, die Franzosen und die Deutschen als Eindringlinge. Sie lieben ihr Vaterland zugleich fast wie eine Mutter.

Erich Weichel, Ibbenbüren

UNECHTE KROKODILSTRÄNEN ZU: EIN GEFÄHRLICHES SPIEL AM RANDE DES ABGRUNDS (NR. 3)

Sie werten die Vorgänge an der ukrainisch-russischen Grenze durchaus richtig. Spannender noch wäre ein umfassender Vergleich mit dem Verhalten der „westlichen Gemeinschaft“ einschließlich der USA und Deutschland in anderen Gebietsfragen. So weiß kaum ein Träger von Bedenken wider Russland, dass die Ukraine ein eben nur „am Rand“ des Russischen Reiches gelegener Landstrich war – verwaltet durch zehn Bezirksämter –, bis das Deutsche Reich diesen am 3. März 1918 mit dem Diktat von Brest-Litowsk gegen den Protest der Friedensverhandler Russlands aus ihm herausriss und zum Staat „Ukraine“ erklärte.

Durch einen schmalen k. u. k.-Landstreifen ergänzt, wurde später daraus ein nachgeordnet behandeltes UdSSR-Teil und 1991 der heutige Staat. So spräche mithin für die Russen (auch die in der Ukraine), dass herrschende Rechtsmeinung eine erzwungene Unterschrift als schlicht unwirksam ansieht.

Die Krim war uneingeschränkt russisch, bis 1954 Parteichef Chruschtschow über sie der Ukrainischen SSR rechtswidrig die Aufsicht übertrug. Denn er war ohne Staatsamt, daher unzuständig, hatte keine vorherige Zustimmung der russischen und Krim-Volkvertretung oder der dortigen Bevölkerung und missachtete den Protest von Krim-Politikern sowie die russische Verfassung.

Solche Willkür ist nach anerkannten Rechtsmaßstäben nichtig. Schon von daher kann von russischer „Annexion“ der Krim keine Rede sein. Eine Reihe weiterer

Vorgänge nach 1990 (wie etwa eine freie Abstimmung der Krim-Bevölkerung) und ethnische Verhältnisse stehen dem noch zur Seite.

Krass erscheint auch, dass Politiker ständig die Krim-Rückgabe fordern, dabei aber von einer solchen der deutschen Ostgebiete angestrengt wegsehen. Insofern sei der gut recherchierte Beitrag Eva Hermans (PAZ Nr. 17/ von 2017) gewürdigt. Ihre Erkenntnis, die UdSSR habe von 1952 bis 1990 viermal die Rückgabe des deutschen Ostens in den Grenzen von 1937 angeboten und dann nochmal Russland die Nord-Ostpreußen, erscheint stark verbreitungswürdig. Dass demnach Kohl und Genscher das 1990 mit Polen abgestimmte Rückgabeangebot hintertrieben, offenbart auch deren rechtlich bedenkliches Amtsverständnis.

Hinzu kommt, dass, nachdem der sowjetische Außenminister Eduard Schevardnadse im Jahr 1987 den SED-Leuten eine Vereinigung West- und Mitteldeutschlands angekündigt hatte, westdeutsche Spitzenpolitiker diese noch drei Jahre als abwegig ansahen. Die Krokodilstränenflut unter der Atlantikbrücke zeigt den Sachverhalt, dass die USA ihre Annexionen hüten, so wie sie etwa die Deutschland geraubten Nördlichen Marianen bis heute dem Nachbarn Mikronesien vorzuenthalten. Hans Lindenmeyer, Heidenheim

EIN UNNÖTIGES GESETZ ZU: EIN NEUER LASTENAUSGLEICH FÜR DIE OPFER DER CORONA- POLITIK? (NR. 2)

Was bedeutet „Eigentum verpflichtet“? Soll sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen? Eigentum soll so genutzt werden, dass es allen nützt. Wer ein Unternehmen besitzt, soll Menschen Arbeitsplätze anbieten und angemessen bezahlen. Oder wer viele Häuser hat, der soll Wohnungen vermieten, und wer Geld hat, der muss auch Steuern zahlen. Mit diesen Steuergeldern kann der Staat für alle Menschen etwas machen. Aber gilt das wirklich für alle?

Gilt der Eingangssatz auch für den Staat? Was ist mit den Menschen, die nach Deutschland gekommen sind und hier (gut) leben, aber nicht arbeiten wollen und somit auch nicht daran denken, etwas für die Allgemeinheit zu tun. Denen der Begriff der „Allgemeinheit“ fremd ist? Da heißt es weiter im Artikel 14 des Grundgesetzes: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“

Hat der Bürger wirklich eine Chance, dass erfolgreich geprüft wird, ob die Enteignung eines Grundstücks etwa für den Bau einer Straße das Wohl der Allgemeinheit betrifft oder ob der Staat sich lediglich des einfachsten Weges bedient? Kann Eigentümer eines ganz normalen Grundstücks mit Haus auch das Schwert der Enteignung treffen, weil der Staat meint, darauf ein Haus für die Gäste bauen zu müssen? Fällt auch das unter „Wohl der Allgemeinheit“?

Das Vertrauen in den Staat ist mit der vollständigen Einführung des „Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts“ zum 1. Januar 2024 nicht gestiegen. Ich glaube auch nicht, dass solch eine Regelung die Menschen, die das Grundgesetz geschaffen haben, wirklich wollten. Man benutzt Corona und Co. für ein neues, nicht notwendiges Gesetz.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

EROBERUNG AUF SCHIENEN ZU: AUF DER SUCHE NACH EINEM VERLORENEN ORT (NR. 5)

Vielen Dank für Ihren Artikel über schwierige vergangene Zeiten. Als Eisenbahnfan mit der damit verbundenen Geschichte habe ich in meinem „Archiv“ das Buch „Der Weltkrieg 1914–1918“ über den militärischen Einsatz der Feldbahnen gefunden. In dem Vorwort wird wie folgt geschrieben: „Nur bei voller Ausnutzung der Schienenwege ... ist die Heeresleitung befähigt, die ungeheuren Räume des Weltkrieges zu beherrschen und den Anforderungen des Mehrfrontenkrieges zu entsprechen.“ Da läuft es noch heute kalt den Rücken runter. Volker Borchert Berlin

ANZEIGE

PLANDEMIC

100 % zensiert. 0 % widerlegt.

■ Mehr als eine Milliarde Menschen aus aller Welt haben den ersten Teil von **PLANDEMIC** gesehen. Die 26 Minuten lange Dokumentation mit der angesehenen Virologin Dr. Judy Mikovits stellte damit einen historischen Rekord auf. Auch der Weltpremiere von **PLANDEMIC 2** (auch bekannt als **PLANDEMIC: Indoctrination**) mit Dr. David Martin, einem Experten für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, gelang mit 2 Millionen Zuschauern ein Weltrekord für einen Livestream.

Die meistgesehene und gleichzeitig am häufigsten zensierte Dokumentation der Geschichte!

Die wahren Hintergründe jetzt enthüllt!

Rasch erklärten die Kritiker, die zweiteilige Serie sei widerlegt. Gleichzeitig beeilten sich die Torwächter der politischen Korrektheit mit beispiellosen Zensurmaßnahmen die »gefährliche Verschwörungstheorie« von den Bildschirmen verschwinden zu lassen.

Dieses Buch ist die Antwort darauf. Denn anders als Videos können Bücher nicht gelöscht werden!

Als Dr. Mikovits die vermeintlich gewagte Behauptung aufstellte, Covid-19 sei im Labor manipuliert worden, wurde sie als »verrückt« verspottet. Als Dr. Martin mit-

hilfe von Patenten und Dokumenten aufdeckte, dass Dr. Fauci gefährliche »Gain-of-Function«-Forschung in den Labors von Wuhan finanziert, lachten die Kritiker nur.

Inzwischen ist ihnen das Lachen vergangen. Glaubwürdige wissenschaftliche Untersuchungen haben jede einzelne zentrale Behauptung, die in den **PLANDEMIC**-Filmen aufgestellt wurde, als zutreffend bestätigt. **PLANDEMIC** gilt nun als eine der ersten und wichtigsten Warnungen vor dem Vorhaben, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger durch medizinische Tyrannei einzuschränken.

Aus erster Hand erleben Sie eine Unterwelt der Verderbtheit, der Lügen und der dunklen Geheimnisse.

Angst ist das Virus | Wahrheit ist die Heilung

KOPP

Mikki Willis (Hrsg. und Co-Autor): **Plandemic** • gebunden • 224 Seiten • Best.-Nr. 985 500 • 16,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

DENKMALSCHUTZ

Bröckelndes Fachwerk-Juwel

Die 600 Jahre alte Dorfkirche von Altwustrow ist ein Schmuckstück in der Region, aber auch ein andauernder Sanierungsfall

VON MARTIN STOLZENAU

Kirchen galten über Jahrhunderte in Dörfern und Städten als Mittelpunkte des sozialen Lebens. Sie offenbaren bis heute vielgestaltige architektonische und künstlerische Leistungen. Doch die Instandhaltung wurde vielerorts in den letzten Jahrzehnten arg vernachlässigt.

So sind eine Menge Sakralbauten, die als Kulturdenkmäler von regionaler oder nationaler Bedeutung gelten, inzwischen baulich stark gefährdet. Allein in Berlin und Brandenburg sind 600 von etwas über 2100 Gotteshäusern vom Verfall bedroht. Um etwas dagegensetzen, hat die Deutsche Stiftung Denkmalpflege (DSD) bereits 2004 die Aktion „Rettet unsere Kirchen!“ gestartet, die seitdem zu Spenden aufruft und damit die Denkmalpflege deutschlandweit befördert.

Zu den Objekten, die zuletzt davon profitierten, gehört auch die mit einer Fachwerkfassade errichtete Dorfkirche in Altwustrow. Das Dorf liegt auf einem Horst im Oderbruch elf Kilometer östlich von Bad Freienwalde, wurde 1421 erstmals in einer Urkunde schriftlich erwähnt und entwickelte sich über die Jahrhunderte als Platzdorf.

Heute gehört Altwustrow als Ortsteil zu Wustrow, das wiederum ein Teil der neuen amtsangehörigen Gemeinde Oder- und Märkisch-Oderland ist. Allein die Kirche besitzt im Inneren eine Besonderheit, die ihr die Beachtung der Kunsthistoriker, der DSD und vieler Besucher aus Nah und Fern beschert.

Ein Lehen des Kurfürsten

Altwustrow gehörte wohl zu den Gründungen eines Benedikt Boytel, der sein Lehen an Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg kurz vor dessen Tod zurückgab. Danach wechselten über Jahrhunderte die



Schlichter Bauernbarock: Ein Taufengel hängt am Altar von der bemalten Papierdecke in Fachwerkkirche von Altwustrow Foto: pa

Besitzer mit unterschiedlichen Anteilen des Besitzes. Das reichte von den Brüdern von Krummensee, den Brüdern von Eichendorf und der Adelsfamilie von Barfuß auf Prädikow über David von der Marwitz und seinen Nachfahren bis zu Otto von Schwerin und Paul Anton von Kameke.

Bis 1722 hatte allerdings König Friedrich Wilhelm I. alle Altwustrower Teile zurückerworben. Sie wurden in der Folge vom Amt Alt-Landsberg verwaltet und waren unter Friedrich dem Großen von der Oderregulierung mit der Trockenlegung des Oderbruches betroffen. Danach wohnten hier Fischer und Bauern, ein

Schmied und ein Lehnsschulze. Dazu gesellten sich einige Bauten wie ein erstes Schulhaus, ein Spritzenhaus und später auch eine Windmühle.

Doch das kleine Schulgebäude bedurfte bald der Erneuerung. Deshalb begann ab 1787 ein zähes Ringen der Dorfbewohner um das neue Schulhaus mit einem Beetsaal. Die Königlich-Kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer lehnte die Übernahme der Kosten ab. Doch die Dorfbewohner bauten ohne Genehmigung mit eigenen Mitteln und „zivilem Ungehorsam im Namen des Herrn“ ihr neues Schul- und Gotteshaus. Daraus entwickel-

te sich ein mehrjähriger Streit zwischen den Amtsstuben und dem Dorf, der 1802 mit einem Kompromiss endete. Der Bau wurde Altwustrow zugestanden mit der Auflage, auch für alle weiteren Kosten aufzukommen.

Mit Zeitungspapier überklebt

Der äußerlich schlichte Fachwerk-Saalbau hatte seinen Schmuck im Inneren und wurde regelmäßig ausgebaut und verschönert. Dafür sparte man im Ort. Der Ausbau umfasste auch einen Kirchturm, der eine Glocke bekam. Zur Ausstattung im Inneren zählten Kanzelaltar, Gestühl,

Taufengel und Empore. Dann gefiel den Bewohnern die im „derben Bauernbarock bemalte Decke“ nicht mehr. Sie entschlossen sich für eine weitaus anspruchsvollere Variante, die bis heute Aufsehen erregt. Die Decke erhielt „handgeschöpfte Flachpapierbögen“, die von einem unbekannten Maler mit klassizistischer Malerei bekrönt wurden. Die Gestaltung reichte vom Heiligen Geist mit Strahlenkranz über „Rankenwerk mit Blumengesichtern“ bis zu einer „über dunklen Wolken aufgehenden Sonne“ und vier Adlern, die ihre Schwingen ausbreiten.

Dieses Kunstwerk, das jedem „Herrnhaus zur Ehre gereicht“ hätte, kostete und verblaste über die Jahrzehnte. Irgendwann um 1900 wurde die schadhafte Decke mit Zeitungspapier überklebt. Die Nachfahren waren nicht mehr so spendierfreudig für ihre Kirche.

In der DDR-Zeit hat man die Decke mit billigen Spanplatten verkleidet, die man schlicht weiß angestrichen hat. Dazu gesellten sich Baumängel, die ab 1968 eine gründliche Sanierung notwendig machten, die sich bis 1979 hinzog. Der eigentliche Deckenschatz wurde vergessen und erst nach 1989 bei neuerlichen Deckenarbeiten freigelegt. Die ursprüngliche Malerei wirkte damals ruiniert.

Nach der deutschen Vereinigung ergriffen die Bewohner von Altwustrow die Initiative zur Innensanierung. Ein eigens dafür gegründeter Förderverein, die DSD und Zustifter brachten die Sanierung auf den Weg. Das reichte von der Rettung der „Fachwerkkonstruktion mittels hydraulischer Pressen“ bis zur Wiederherstellung der klassizistischen Papierdecke aus früherer Zeit, ein „für die gesamte Region einzigartiges Schmuckstück“. Seit verganginem Jahr erstrahlt der Sakralbau wieder in jungfräulicher Schönheit pünktlich zum 600. Jahrestag der Ersterwähnung von Altwustrow.

KARELIEN

Grenzerfahrungen in Finnland

Nur Wölfe, Bären und Elche kommen durch – Ein Erfahrungsbericht von der finnisch-russischen Grenze

Kürzlich waren ein Kollege und ich beruflich in Südost-Finnland unterwegs. Dabei kollidierten wir quasi auch mit der finnischen Geschichte. Kurzer historischer Exkurs dazu: Der Ostteil des Landes zwischen dem eisfreien Hafen Petsamo an der Barentssee und Vyborg am Finnischen Meerbusen musste nach dem Fortsetzungskrieg 1944 an die Sowjetunion abgetreten werden.

Die Grenze schmerzt noch heute, wie uns – auch jüngere – Finnen immer wieder bestätigen. Stellenweise passiert man noch die musealen Stellungen mit Waffen (samt finnischem Hoheitsabzeichen, dem umgekehrten Hakenkreuz) der Armee von Feldmarschall Mannerheim gegen die sowjetischen Angreifer.

Wir waren allerdings in völlig friedlicher Absicht unterwegs. Die winterlichen Verhältnisse mit hohem Schnee und niedrigen Temperaturen bis minus 30 Grad eigneten sich nämlich hervorragend für den Test eines neuen Pkw-Modells. Dabei gerieten wir auch in die Nähe der finnisch-russischen Grenze. In 500 Metern Abstand warnten uns zwei Schilder unmissverständlich davor weiterzufahren. So ganz ernst nahmen wir das allerdings nicht, weil wir weder Zaun noch Wachturm sahen und Grenzen ja inzwischen obsolet sind.

Der tief verschneite Pfad zwang uns letztlich zur Umkehr – was auch gut so war. Auffallend vor dem Waldstreifen, der laut Navigationsgerät auch den Grenzverlauf markierte, nur ein hoher Mast mit allerlei Antennen. Ähnlich solchen für Telekommunikation, die in Finnland fast nur mobil verläuft. Wir dachten uns nichts weiter dabei. Bis unseren Waldweg mehrfach ein Pkw in hoher Fahrt kreuzte. Vier Männer in Tarnuniform schienen uns nicht zu beachten.

Zurück auf der Hauptstraße, begegnete uns plötzlich ein dunkelgrüner Kombi. Der machte abrupt kehrt und eskortierte uns auf den nächsten Parkplatz. Was dann folgte, war eine penible Kontrolle der Dokumente durch die drei finnischen Grenzschilder. Ob wir den 500-Meter-Abstand beachtet hätten? Wir bejahten. Sie drohten mit einer Kontrolle unserer Reifenspuren. Gegenfrage: Woher sie das wüssten? Vielsagendes Lächeln. Aha, die Sendemasten mit Videokameras. Im Falle der

Linienüberschreitung müssten wir mit einer hohen Strafe rechnen.

Wir gaben uns zahm und führten die löchrige EU-Außengrenzen an sowie das grün-linke „Argument“, man könne diese Grenzen doch nicht gegen illegale Eindringlinge schützen. Die Grenzer lachten nur und meinten: „Wir schaffen das! Die erzählen euch Märchen, denn technisch ist selbst unsere 1340 Kilometer lange Grenze mit Russland, übrigens die längste EU-Außengrenze, problemlos zu überwachen. Drüben machen die das auch. Die einzigen, die da unkontrolliert rüberkommen, sind Wölfe, Bären und Elche.“

Und in festgelegten Abständen auch die russischen Grenzer, wie uns ein Einheimischer berichtete. Die zieht es nämlich unwiderstehlich in die finnische Sauna. Dazu werden sie gern von ihren blauweißen Kollegen aus Finnland eingeladen. Das ist hier in Karelien schon Tradition, neuer Kalter Krieg hin oder her.

Zuvor gilt es allerdings, den jeweiligen Grenzabschnitt gemeinsam abzulaufen und zu kontrollieren. Dann schmeckt das finnische Karhu/Bären-Bier beim gemeinsamen Schwitzen umso besser. „Kippes!“ prosteten die einen, „na sdarowje!“ die anderen. Wie friedlich es doch zugehen kann an dieser knallharten Demarkationslinie! Peer Schmidt-Walther



Entspannte Grenzer: Eine finnische Grenzbrigade hat sogar Zeit für ein Foto

IMPFKAMPAGNE

Zum „Piks“ in die Bibliothek

Wenn Kultureinrichtungen zu Gesundheitszentren mutieren, kann nur Corona die Ursache sein. So bildeten sich in Hamburg nur deshalb lange Schlangen vor der Elbphilharmonie, weil es sich selbst die größten Impfmuffel nicht nehmen lassen wollten, sich im edlen Konzertsaal mitten auf der Bühne vom Piks gegen Covid-19 zu erholen. Berlin will da nicht nachstehen. Nachdem man sich schon im Humboldt-Forum und in den Staatlichen Museen am Kulturforum das Serum verabreichen lassen konnte, wird bis diesen Sonnabend auch die Staatsbibliothek zu Berlin am Potsdamer Platz zum Pop-up-Impfzentrum. Geimpft wird von 9 Uhr bis 20 Uhr. Für Erst-, Zweit- und Boosterimpfungen stehen die Impfstoffe Comirnaty (Biontech/Pfizer) und Spikevax (Moderna) zur Verfügung. Interessenten können online über www.doctolib.de einen Termin buchen oder sich spontan vor Ort anmelden. Das digitale EU-Impfzertifikat wird im Anschluss automatisch auf Doctolib hinterlegt. Unterlagen wie Einwilligungserklärung, Anamnese- und Impfersatzbescheinigung liegen vor Ort bereit – und auch genügend Bücher, um sich nach der Spritze die Zeit zu vertreiben. H. Tews

● FÜR SIE GELESEN

Techniken der Manipulation

Das Buch des habilitierten Sprachforschers Holger Schmitt klärt in nachvollziehbarer Form über das „Framing der Linken“ auf. Der Begriff „Framing“ kam erst vor wenigen Jahren auf, als bekannt wurde, dass die ARD von Elisabeth Wehling ein Gutachten für 120.000 Euro erstellen ließ, um sich Rat zu holen, wie sie die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks überzeugen könne. Schmitt nutzt dieses Beispiel als Aufhänger, um grundlegend über sprachliche Manipulationstechniken aufzuklären.

„Linke Ideologie dominiert und kontrolliert seit etlichen Jahren den öffentlichen Diskurs“, so der Autor, wobei diese Dominanz vor allem an der Häufigkeit linker Begriffe in den Medien deutlich werde. Diese Dominanz, in Verbindung mit einem pseudo-humanistischen Anspruch, erstickte mehr und mehr den freien Diskurs und habe sich zu einer ernstzunehmenden Gefahr für unsere Demokratie entwickelt. Schmitt ergänzt: „Linker Diskurs ist brutal.“ Von sachlicher Auseinandersetzung oder gar von „herrschaftsfreiem Diskurs“ gleichberechtigter Teilnehmer aller politischen Akteure (Jürgen Habermas) keine Spur!

Wer sich seit 2015 gegen die Politik der unkontrollierten Masseneinwanderung positioniert, wird bestenfalls als „Rechtspopulist“ und schlimmstenfalls als „Nazi“ diffamiert. Wer Zweifel daran hat, dass der Mensch entscheidend zum Klimawandel beiträgt, mutiert zum „Klimaleugner“. Wer gegen die widersprüchlichen Restriktionen im Zusammenhang mit der Corona-Krise demonstriert, sieht sich in den öffentlich-rechtlichen Medien schnell als „Verschwörungstheoretiker“ vorgeführt. Typisch für die linke Semantik ist auch die Umdeutung existierender Begriffe. Die Nazi-Denunziation ist mittlerweile so inflationiert, dass sie nichts anderes mehr bedeutet, als eine Person zu sein, „die keine dezidiert linken Ansichten vertritt“.

Auch haben Linke eine besondere Neigung, Wörter, die ihnen nicht gefallen, entweder zu tabuisieren (Stichwort „politische Korrektheit“) oder offiziell aus dem Sprachgebrauch zu verbannen. Wer erinnert sich nicht an den absurden Eiertanz um das „N-Wort“? Oder die Auseinandersetzung um den Begriff „Rasse“, der aus dem Grundgesetz entfernt werden soll. Es ist ein typisches Kennzeichen linker Weltanschauung, die sich in ihrer manipulativen Sprachstrategie spiegelt, Veränderungsmacht selbst über naturwissenschaftlich feststellbare Realitäten ausüben zu können, wenn nur sprachlich mit ihnen „korrekt“ umgegangen werde.

Fazit: Das Werk ist eine äußerst wichtige Abwehrwaffe gegen die tagtäglichen Sprachmanipulationen. Wer es mit wacher Aufmerksamkeit gelesen hat, ist weitgehend immun gegen verbale Irreführungen, die uns überall rot-grün medial einhüllen und damit von den wirklichen Problemen und deren realen Lösungsmöglichkeiten unseres Gemeinwesens ablenken.

Bernd Kallina

Holger Schmitt: „Das Framing der



Linken. Von Umverteilung, Diversität und Nazis“, Gerlach-Hess-Verlag, Bad Schussenried 2021, broschüriert, 230 Seiten, 16,80 Euro

RATGEBER



Was Oma noch wusste

Wäsche, die mit einem Schuss Essig im Wasser gewaschen und anschließend auf der Leine getrocknet wurde, duftet auch ohne Weichspüler frisch und wird wunderbar weich

Altbewährtes Wissen, wie man in Küche und Haushalt Ressourcen sparend auskommen kann, hat Ingrid Schick in einem ansprechend aufgemachten Buch mit Bildern und Zeichnungen zusammengetragen. Älteren Lesern

werden viele der Tipps und Tricks – etwa die Fleckentfernung mit gewöhnlichem Salz – bekannt vorkommen, jüngeren werden sie eine hilfreiche Anleitung bieten, wenn sie ihren Alltag nachhaltiger gestalten wollen. MRK

Ingrid Schick: „Das Oma-Prinzip. Altbewährtes neu entdeckt! Tipps, Tricks & Lifehacks für Küche, Haus und Garten“, Societäts Verlag, Frankfurt 2021, broschüriert, 190 Seiten, 16 Euro

FAMILIENSAGA

Wie die Banane nach München kam

Lisa Graf lässt den Aufstieg des „Dallmayr“ zu einem der führenden, noch existierenden Delikatessenzentren Deutschlands lebendig werden

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

München im Jahr 1897. Das Ehepaar Anton und Therese Randlkofer hat den beliebten Feinkostladen Dallmayr übernommen und hat noch Großes vor. Doch Anton wird krank und stirbt. Die tatkräftige Therese verfolgt ihren Traum allein weiter.

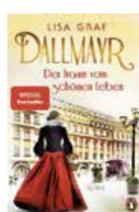
Es folgen arbeitsreiche Jahre, in denen Therese sich neben dem Ausbau des Geschäfts der Erziehung ihrer heranwachsenden Kinder widmet. Während sie seitens ihrer Kunden viel Zuspruch und teilweise Unterstützung erfährt, legt Max, der Bruder ihres Mannes, ihr immer wieder Steine in den Weg. Ein lange gehütetes Familiengeheimnis ihres Mannes bereitet ihr Kummer. Doch Therese ist eine geschäftstüchtige und zielstrebige Frau, die ihrer Zeit voraus ist. Mit dem richtigen Gespür für Neuerungen, viel Mut und der Unterstützung ihrer Kinder und Angestellten gelingt es ihr, „den Dallmayr“ innerhalb weniger Jahre zu einer der ersten Adressen Münchens zu machen, zu einem Delikatessenzentrum nach dem Modell der eleganten Kaufhäuser in London, Paris oder St. Petersburg.

In ihrem Roman „Dallmayr. Der Traum vom schönen Leben“ hat Lisa Graf den legendären Aufstieg des Feinkostladens mit Leben gefüllt. Im Dallmayr konnte man um 1900 so exotische Waren wie „feinsten russischen Astrachan Caviar, Gänseleberpasteten und gelbe Bananen“ bekommen. Eindrucksvoll erzählt Graf, wie der älteste

Randlkofer-Sohn Hermann die damals nicht ungefährliche Schiffsreise von Hamburg nach La Palma auf sich nimmt, um dort ins Bananengeschäft einzusteigen.

Graf hat für ihren Roman historische Quellen im Münchner Stadtarchiv genutzt, darunter Zeitungsanzeigen mit dem Warenangebot bei Dallmayr und Artikel zu besonderen Ereignissen in der Stadt. Sie hat alle Orte, an denen der Roman spielt, selbst bereist. So ist es ihr gelungen, das Kolorit der Belle Époque in München einzufangen. Die liberale Stadt zog Künstler und Bohémiens in ihren Bann. Dass es daneben eine Mehrheit von Arbeitern und Handwerkern gab, die in ärmlichen Verhältnissen ihr Dasein fristen mussten, verschweigt die Autorin nicht. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass Therese Randlkofer bemüht war, neben ihren wohlhabenden Kunden auch weniger Betuchten den Einkauf im Dallmayr zu ermöglichen und so den „Traum vom schönen Leben“ für viele wahr werden zu lassen.

Der 640 Seiten umfassende Roman ist insgesamt eine unterhaltsame Lektüre, wenn auch die Handlung streckenweise hätte gestrafft werden können.



Lisa Graf: „Dallmayr. Der Traum vom schönen Leben“, Penguin Verlag, München 2021, Taschenbuch, 640 Seiten, 15 Euro

FANTASY

Die Suche nach der Stadt Weep

Ein Waise rettet durch seine ungeahnte Fähigkeit des Träumens die Welt. Ein Buch über das Erwachsenwerden und die Liebe

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Strange, so werden in Lazlos Welt alle Waisenkinder genannt, ist in einem Kloster aufgewachsen und hat nie viel Liebe erfahren. Aber Lazlo selbst liebt, und zwar Geschichten. Als sich ihm die Möglichkeit bietet, in der größten Bibliothek des Landes zu arbeiten, zögert er nicht. In all dem Wissen forscht er in seiner Freizeit nach der sagenumwobenen Stadt Weep. Der tatsächliche Name dieser Stadt ist auf unerklärliche Weise verloren gegangen. Lazlo schließt sich einer Expedition an, deren Aufgabe es ist, die Stadt aus der Dunkelheit zu führen. Dort begegnet ihm die Göttin der Alpträume, und die in seinen Träumen stattfindende Liebe beginnt.

Atmosphärische Welt

Diese vierteilige Buchreihe von Laini Taylor in der Übersetzung aus dem Englischen von Ulrike Raimier-Nolte spielt in einer düsteren Fantasywelt, in der es wundersame Tiere, Götter und Seraphine gibt. Lazlos Geschichte ist voller Abenteuer und der Sehnsucht nach einer heilen Welt, sie erzählt vom Mutigsein, von Freundschaft und von junger Liebe. Dabei ist Taylors Text kaum kitschig.

Taylor vermochte es, ihren Romanhelden von der Dunkelheit ins Schimmerlicht, von dort in die Finsternis zu schicken, aus der er mithilfe seiner Fähigkeit zu Träumen in den hellen Sonnenschein treten kann. Es ist eine Geschichte für junge Erwachsene und für alle Menschen, die gerne träumen.

Der Einstieg ist allerdings eine Herausforderung. Den Epilog des ersten Bandes „Strange the Dreamer“ kann der Leser erst im dritten Band „Das Geheimnis des Träumers“ verstehen. Der Anfang lässt sich wirklich Zeit, aber irgendwann ziehen die facettenreichen Charaktere den Leser in ihren Bann.

Doppelausgabe wie im Original

Der One Verlag (Lübbe) hat die Bände 1 („Der Junge, der träumte“) und 2 („Ein Traum von Liebe“) sowie 3 („Das Geheimnis des Träumers“) und 4 („Das Erwachen der Träumerin“) nun auch als Doppelausgaben herausgebracht. Außerdem gibt es eine sehr gelungene Hörbuchfassung von dieser wunderschönen Geschichte, gelesen von Moritz Pliquet. Die Bände eins und zwei sind als Doppel-CDs bei Lübbe Audio erschienen und kosten je 16 Euro. Für die zweite Doppelausgabe, also die Bände drei und vier, gibt es keine CD, dafür einen Download.

Wer Lazlos Leben lesend verfolgen möchte, sollte sich die Doppelausgaben vornehmen, da Taylors Text im Original in dieser Form erschienen ist. So erklärt sich auch, dass der (deutsche) zweite Band ohne Rückblick gleich startet.



Laini Taylor: „Strange the Dreamer“ und „Muse of Nightmares“, One Verlag, Köln 2021 und 2022, gebunden, 751 und 704 Seiten, je 14,90 Euro

MEMEL

Wiederaufbau der St. Johanniskirche geht voran

Archäologische Ausgrabungen am Ort einer der ältesten Kirchen des Memellands sollen Ende des Jahres enden

VON HANS-JÜRGEN MÜLLER

Es sind zuversichtliche Nachrichten, die uns im Jahr des 770. Jubiläums der Stadtgründung Memels [Klaipėdas] erreichten. Anfang Dezember 2021 fand ein Gespräch über die aktuellen Pläne zum Wiederaufbau der St. Johanniskirche statt. Beteiligt daran waren Lilija Petraitiene, die Vorsitzende des Stiftungsrats für den Wiederaufbau der St. Johanniskirche, Arnold Piklaps, langjähriges Vorstandsmitglied in der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde, darüber hinaus Vorstandsmitglied des Vereins der Deutschen in Memel, und der Verfasser dieser Zeilen.

Historische Bedeutung unbestritten

Unbestritten ist heute die historische Bedeutung der St. Johanniskirche als eine der ältesten Kirchen Memels und sicher auch die bedeutendste Kirche des Memelgebiets. Bereits am 27. Juli 1258 wurde ihr der Status einer Stadtkirche zuerkannt. Über den ursprünglichen Standort gibt es keine sicheren Erkenntnisse. 1540 wurde das Kirchengebäude zum ersten Mal durch einen Brand zerstört, 1571 wurde es wieder aufgebaut. An der heutigen Stelle am Ende der Marktstraße wurde die Kirche erst 1696 bis 1706 neu errichtet. Durch den großen Stadtbrand von 1854 wurde die Kirche erneut zerstört.

Der Wiederaufbau der St. Johanniskirche zwischen 1856 und 1858 erfolgte nach den Plänen des preußischen Architekten Friedrich August Stüler als dreischiffiger Hallenbau. Der Bau des 75 Meter hohen Turms wurde erst 1864 vollendet. Er bot den Besuchern eine hervorragende Aussicht auf die Stadt. Auch König Friedrich Wilhelm IV. nahm Einfluss auf die Gestaltung der Kirche. Er schenkte der Gemeinde das von Bouterweck gemalte Altarbild „Christus auf dem Oelberge“. Ein Reiseführer aus dem Jahr 1898 vermerkt: „Eine Gedenktafel unweit des Altars spricht vom Aufenthalt der königlichen Familie 1807 und erinnert daran, dass die Königin Luise in der alten Kirche am Charfreitage, den 27. März desselben Jahre, mit dem Hofe und der Gemeinde das heilige Abendmahl empfangen hat“. Bis 1944/45 hatte die St. Johanniskirche den Status einer Stadtkirche für alle Bürger Memels. Der letzte Gottesdienst fand am 8. Oktober 1944 statt. Das Gebäude wurde 1944/45 erheblich beschädigt, die Sowjets beseitigten die Trümmer des Gotteshauses.

Grundsteinlegung im Jahr 2012

Erst Litauens Wiedererlangung der Souveränität 1991 schuf die Voraussetzung für den Wiederaufbau dieser bedeutenden ostpreussischen Kirche. Es vergingen viele Jahre, bis zur großen Wende des Jahres 2012. Anlässlich des 760. Stadtjubiläums Memels fand am 1. August des Jahres eine feierliche Grundsteinlegung statt: beteiligt waren daran der Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche Litauens, Mindaugas Sabutis, der Bürgermeister Vytautas Grubilauskas und der Vorsitzende für den Wiederaufbau der St. Johanniskirche, Jurgis Ausra. Bürgermeister Grubilauskas wandte sich persönlich in einem ersten Aufruf nicht nur an die Bürger der Stadt und an alle Litauer, sondern auch an alle Deutschen und „Liebhaber“ der Stadt, diesen Wiederaufbau zu unterstützen.

Ein Jahr später kam Joachim Gauck als deutscher Bundespräsident nach Memel und erreichte damit neue Aufmerksamkeit für dieses ehrgeizige Projekt. Am 13. Dezember 2013 erfolgte endlich die Gründung einer Stiftung zum Wiederaufbau der Kirche. Der Stadtrat Memels beschloss 2015, die Kirche in ihrer historischen Form



Überblick aus der Luft: Stand der Ausgrabungen

alle Fotos: HJM



St. Johanniskirche: Informationstafel neben dem Grundstein und Glocke (l.), das Gotteshaus in seiner ursprünglichen Pracht (r.)



Nach dem Zweiten Weltkrieg: Kümmerliche Ruinen der Kirche

wiederaufzubauen. Dem engagierten Bauingenieur Linus Skwirblies, Vorstandsmitglied im Verein der Deutschen in Memel, gelang es, die Originalzeichnungen Stülers ausfindig zu machen, und er konnte diese

dann am 25. Juli 2017 dem Gemeindekirchenrat und den Vertretern der Stadtverwaltung übergeben. Auch unterstützte Skwirblies zwei Jahre später, am 13. Oktober 2019, den Auftritt des bekannten

Flensburger Bach-Chors unter der Leitung von Professor Matthias Janz in der katholischen Kirche der Stadt auf einem erfolgreichen Benefizkonzert für den Wiederaufbau der Kirche.

Der endgültige Durchbruch kam am 14. Januar 2021, als das litauische Parlament in Wilna (Vilnius) ohne Gegenstimme beschloss, den Wiederaufbau der St. Johanniskirche zum Projekt von nationaler Bedeutung zu machen. Im August 2020 begannen die archäologischen Ausgrabungen, die von der Memeler Universität durchgeführt und voraussichtlich erst Ende dieses Jahres abgeschlossen sein werden. Die archäologischen Untersuchungen werden vom Departement für Denkmalschutz beim litauischen Kulturministerium mit 50.000 Euro, von der Stadtverwaltung Memels mit 105.000 Euro und von der evangelisch-lutherischen Gemeinde mit 20.500 Euro finanziert.

Der Wiederaufbau erfolgt nach einem Drei-Stufen-Plan. Gemäß diesem Plan fand der Beginn der konkreten Bauvorbereitung statt. Am 2. Juli 2021 wurde als nächster Schritt ein Vertrag für die Vorbereitung dieses Bauprojekts unterschrieben:

Für die erste Stufe ist der Wiederaufbau des Kirchturms vorgesehen. Für die Projektplanung sind 169.000 Euro veranschlagt worden, für den Wiederaufbau werden zirka drei Millionen Euro benötigt.

18

Millionen Euro wird der Wiederaufbau der Kirche insgesamt kosten, wobei die Finanzierung dieses Vorhabens eine der größten Herausforderungen sein wird

Die zweite Stufe sieht den Wiederaufbau des Kirchengebäudes vor. Für die Projektplanung sind etwa 363.000 Euro notwendig, die Kosten für den Wiederaufbau betragen zirka 12,6 Millionen Euro.

Die dritte Stufe umfasst das Projekt für die Innenausstattung: Hier werden voraussichtlich 72.000 Euro benötigt.

Insgesamt wird der Wiederaufbau der St. Johanniskirche 17 bis 18 Millionen Euro erfordern. Die Finanzierung dieses Vorhabens wird sicher für die nächste Zeit die zentrale Herausforderung sein.

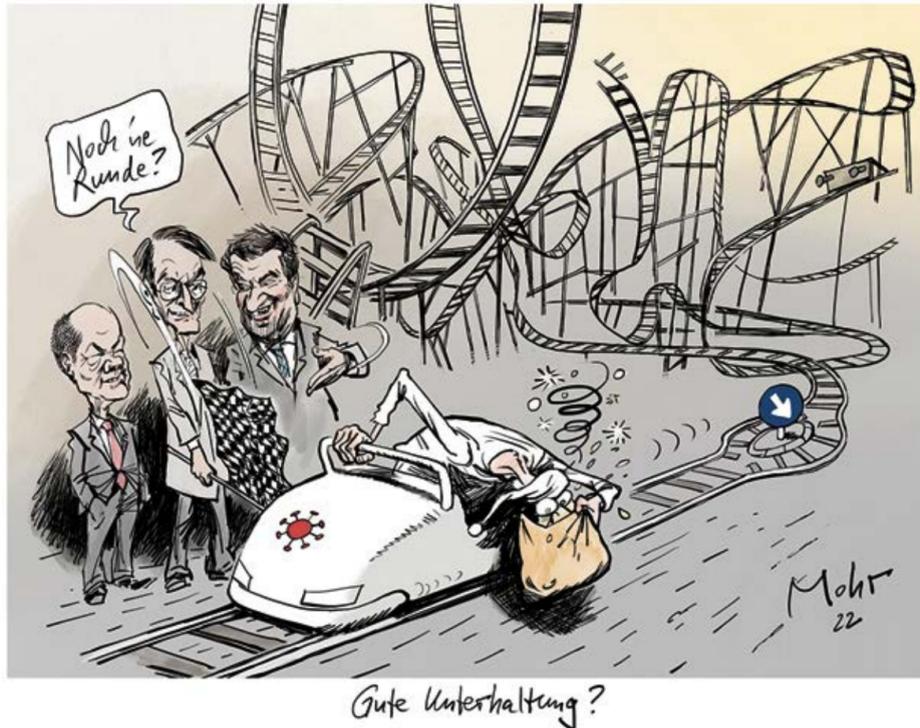
Es ist besonders erfreulich, dass seit dem Beginn der Ausgrabungen das öffentliche Interesse der Bürgerschaft am Wiederaufbau der St. Johanniskirche deutlich gestiegen ist. Dies spiegelt sich in vielen Berichten der Memeler Tageszeitungen wider.

Eine neue Bürgerinitiative für die Förderung des Wiederaufbaus wurde noch kurz vor dem Weihnachtsfest 2021 in Memel gestartet. Die Idee hatte die Archäologin Raimonda Nabazaite. Sie schuf ein „Wanderbuch St. Johanniskirche“. Die Aufgabe dieses Buches wird darin bestehen, praktische Ideen der Bürgerschaft zu sammeln, die geeignet sind, Spenden für den Aufbau zu erwirtschaften. Der Rektor der Memeler Klaipėda, Professor Arturas Razbadauskas, erhielt als erster das Buch. Eine erfolgreiche Auktion von Kunstwerken zugunsten der St. Johanniskirche konnte noch im Dezember durchgeführt werden.

Die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde in Memel mit ihrem Pfarrer Reinholdas Moras und ihre Förderung mit Lilija Petraitiene an der Spitze engagieren sich tatkräftig für den Wiederaufbau der historischen St. Johanniskirche, der auch eine symbolische Bedeutung hat und letztlich auch besonders geeignet ist, Deutsche und Litauer zusammenzuführen.

● AUFGESCHNAPPT

Erwartungsgemäß wurde Frank-Walter Steinmeier am vergangenen Sonntag erneut für das höchste Staatsamt bestimmt. Dennoch war man von offizieller Seite sichtlich bestrebt, im Vorfeld jeden noch so kleinen Schatten abzuwenden, der auf ihn fallen könnte. Die Mitarbeiterzeitschrift des Auswärtigen Amtes (AA) hatte Diplomaten dazu aufgerufen, für ihre Februar-Ausgabe über besondere Erlebnisse zu berichten. Laut „Junge Freiheit“ erinnerte sich einer der Autoren, der unter schwierigsten Bedingungen an der deutschen Botschaft in Bagdad Dienst tat, in seinem Beitrag, dass der damalige Außenminister Steinmeier die irakische Hauptstadt 2015 besuchte, es allerdings nicht für nötig hielt, die Mitarbeiter der eigenen Vertretung zu treffen und sich über diese ein Bild der angespannten Lage zu verschaffen. Entsprechend groß sei die Enttäuschung gewesen. Diese Darstellung wurde, neben anderen, kurz vor dem Druck seitens des AA aus dem Heft entfernt. Gefragt war wohl nur die „richtige“ Erinnerung. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Angelique Coetzee, die südafrikanische Medizinerin, die auf die Omikron-Variante stieß, sagte der „Welt“ (9. Februar), welch massivem Druck, auch seitens europäischer Stellen, sie ausgesetzt war:

„Mir wurde gesagt, ich solle öffentlich nicht erklären, dass es (Omikron) eine milde Erkrankung sei. Ich wurde gebeten, von derartigen Äußerungen Abstand zu nehmen und zu sagen, es sei eine ernste Erkrankung. Das habe ich abgelehnt ... Eine schwere Erkrankung ist eine, in deren Verlauf wir akute Lungen-Atemwegsinfektionen sehen: Die Menschen brauchen Sauerstoff, vielleicht sogar eine künstliche Beatmung. Das haben wir bei Delta gesehen – aber nicht bei Omikron.“

Heribert Prantl wehrt sich im „Hamburger Abendblatt“ (14. Februar) gegen die Diffamierung derer, die auch für Deutschland das Ende der Corona-Maßnahmen fordern:

„Wer sich den Freiheitstag wünscht, wer ihn herbeisehnt, der wünscht sich den Normalzustand, so wie ihn sich das Grundgesetz vorstellt. Wer sich den Freiheitstag wünscht, der will nicht das immerwährende Oktoberfest; er will einfach das uneingeschränkte gesellschaftliche und private Leben zurück. Das ist kein unanständiger, das ist ein anständiger Wunsch. Es geht um die Gesundheit des gesellschaftlichen Lebens.“

Der Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr äußert gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (15. Februar) völliges Unverständnis, dass die Pandemie-Maßnahmen nur in Tappschritten aufgehoben werden und fordert stattdessen unter anderem:

„Eine Aufhebung aller G-Regeln in Einzelhandel und in Gastronomie ist zwingend notwendig, da beides nie Hotspots waren ... Für mich unerklärlich ist, woher die Experten die Sorge nehmen, dass die Krankheitslast wieder ansteigen könnte. Wir sehen bereits sinkende Omikron-Meldeinzidenzen in sehr vielen europäischen Ländern, auch in England, Australien und den USA, ohne Berichte eines überlasteten Gesundheitswesens oder (von) weiteren ‚gefährlichen‘ Varianten.“

In der Schweizer „Weltwoche“ (12. Februar) geht Wolfgang Kroydl den US-Präsidenten wegen seines Vorgehens in der Ukraine-Krise hart an:

„Wenn Biden schon Verbündeten droht, hart durchzugreifen, wie steht es dann mit Feinden? Wo die EU deeskalieren will, schraubt er Rhetorik und Kriegsvorbereitungen täglich nach oben ... Kein Zweifel, wer einen Krieg, einen großen Krieg will. Es ist nicht Russland. Sollte es so weit kommen, steht China an seiner Seite. Ist es das, was die USA wollen?“

● WORT DER WOCHE

„Papst Benedikt XVI. wollte bewahren und nicht erneuern. Dadurch wurde er in den Medien in beinahe grotesker Verzerrung dargestellt. Nun bemüht man sich, sein Erbe endgültig zu demontieren.“

Georg Etscheid äußert auf „Achgut.com“ (13. Februar) eine eigene Sicht zu den Attacken auf Papst Benedikt XVI.

DER WOCHENRÜCKBLICK

Freiheit im Jahre 2062

Womit uns Lauterbach endlich Hoffnung macht, und warum Habeck sich freuen darf

VON HANS HECKEL

Da sind wir ja noch mal davongekommen, die Kriegsgefahr im Osten schwand am Dienstag wieder. Eine rundum gute Nachricht, allerdings wird sich Olaf Scholz wohl wünschen, dass zumindest ein wenig von der Ukraine-Krise in die Verlängerung geht. Der Krisenrest muss mindestens groß genug sein, um ein anderes, täglich wachsendes Ärgernis dahinter zu verbergen.

Seit zwei Jahren sind sich besonders kritische Geister sicher, dass die ganze Corona-Sache nur deshalb dermaßen aufgeblasen wurde, um von anderen Problemen abzulenken. Inzwischen dürfte der Kanzler ganz glücklich gewesen sein, dass er den Tross der Journalisten und mit ihnen die öffentliche Aufmerksamkeit für eine Weile nach Kiew und Moskau entführen konnte und damit weg von Corona. Denn längst gilt es von etwas abzulenken, dass sich nach und nach zu einer ersten Bedrohung für das Ansehen dieser Regierung auswächst: die grassierende Lauterbach-Krise.

Immer, wenn wir meinen, wir könnten uns endlich mal etwas anderem zuwenden als dem Thema Pandemie, biegt der Panikminister mit einem neuen Knaller um die Ecke und zieht alle erstaunten Blicke auf sich.

So auch am vergangenen Sonntag. Freuen Sie sich schon auf den 13. Februar des Jahres 2062? Also ich werde mir dann frei nehmen, es ist ein Montag. An dem Tag sind die vierzig Jahre vorbei, die es maximal braucht, bis Corona zu einer Erkältungskrankheit geschrumpft ist, hat Lauterbach bei „Anne Will“ doziert. Danach endlich ist auch bei uns „Freiheitstag“, an dem ich es ganz bestimmt ordentlich krachen lasse – im Rahmen meiner dann 96 Lenze. Von den heute schon milderen Verläufen bei Omikron will der Minister nach wie vor nichts wissen.

Spaß beiseite: Wie wird sich Scholz gefühlt haben, als er von der atemberaubenden Prophezeiung seines Gesundheitsministers erfahren hat? Wutausbrüche sind von ihm nicht überliefert, und wir können uns den drögen Semmel auch kaum in Rage vorstellen. Doch sähen wir es ihm gnädig nach, wenn er in dem Moment trotz seines hohen Amtes einfach nur laut „Sch ...“ gebrüllt hätte. Irgendwann ist mal genug.

Gleichzeitig mit dieser neuesten Lauterbachdiade haben ein paar Bürger im Netzpor-

tal des RKI entdeckt, dass der Genesensstatus nun doch wieder sechs Monate dauert – zumindest für Geimpfte. Das tauchte auf der RKI-Seite ebenso unvermittelt auf wie am 14. Januar die Verkürzung auf drei Monate. Öffentlich kommuniziert hatte das weder der Minister noch das Institut.

Oder haben sie das doch getan? Von dem berühmten Psychotherapeuten und Kommunikationsforscher Paul Watzlawik stammt die Erkenntnis: „Man kann nicht nicht kommunizieren.“ „Nicht nicht“ ist kein Druckfehler, sondern der Kern der Aussage. Was der 2007 verstorbene Österreicher sagen wollte: Wir kommunizieren immer, selbst wenn wir jemanden nur dumpf anlotzen oder gar völlig ignorieren. Diese Erkenntnis hat sich Lauterbachs RKI offensichtlich zu Herzen genommen. Es bleibt jedoch zu bezweifeln, dass Watzlawik seine Feststellung als Handlungsempfehlung verstanden wissen wollte. Aber das hat er jetzt davon – respektive wir.

Grüne Politik frisst grüne Pläne

Warum die Rückkehr zu den sechs Monaten nicht auch für Ungeimpfte gilt? Weil die auch nach einer durchgemachten Erkrankung mit einem der früheren Virusvarianten einen „herabgesetzten und zeitlich noch stärker begrenzten Schutz“ vor einer Omikron-Infektion hätten. Dafür habe man „wissenschaftliche Evidenz“, also Beweise, so das RKI.

Die Gesellschaft für Virologie hat diese Beweise bemerkenswerterweise nicht, sie spricht lediglich von widersprüchlichen Berichten aus Israel und den USA, weshalb man die Sache weiter beobachten müsse. Lauterbach und das RKI sammeln sich ihre „Evidenz“ halt so zusammen, dass sie zum gewünschten Bild passt. Das kennen wir ja.

Neu ist, dass das immer mehr Leute auf die Palme bringt, sogar im Ampel-Kabinettselbst kommen erste böse Töne, nämlich von der FDP. Nicht allerdings von den Grünen, die haben gleich zwei Gründe, um in Treue fest zu Minister Lauterbach zu stehen.

Erstens sind sie ohnehin fürs Verboten und daher auch stets für „Vorsicht“ und harte Maßnahmen mit dem Corona-Siegel. Zweitens hat ihr Parademinister Robert Habeck selber bereits Böcke geschossen, die das Zeug haben für den ganz großen Aufreger – wäre da nicht zur Ablenkung der gute Lauterbach, der's immer noch ein bisschen schriller schafft. Während der SPD-Minister für Kanzler Scholz ein hässliches Problem darstellt,

ziehen die Grünen also durchaus Nutzen aus Lauterbachs Chaos-Einlagen.

Denken wir nur an den Hammer mit den gestrichenen Krediten fürs „klimafreundliche“ Bauen. Ist der nicht verblüffend schnell wieder von den Schlagzeilen verschwunden, wo es doch um zigtausende von Fällen geht? Dafür hätte es eigentlich viel mehr Rabatzen geben müssen.

Allerdings könnte die Sache noch einmal hochkochen. Denn ganz nebenbei hat Habeck mit seinem Handstreich auch dem Wohnungsbauplan seiner eigenen Regierung einen gehörigen Tritt verpasst, viele Wohnungsprojekte sind gestorben. Nun will der „Klimaminister“ sogar noch die steigenden Heizkosten bei den Vermietern abladen. So ist das eben: Wer Mietwohnungen baut, ist der Gute, weil er Wohntraum schafft. Sobald er aber fertiggebaut hat, erklärt ihn linke Politik zum Bösewicht, weil er ja jetzt Vermieter ist. Und der ist – sofern es sich um einen privaten handelt – von links gesehen immer böse und hat daher jede Zumutung verdient. Nur macht Habeck Bauen damit noch unattraktiver. So gerät der schöne Wohnungsbauplan gleich durch zwei Attacken unter Druck, die beide von der Regierung selbst verursacht wurden.

Das linke Politik aber auch immer gegen die eigenen Widersprüche klatschen muss! Bei der von den Grünen besonders geliebten E-Mobilität spielt sich gerade etwas ganz Ähnliches ab. Eigentlich kann der Strom wegen des Klimas ja nicht teuer genug sein, so das Credo der Grünen. Also munter rauf mit den Preisen! Dabei hat man übersehen, dass die höheren Preise auch die E-Autos-Besitzer treffen. Mittlerweile ist der Betrieb eines Diesels im Schnitt billiger als der eines E-Wagens. Immer mehr Klimaretter auf vier Rädern verzweifeln daher an ihrem Gefährt, manche kehren schon zurück zum Verbrenner, zumal die E-Mobile auch noch durch Anfalligkeit und horrenden Reparaturkosten glänzen. Schon wieder scheitert Grünlinks an den eigenen Widersprüchen.

Und jetzt? Zum Glück haben die Linken darauf eine historisch bewährte Antwort: Planwirtschaft. Wenn einem die Realität von (halbwegs) freier Preisgestaltung und Marktverhalten aber auch jeden schönen Plan zu Mus verarbeitet, dann schaffen wir den Markt und die freien Preise eben ganz ab und diktieren alles von oben. Wie hervorragend das funktioniert hat, davon schwärmen die Menschen in Europas Osthälfte heute noch.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de